



88. Sitzung

Mittwoch, 12. September 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	4673 A	Michael Neumann SPD	4687 C
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	4673 A	Christa Goetsch GAL	4688 B
Aktuelle Stunde	4673 A	Bernd Reinert CDU	4689 A
Fraktion der SPD:		Fraktion der CDU:	
Pflegenotstand in Hamburg: Jetzt Handeln statt weiter Wegsehen!		E-Government: bürgerfreundlicher, einfacher, schneller	
Petra Brinkmann SPD	4673 B	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Egbert von Frankenberg CDU	4674 A		
Martina Gregersen GAL	4675 A	Antrag der Fraktion der CDU:	
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	4675 C	Jugend und Europa – Junge Menschen früh von der europäischen Idee begeistern	
Dirk Kienscherf SPD	4676 D	– Drs. 18/6858 –	4689 B
Karen Koop CDU	4677 C	Lars Dietrich CDU	4689 C
		Günter Frank SPD	4690 B
Fraktion der GAL:		Manuel Sarrazin GAL	4691 A
Dräger kann nicht – Uldall will nicht: Senat vermerkt Wettbewerb um kluge Köpfe		Beschlüsse	4691 D
Dr. Heike Opitz GAL	4679 A	Senatsmitteilung:	
Wolfgang Beuß CDU	4679 C	Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006 (Geschäftsbericht 2006)	
Gesine Dräger SPD	4680 C	– Drs. 18/6741 –	4691 D
Jörg Dräger, Senator	4681 C	Rüdiger Kruse CDU	4691 D
Dr. Willfried Maier GAL	4683 A	Walter Zuckerer SPD	4692 D
Barbara Ahrons CDU	4683 D	Dr. Willfried Maier GAL	4694 B
Gunnar Uldall, Senator	4684 B	Dr. Michael Freytag, Senator	4695 B
Wolfgang Marx SPD	4685 D		
Jens Kerstan GAL	4686 D		

Beschluss	4696 B	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
Antrag der Fraktion der CDU:		– Drs. 18/6831 –	4711 B
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" hier: Hamburger Gesundheits- und Familienmobil		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs. 18/6856 –	4696 B	Eingaben	4711 B
Harald Krüger CDU	4696 C	– Drs. 18/6832 –	
Karin Rogalski-Beeck SPD	4697 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Christiane Blömeke GAL	4697 D	Eingaben	
		– Drs. 18/6833 –	4711 B
Beschluss	4698 C	Beschlüsse	4711 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Sammelübersicht	4711 D
Arbeitslosengeld II (SGB II) alle zwei Jahre auf Angemessenheit hin überprüfen – Kinder und Familien vor Armut schützen		Beschlüsse	4711 D
– Drs. 18/6869 –	4698 D	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Dirk Kienscherf SPD	4698 D	Von der Stadt genutzter Büroraum Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne	
Egbert von Frankenberg CDU	4700 A	– Drs. 18/6726 –	4711 D
Martina Gregersen GAL	4700 D	Beschluss	4711 D
Uwe Grund SPD	4701 C	Besprechung beschlossen	4712 A
Beschlüsse	4702 B		
Antrag der Fraktion der GAL:		Gemeinsamer Bericht des Innenausschusses und des Schulausschusses:	
Keine Kürzung des ALG II-Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalten		Hamburg schützt seine Kinder – Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren	
– Drs. 18/6867 –	4702 C	(Antrag der GAL-Fraktion)	
Gudrun Köncke GAL	4702 C, 4704 D, 4705 D	Kinder und Familien ohne Aufenthaltstitel: Humanitäre und rechtlich tragfähige Lösungen finden	
Barbara Ahrons CDU	4703 B	(Antrag der SPD-Fraktion)	
Hans-Christoff Dees SPD	4704 A	– Drs. 18/6816 –	4712 A
Gunnar Uldall, Senator	4705 B, 4706 A	Beschlüsse	4712 A
Beschluss	4706 A		
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Keine Verdrängung der bisherigen Bevölkerung aus innerstädtischen Quartieren		Bericht des Sozialausschusses:	
– Drs. 18/6454 –	4706 A	Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegegerichts	
Jan Quast SPD	4706 B, 4709 D	(Senatsantrag)	
Hans-Detlef Roock CDU	4707 C, 4710 D	– Drs. 18/6819 –	4712 B
Claudius Lieven GAL	4708 B, 4710 B, 4711 A	dazu	
Axel Gedaschko, Senator	4709 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Kenntnisnahme	4711 B	Qualität in der Pflege sichern – Landespflegegesetzdurchführungsverordnung (LPGVO) des Senats muss verbessert werden	
		– Drs. 18/6947 –	4712 B
		Petra Brinkmann SPD	4712 B

Martina Gregersen GAL	4713 B
Egbert von Frankenberg CDU	4713 D
Beschlüsse	4714 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

Ausgliederung und Überführung des Landesbetriebs Winterhuder Werkstätten für behinderte Menschen in eine bestehende GmbH (Senatsantrag)

– Drs. 18/6834 –

4714 B

Beschlüsse

4714 B

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes (Senatsantrag)

– Drs. 18/6852 –

4714 B

Beschlüsse

4714 C

Antrag der Fraktion der CDU:

Nutzeneffizienz technischer Geräte bei Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz erhöhen

– Drs. 18/6857 –

4714 C

Beschlüsse

4714 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Landesprogramm Ganztagschule

– Drs. 18/6871 –

4714 D

Beschluss

4714 D

A

Beginn: 15.04 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz und stellen Sie bitte das Telefonieren ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn unserer heutigen Sitzung kann ich Ihnen wiederum eine freudige Mitteilung machen, und zwar sind in der Zwischenzeit unsere Kollegen Nathalie Hochheim und Ralf Niedmers Eltern einer Tochter mit dem Namen Isabelle-Jasmin geworden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses spreche ich Ihnen, Herr Niedmers, und Ihrer Frau, die heute leider nicht anwesend sein kann, unsere herzlichsten Glückwünsche aus, beste Empfehlungen an die Frau Gemahlin.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 33 vertagt werden sollen. Es handelt sich dabei zum einen um die Große Anfrage der SPD-Fraktion aus der Drs. 18/6679 und zum anderen um den SPD-Antrag aus der Drs. 18/6870.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Pflegenotstand in Hamburg: Jetzt handeln statt weiter wegsehen!

B

von der GAL-Fraktion

Dräger kann nicht – Uldall will nicht: Senat vermurkst Wettbewerb um kluge Köpfe

und von der CDU-Fraktion

E-Government: bürgerfreundlicher, einfacher, schneller

Ich komme zum ersten Thema. Das Wort wird gewünscht? – Die Abgeordnete Brinkmann hat es.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Pflegenotstand in Hamburg.

Es fehlen 2.000 Pfleger und Pflegerinnen, so titelte eine große Tageszeitung in Hamburg am Montag in ihrer Ausgabe. Diese Meldung hat viele Menschen wieder einmal aufgerüttelt und man war entsetzt über die hohen Zahlen und über die aufgezeigten Missstände. Ob die Zahl stimmt, ob sie vielleicht geringer oder noch größer ist, weiß keiner so genau. Was wir aber genau wissen, ist, dass es Missstände in den Pflegeheimen gibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Die SPD-Fraktion hat jährlich mit ihren Anfragen und Anträgen auf die Defizite in der Pflege aufmerksam gemacht. Dieses Thema wurde auch in diesem Hause immer wieder diskutiert. Nur, meine Damen und Herren, das hat an der Situation in den Pflegeheimen überhaupt nichts geändert. Das haben Sie, Frau Bürgermeisterin, zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Sie haben Verbesserungen blockiert, zum Teil, weil Sie es nicht besser wissen wollten, zum Teil, weil Sie es nicht ändern wollten. Dieses machen folgende Beispiele deutlich:

C

Die Heimaufsicht. Für ganz Hamburg – mit seinen sieben Bezirken – haben Sie acht Stellen vorgesehen, von denen 6,6 Stellen besetzt sind. Das heißt, pro Bezirk steht nicht einmal eine ganze Stelle zur Verfügung. Erzählen Sie uns einmal, Frau Bürgermeisterin, wie da eine vernünftige Überprüfung stattfinden soll.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen GAL*)

Die rotgrüne Bundesregierung hatte schon 2002 das Problem auch in anderen Bundesländern erkannt und eine Pflegeprüfverordnung eingebracht, die andere Standards setzen sollte. Diese Prüfverordnung passierte den Bundestag, wurde aber im Bundesrat – und zwar mit Ihrer Stimme, Frau Bürgermeisterin – abgelehnt. Das war ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen GAL*)

Ein weiteres Beispiel ist die Pflegerahmenplanung. Schon 2003/2004 und mehrmals in 2005 hat die SPD-Fraktion in verschiedenen Anträgen eine Pflegerahmenplanung eingefordert. Ende 2005 haben Sie diese endlich vorgelegt, leider ohne jegliches Konzept und ohne Linie. Dieses hat unsere Fraktion stark kritisiert. Sie haben zwar auch eingeräumt, dass die Zahl der zu Pflegenden in den nächsten Jahren ansteigen wird, aber Sie haben keinerlei Personalverstärkung vorgesehen. Die Menschen, die heute in ein Pflegeheim gehen, sind älter, kränker und sie verweilen dort kürzer. Das heißt, die Pflegesituation hat sich für die Pflegerinnen und Pfleger stark verschlechtert. Deshalb scheiden immer wieder viele aus diesem Beruf aus.

D

Es nützen auch keine Plakatkampagnen, auf die sich einige Bewerberinnen und Bewerber gemeldet haben, die sich aber sehr schnell wieder verabschiedet haben, nachdem sie die tägliche Praxis erfahren haben.

Hut ab, meine Damen und Herren, vor den Pflegerinnen und Pflegern – davon gibt es in Hamburg zum Glück doch noch eine ganze Reihe –, die diesen Beruf über Jahre gut und gewissenhaft ausführen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Kritisiert hat die SPD-Fraktion in der Rahmenplanung auch die Situation der Ausbildung. Wer heute nicht ausgebildet, darf sich nicht wundern, wenn später die Fachkräfte fehlen. Das hat die SPD-Fraktion 2004 und 2005 bemängelt. Hätten Sie damals reagiert, Frau Bürgermeisterin, dann hätten wir heute eine andere Situation.

Aus meiner Kleinen Anfrage, Drs. 18/660, geht zum Beispiel hervor, dass allein bei pflegen & wohnen, die es damals noch gab und die immer gut ausgebildet haben, die Zahl von 213 Ausbildungsplätzen in der Zeit von 1999 bis Ende 2004 auf 52 heruntergefahren ist. Ja, Frau Senatorin, so schafft man keine Fachkräfte für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letztes Beispiel, weil meine Redezeit gleich zu Ende ist: Sie brüsten sich, neue Wohnformen und Einrichtungen zu schaffen. Guckt man sich das genau an, so sind

A die neuen Einrichtungen und Modelle alle noch unter dem rotgrünen Senat geplant worden. Sie hatten lediglich das Vergnügen der Einweihung. Viel Neues ist nicht hinzugekommen. Sie haben, Frau Bürgermeisterin,

(Glocke)

– ein letzter Satz – als verantwortliche Senatorin seit nunmehr sechs Jahren die Pflege nicht vorangebracht. Im Gegenteil. Dieses schwere Versäumnis ist nur Ihnen vorzuwerfen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, ich nehme Ihnen ab, dass Sie und Ihre Fraktion es mit der Debattenanmeldung und auch mit Ihrem Debattenbeitrag sicherlich gut gemeint haben. Sie sind sicherlich engagiert und das Thema ist Ihnen wichtig, nur gestehen Sie uns bitte auch zu, dass uns das Thema auch sehr wichtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Meinung, gut gemeint ist nicht immer gut durchdacht. Das ist in diesem Fall auch so. Es war nicht gut gemacht, wie Sie es angemeldet haben. Ich finde das sehr schade, weil so ein völlig falsches Bild entsteht.

(Beifall bei der CDU)

B Hamburg ist im Bereich der Pflege sehr gut aufgestellt. Insofern geht das, was Sie hier vorbringen und wie Sie die Debatte angemeldet haben, an den Tatsachen vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Ein Indikator ist zum Beispiel der Bereich des Wundliegens, Dekubitus. Hier haben wir einen Rückgang zu verzeichnen, was durchaus ein Indiz dafür ist, dass die Qualität der Pflege zugenommen hat. Es sind eine ganze Reihe von Erfolgen erzielt worden. Ich nenne jetzt einige aktuelle Arbeitsschwerpunkte, weil Sie sagen, es wird nicht gehandelt. Ich kann wegen der knappen Redezeit nicht alles aufzählen, aber ich nenne es stichwortartig: Wohngemeinschaften für Demenzzranke, Förderung von Hospizen, neue Koordinationsstelle, Hospizarbeit, Tagespflegeplätze seit 2001 um 36 Prozent ausgebaut, seit 2007 Verstärkung der Kurzzeitpflege, Deregulierung des Landespflegerechts – heute auch auf der Tagesordnung –, Fachanweisung, Heimgesetz. Es wird an allen Ecken und Enden gearbeitet.

Daher ist der Vorwurf des Nichthandelns völlig unangemessen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass die Heimaufsicht seit dem Regierungswechsel um 40 Prozent verstärkt worden ist.

(Petra Brinkmann SPD: Das stimmt nicht! Das ist falsch!)

Insbesondere in Ihrer rotgrünen Zeit wurden bei unangekündigten Besuchen Veränderungen vorgenommen. Ich kann mich noch daran entsinnen – ich war damals im Sozialausschuss der Bezirksversammlung –, dass es hieß, jetzt werden die Heime mehr coachmäßig und in

beratender Funktion betreut. Jetzt erzählen Sie heute etwas anderes. Insofern sind Ihre Worte mit Ihrem Handeln zu Ihrer Regierungszeit gar nicht in Einklang zu bringen.

(Petra Brinkmann SPD: Das stimmt nicht. Das ist völlig falsch, was Sie sagen!)

Der Vorwurf der Untätigkeit ist in meinen Augen politische Demagogie und völlig haltlos.

(Beifall bei der CDU)

Hinsichtlich des befürchteten Fachkräftemangels ist Folgendes auszuführen: Mehr als die große Überschrift haben wir nicht gehört. In der kleinen Überschrift stand: "Sonst droht ..."

Es geht nämlich nicht um die aktuelle Situation, sondern es besteht die Befürchtung, dass wir vielleicht in einigen Jahren zu wenige Fachkräfte haben. Es ist aber so, dass bis 2015 mit einer Steigerung der Pflegebedürftigkeit um 7 Prozent zu rechnen ist. Das ist jetzt aber keine neue Zahl, sondern Sie haben sie schon 2005 als Antwort auf eine Große Anfrage zur Kenntnis bekommen. Die Behörde kennt die Zahl und reagiert darauf. Es sind 1.000 zusätzliche Beschäftigte in der Pflege erforderlich. Die Lage ist bekannt. Deswegen wurde eine Imagekampagne "Altenpflege" eingeleitet. Es wird bereits mehr ausgebildet, es wurde für Hauptschülerinnen und Hauptschüler der Beruf der Pflegeassistenz neu eingeführt und es gibt eine Qualifizierungsoffensive zur Weiterbildung. Das sind alles Maßnahmen, an denen gearbeitet wird. Folglich sind die Vorwürfe völlig haltlos.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Warum gibt es denn zu wenig Pflegeplätze?)

D Ich höre immer wieder den Vorwurf, es wird zu viel dokumentiert und es gibt zu viel Bürokratie. Auch da hat sich der Senat etwas einfallen lassen. Es gibt ein Pilotprojekt "Entbürokratisierung der Pflegedokumentation", das erfolgreich abgeschlossen ist. Jetzt gibt es einen Leitfaden, wie man die Dokumentationen vereinfachen kann.

Sie sehen also, es wird an allen Ecken und Enden gearbeitet. Die Herausforderungen, die auf uns zukommen, sind bekannt und es wird sich dem Ganzen gestellt.

Zum Schluss ist mir noch Folgendes aufgefallen: Ich hatte die Presse der letzten Tage noch einmal durchguckt. Da stand, dass Schröders Mann für das Kulturelle auch noch einen hervorragenden Vorschlag gemacht hat: Der TÜV muss her. Na gut, man kann vielleicht für Gesetze einen Gesetzes-TÜV einführen oder für Maßnahmen, aber ich finde das Wort TÜV in dem Fall unangemessen. Es geht hier nicht um Autos oder um Brücken, denn es ist ein technischer Überwachungsverein, sondern es geht hier um Menschen. Ich würde sagen: Erst denken, dann sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Daher komme ich zu dem Schluss: Ich glaube, der rote Becher ist offensichtlich leer. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Das war ja mal wieder super!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Gregersen.

A **Martina Gregersen GAL:** Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke an das letzte Jahr zurück: Es liegen drei Pflegestudien vor, die Hamburg betreffen. Da ist einmal die MDK-Studie, die uns sehr viel Wirbel beschert und uns aufgerüttelt hat. Es gab die Studie zu den Mobilitätsrestriktionen, die ergeben hat, dass in den Heimen mehr Leute fixiert werden und mehr Psychopharmaka erhalten als nottut. Aber es gibt auch eine dritte Studie, die zeigt, dass es auch eine Zufriedenheit in den Heimen gibt. Konträrer können Studien nicht sein.

Die Bezirke Mitte und Wandsbek hatten gemeinsam herausgefunden, dass Pflege in Heimen auch für gut befunden wird. Ich hatte nachgefragt, es wurden auch Querulanten befragt. Was haben wir also für eine Situation? 69 Prozent der Heimbewohner, die vom MDK untersucht wurden, sind gefährdet, sich wundzuliegen, also dekubitusgefährdet. Von 88 ausgezählten Fällen in der MDK-Studie hatten wir nur sechs Fälle, die bei der Nahrungsaufnahme sach- und fachgerecht versorgt werden. Wir haben Patienten und Pflegebedürftige, die zufrieden sind. Vielleicht, weil die einen Heime gut laufen und die Heime sich trauen, an Studien teilzunehmen, und wir haben Heime, in denen sich sehr viel verbessern muss.

Es muss hier gar keinen Vorwahlkampfabschlag geben. Wir sind alle gefordert. Wir Politiker müssen diese Situation in den Pflegeheimen verbessern, in denen es nicht gut läuft. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD sowie bei *Dr. Diethelm Stehr CDU*)

B Ich möchte, dass die Studie im Sozialausschuss vorgestellt und in der Bürgerschaft debattiert wird. Die Zahlen bedürfen für mich einiger Erläuterung und sind nicht alle aufschlussreich. Wir sollten debattieren, welche Fälle ausgewählt wurden, warum, wie viele und in welchen Heimen. Wir sollten auch debattieren, dass wir mehr Kontrollen brauchen. Wir brauchen mehr Kontrollen in Pflegeheimen, auch wenn die Zahlen ansteigen, wie Sie sagten, Herr von Frankenberg, und wir brauchen mehr Beratung. Ich bin der Meinung, das Beste, was wir den Menschen in der Pflege tun können, ist, dass wir die Heime beraten, wo es Qualitätsdefizite gibt, und da müssen wir das Personal aufstocken. Wir müssen die Heime bei ihrem Qualitätsbestreben immens unterstützen. Die Heime, die keine gute Arbeit leisten und wiederholt keine gute Arbeit leisten, die gehören dann auch geschlossen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn wir uns überlegen, woher wir das Personal nehmen können, das die Unterstützung in den Pflegeheimen leisten kann, dann gucken wir doch bei den LBK-Rückkehrern. Da gibt es jede Menge gut qualifizierter und geeigneter Menschen, die dieses leisten können.

Wir müssen viel mehr Personal ausbilden. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen wir viel mehr gut ausgebildetes Pflegepersonal haben, aber wir müssen auch darauf achten, dass das Personal nicht ausgepowert wird und viel zu schnell hinwirft. Und wir müssen darauf achten, dass die Menschen, die zu Hause Pflege leisten, auch nicht auf dem "Zahnfleisch robben", sondern mehr Unterstützung erfahren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C Sehr wichtig ist es aber, Frau Senatorin, dass Sie jetzt endlich ein Heimgesetz vorlegen. Die Föderalisierung hat diese Aufgabe auf die Stadt Hamburg übertragen und es ist jetzt Ihre Aufgabe, das Heimgesetz vorzulegen. Mit diesem Heimgesetz gibt es jede Menge Chancen, Pflege wirklich zu verbessern. Wir können Transparenz bei der Qualität und bei der Fachkraftquote fordern. Wir können die Preise transparent machen. Wir müssen die Fachkraftquote auf jeden Fall bei 50 Prozent festschreiben und nicht darunter gehen. Wir können Wohngemeinschaften, die im Moment in einer rechtlichen Grauzone sind, endlich aus dem Schattendasein holen, weil wir endlich die rechtliche Basis dafür schaffen, dass davon mehr gebaut werden kann. Das ist Ihre Aufgabe und Sie müssen jetzt handeln, damit die Pflege besser wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es gibt viele weitere Aufgaben in der Pflege. Die drei Pflegestufen sind zum Beispiel viel zu starr eingeteilt und es gibt zu wenig Geld für Menschen, die ambulant pflegen, und viel zu wenig Zeit. Hier bedarf es einer Angleichung. Was Sie in Berlin geleistet haben, war ein Pflegeförmchen. Ich hoffe, dass irgendwann ein größerer Wurf kommt zum Wohle der Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen ist eine außerordentlich wichtige gesellschaftliche Aufgabe,

(*Michael Neumann SPD:* Das bringen Sie gerade auch glaubhaft rüber!)

die viele Menschen emotional unglaublich berührt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* So emotionslos!)

und zwar diejenigen, die für Eltern, für Verwandte zu sorgen haben, genauso wie diejenigen, die vielleicht selbst betroffen sind. Unsere älteren Menschen brauchen Aufmerksamkeit, brauchen den Schutz, brauchen die Zuwendung auch in den Heimen. Ich freue mich, Frau Gregersen, über Ihren sachlichen Beitrag, denn ich denke, dass dieses eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die viel zu schade ist, als dass sie unter dem politischen Streit völlig zerredet wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einige Bereiche dieses großen Arbeitsgebiets herausgreifen, beispielsweise das Thema Arbeit in der Altenpflege, und möchte einige Feststellungen dazu machen. In den allermeisten Pflegeheimen in dieser Stadt wird nämlich eine hervorragende und professionelle Arbeit gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Engagierte Mitarbeiter bringen hier einerseits Verständnis für die Bedürfnisse der Menschen auf und geben ihnen andererseits die Zuwendung, die sie brauchen. Aber es gibt, wie überall, immer auch Mitarbeiter, die einfach nur ihren Job machen. Die Arbeit in den Pflegeheimen befasst sich mit den heikelsten Fragen des menschlichen Lebens. Sie begleiten Menschen bei Krankheit und Demenz, begleiten Menschen in der Phase des Sterbens

A und sehr oft ist die Tätigkeit ein großer Spagat zwischen der Selbstbestimmung der älteren Menschen und guter Pflege. Dazu müssen die Mitarbeiter die Erwartungen der Angehörigen erfüllen, die selbst sehr häufig sehr belastet sind und immer auch ein schlechtes Gewissen haben, ob die Entscheidung für das Pflegeheim richtig war. Hinzu kommt der Dokumentationsaufwand.

Ein anderes Thema, die Heimaufsicht. Die Arbeit der Hamburger Pflegeheime wird mindestens einmal im Jahr geprüft, entweder durch die Heimaufsicht oder durch den Medizinischen Dienst. Die Heimaufsicht hat in den letzten Jahren mehr unangemeldete Kontrollen durchgeführt, um die Qualität zu sichern. Es gibt auch mehr Stellen. Es werden jetzt 40 Prozent mehr sein als im Jahre 2001.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Das stimmt nicht!)

– Frau Brinkmann, das stimmt.

Wir alle wollen die Qualität in der Heimpflege transparenter und öffentlicher machen. Das ist eine zentrale, eine wichtige, eine Daueraufgabe.

Ein weiteres Thema, die Pflegeinfrastruktur. Hamburg hält für pflegebedürftige Menschen eine sehr gut ausgebauten Infrastruktur vor. Seit 2001 hat es viele Verbesserungen gegeben. Der eine oder andere von Ihnen wird sich vor Ort auch überzeugt haben. In den meisten Heimen sind die Vielbettzimmer längst Vergangenheit. Es sind Heimneubauten entstanden und die Heime, die nicht mehr zu sanieren waren, sind geschlossen worden. Wir fördern verstärkt Tagespflegeangebote, Kurzzeitpflegeangebote, wir haben ein umfangreiches Wohnungsbauförderungsprogramm zum betreuten Wohnen aufgelegt. Wir fördern Wohngemeinschaften für Demenzzranke. Auch hier gibt es exemplarisch gute Angebote. Das Ergebnis: Ältere Menschen haben in Hamburg heute eine erheblich verbesserte Pflegestruktur als noch im Jahre 2001.

B Das Thema Information und Beratung. Es gibt nichts, worüber man nicht wirklich umfassend informiert wird, bei den Bezirksämtern, im Internet, über das Pflegetelefon, es gibt diverse Informationsbroschüren. Nie zuvor war es so einfach, sich umfassend zu informieren.

Das Thema Pflegeversicherung. Ich habe in den Jahren der rotgrünen Bundesregierung vermisst, dass eine Reform der Pflegeversicherung vorankam, denn alle Betroffenen wussten – auch die Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse –, dass sie fällig war. Jetzt, nach zwei Jahren Großer Koalition, ist Gott sei Dank eine Reform auf dem Weg, die deutlich in die richtige Richtung geht: Höhere Erstattung bei Pflegebedürftigkeit und – insbesondere das, was Sie anfordern – erweiterte Leistung für Menschen mit Demenz bei ambulanter Pflege sowie der Ausbau der Tagespflege. Pflegeheime sollen schließlich mit niedergelassenen Ärzten kooperieren oder auch eigene anstellen können.

Das Thema Pflegeversicherung. Ich habe in den Jahren der rotgrünen Bundesregierung vermisst, dass eine Reform der Pflegeversicherung vorankam, denn alle Betroffenen wussten – auch die Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse –, dass sie fällig war. Jetzt, nach zwei Jahren Großer Koalition, ist Gott sei Dank eine Reform auf dem Weg, die deutlich in die richtige Richtung geht: Höhere Erstattung bei Pflegebedürftigkeit und – insbesondere das, was Sie anfordern – erweiterte Leistung für Menschen mit Demenz bei ambulanter Pflege sowie der Ausbau der Tagespflege. Pflegeheime sollen schließlich mit niedergelassenen Ärzten kooperieren oder auch eigene anstellen können.

Fazit: Dringend notwendige Leistungs- und Strukturverbesserungen werden von dieser Bundesregierung umgesetzt. Ich kann nur sagen, endlich, das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die Gesundheitsreform. Hier ist ein umfassender Reha-Anspruch für geriatrische Patienten eingeführt worden. Die ambulante Palliativpflege wird

ausgebaut. Das heißt, auch ein Todkranker kann zu Hause gepflegt werden. Das ist ein enormer Fortschritt.

Das Thema MDK-Bericht. Der aktuelle Bericht des MDK hat Mängel im Bereich der Dokumentation, im Managementbereich, bei der Pflege am Patienten aufgeführt, die nach wie vor nicht zufriedenstellend sind. Solche Feststellungen sind sehr ernst zu nehmen. Die Tendenz aber ist eindeutig. Die Pflegesituation hat sich im Berichtszeitraum deutlich und kontinuierlich verbessert und bei den Einrichtungen besteht nahezu durchgehend eine positive Grundeinstellung zur Qualitätssicherung.

Fazit: Diese Verbesserung wird auf allen Ebenen, auch von der Hamburger Sozialbehörde tatkräftig weiter unterstützt.

Thema: Landespflegeausschuss und die Diskussionen um den Runden Tisch. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass wir zusammen mit den Verbänden und den Trägern an einer ständigen Verbesserung der Pflege in Hamburg arbeiten. Dazu gibt es sogar einen institutionalisierten Runden Tisch. Das wissen alle, die sich auf dem Gebiet auskennen. Der Landespflegeausschuss, den es seit Einführung der Pflegeversicherung gibt, tagt vierteljährlich und wird sich auf seiner nächsten Sitzung in der nächsten Woche mit der Qualität in der Pflege befassen.

(*Martina Gregersen GAL*: Dann laden Sie uns doch einmal dazu ein!)

Auch die Frage eines Pflegenotstandes haben wir auf die Tagesordnung gesetzt.

Zurzeit wird der Eindruck erweckt, dass es einen Pflegenotstand gibt. Auch von Ihnen, Frau Brinkmann, ist wieder gesagt worden, dass in den Heimen Fachkräfte fehlen. Fragt man bei der Arbeitsagentur an, erfährt man, dass dort 266 offene Stellen gemeldet sind, denen 910 Altenpfleger und Altenpflegehelfer als Arbeit suchend gegenüberstehen. Auch der Anteil der Fachkräfte in den Heimen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Ich appelliere an Senioren- und Pflegeheime, die auf der Suche nach Fachkräften sind, dem Arbeitsamt freie Arbeitsplätze zu melden, damit arbeitslose Pflegekräfte dann auch wieder beschäftigt werden.

Also, meine Damen und Herren, so sehr ich die politische Opposition, in dem Fall die SPD, verstehen kann, wenn sie jede Chance sucht, ihr schwaches Profil beim Bürger zu schärfen, die Fakten sprechen hier eine andere Sprache. Altenpflege ist in Hamburg kontinuierlich verbessert worden und die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es nicht verdient, dass Sie sich auf ihrem Rücken austoben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schnieber-Jastram, was Sie uns hier mal wieder geboten haben, kann man unter dem Motto "weiter so, alles ist gut, alles war gut und alles wird auch weiterhin gut sein" zusammenfassen. Es ist nicht so gut, wie Sie es darstellen. Wir haben Probleme in der Stadt und die Menschen in dieser Stadt erwarten, dass wir uns dieser Probleme annehmen; das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

- A Wenn Sie sagen, wir müssten die politische Aufgeregtheit herausnehmen, dann frage ich mich, warum Sie heute Mittag ganz aufgeregt spontan Journalisten zu sich eingeladen haben, um ihnen zu erzählen, wie toll es um die Pflege in Hamburg bestellt sei. Im Ausschuss haben Sie sich jedenfalls dieser Thematik nie angenommen. Wenn Sie jetzt den Versuch unternehmen, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen,

(Bernd Reinert CDU: Was?)

Herr Reinert, wie Sie dies damals beim Thema vernachlässigte Kinder getan haben, wie Sie es beim Thema soziale Spaltung getan haben,

(Bernd Reinert CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

dann kann ich Ihnen nur sagen: Das lassen wir nicht zu. Die politische Verantwortung liegt bei Ihnen. Es liegt an den Rahmenbedingungen, dass das eine oder andere in der Pflege nicht hinhaut und nicht an den Menschen, die in den Pflegeheimen arbeiten. Wir lassen es nicht zu, dass Sie diese Menschen dafür haftbar machen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen waren die letzten sechs Jahre verlorene sechs Jahre für die Pflege in Hamburg. Sie haben die falschen Weichenstellungen gestellt, indem Sie pflegen und wohnen verkauft haben,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

indem Sie sich aus der Objektförderung herausgezogen haben. Sie haben argumentiert wie im sozialen Wohnungsbau, wir brauchen das nicht mehr und die Folge ist, dass die meisten Bewohner von Pflegeheimen in 20 bis 30 Jahren transfereinkommenabhängig werden. Die Kosten – das haben uns die Experten gesagt – werden ansteigen. Wir Sozialdemokraten wollen das nicht, wir wollen weiterhin bezahlbare Pflege für alle.

B

(Beifall bei der SPD)

Wie ist es denn bei dem Dementenprogramm? Es sind 750 Plätze geschaffen worden, ein Programm von uns Sozialdemokraten. Es ist merkwürdig, wie man mit dem Thema Pflege und Glaubwürdigkeit in diesem Zusammenhang umgeht. Im Jahre 2005 haben Sie, Frau Senatorin, dargelegt, dass 750 Plätze völlig ausreichend seien, das hätte auch eine Studie belegt. Diese Studie, die Sie selber in Auftrag gegeben haben, kam im Jahre 2004 allerdings zum Ergebnis, dass sich die Zahl der Demenzerkrankten in den nächsten Jahren verdoppeln werde. Im Jahre 2005 kam die Hamburgische Pflegegesellschaft zum Ergebnis, dass wir zu wenig Dementenplätze haben und eine deutliche Aufstockung auf 1.100 brauchen. Und in diesem Jahr müssen wir im Sozialausschuss feststellen, dass gerade durch diese Plätze erreicht werden soll, dass die Menschen weniger Medikamente, mehr Lebensqualität erhalten, Sie aber bis heute keinen einzigen weiteren Platz geschaffen haben. Das ist doch der politische Skandal und dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gibt es einen Landespflegeausschuss, aber Sie müssen die Menschen, die dort mit Ihnen zusammenarbeiten, auch ernst nehmen. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses, als es darum ging, das Landespflegegerecht fortzuentwickeln, als es unter anderem um die Abschreibungsdauer von Altenheimen ging, die Sie auf

50 Jahre festgelegt haben, wurde uns dargestellt, dass in den letzten sechs Jahren mit ihnen nicht einmal ernsthaft darüber diskutiert worden ist und keine entsprechenden Daten vorgelegt worden sind. Dafür sind Sie verantwortlich und nicht die Mitarbeiter der Pflegeheime.

C

(Beifall bei der SPD)

Wie beim Thema Kinderarmut oder beim Thema soziale Spaltung gibt es auch hier ein Feld, um das man sich kümmern muss; Sie sind politisch dafür verantwortlich. Deswegen haben wir Sie in einem Antrag, der nicht populistisch war, gebeten, insbesondere die Qualität und Transparenz in Hamburg zu erhöhen, eine Zufriedenheitsbefragung unter den Bewohnern und ihren Angehörigen durchzuführen, die in Hamburg-Mitte und auch in Wandsbek bereits durchgeführt worden ist. Sie haben das abgelehnt und gesagt, es bringe nichts, Bewohner und Angehörige zu befragen. Aber auch eine von Ihnen in Auftrag gegebene Studie kommt zum Ergebnis, dass es sehr wohl wichtig ist, Bewohner und Angehörige mit einzubeziehen; das sagt auch der Medizinische Dienst. Das haben Sie nicht getan und Sie haben anderes unterlassen, Sie werden der politischen Verantwortung nicht gerecht. Wir Sozialdemokraten werden uns weiterhin für diese Menschen einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Koop.

Karen Koop CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, Sie haben gerade wieder ein Beispiel für Ihre selektive Wahrnehmung gegeben.

D

(Bernd Reinert CDU: Ja!)

Die Senatorin hat die Leistungen aufgezählt, Herr von Frankenberg hat die Leistungen aufgezählt, aber das existiert für Sie nicht. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie problembewusst die einzelnen Sozialbereiche abklopfen, das ist auch Ihre Aufgabe als Opposition,

(Dirk Kienscherf SPD: Ihre auch!)

aber nehmen Sie doch bitte auch die Leistungen zur Kenntnis. Nehmen Sie doch auch das zur Kenntnis, was sich nicht nur in der Altenpflege, sondern auch – Sie haben es angesprochen – im Kinder- und Jugendbereich zum Wohle verändert hat. Natürlich gibt es überall, wo Menschen mit Menschen umgehen, Bereiche, in denen das nicht läuft. Es gibt auch Menschen, die Berufe ergriffen haben, die sie lieber nicht hätten ergreifen sollen. – Herr Neumann, gucken Sie einmal selber in den Spiegel, dann werden Sie wissen, warum Sie nicht Bürgermeisterkandidat sind.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD: Thema!)

Das ist der übliche Ablauf der Sozialdebatte. Altenpflege ist kein leichter Beruf und das müssen wir auch in der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen. Ich bin nicht erst seit dieser Legislaturperiode im Parlament

(Michael Neumann SPD: Sie wirken aber so!)

und wir waren uns doch in vielen Bereichen im Sozialausschuss einig, dass sich in der Altenpflege eine ganze Menge getan hat. Warum sperren Sie sich dagegen, das zur Kenntnis zu nehmen? Ich weiß es natürlich. Sie wol-

A len sich damit profilieren, Sie wollen Wahlkampf machen. Das ist ja in Ordnung, das muss man als Opposition wohl auch. Wir könnten uns auf unseren Leistungen ausruhen, das tun wir aber nicht. Wir ruhen uns nicht aus, sondern machen weiter.

Bei jedem Problem hat sich Ihre stereotype Aussage "mehr Geld, mehr Personal, mehr Kontrolle" eingebürgert. Natürlich kann man überall mehr Geld und Personal gebrauchen, niemand wird sich dem verschließen, aber überlegen Sie bitte einmal, warum wir so wenige junge Leute davon überzeugen können, diesen Beruf als zukunftssträchtig anzusehen. Natürlich will man soziale Berufe ergreifen, man will auch Pflegeberufe ergreifen, aber man möchte im Grunde genommen Positives in diesem Bereich erleben. Das sind die Kinderpflegerinnen, das sind die Säuglingsschwester, das sind Krankenpfleger. Es soll etwas Positives herauskommen, man will sehen, dass sich etwas verändert. Altenpflege hat eben einen negativen Ausgang, wenn man so will. Man weiß, dass man auf den Tod hinarbeitet. Dieses hat natürlich seine Begründung auch darin, wie wir in der Gesellschaft dem Altenbereich, dem Pflegebereich und auch dem Dementenbereich gegenüberstehen. Das hat in unserer Gesellschaft keinen Platz, wir grenzen es aus. Es muss uns gelingen, da eine andere Einstellung zu bekommen – es ist uns mühselig gelungen, die Familien wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu holen –, die Alten müssen wieder zurück in unsere Gesellschaft. Ihr Kandidat hat das auch mitbekommen. Wir tun das, wir bemühen uns im Wohnungsbau, generationenübergreifendes Wohnen zu machen. – Wenn Sie noch etwas sagen wollen, Herr Kienscherf, melden Sie sich doch noch einmal.

B

(Beifall bei der CDU)

Dem großen Problem des Wundliegens geht etwas anderes voraus und das ist das seelische Wundsein. Wenn Sie einmal in einem Altenheim gewesen und dort von einer Station zur anderen gegangen sind, dann wissen Sie, wie einsam manche Menschen sein können. Ich finde es ausgesprochen gut, dass der Beruf des Pflegeassistenten eingeführt worden ist, der eher kommunikative Aufgaben übernehmen und das medizinische Personal entlasten kann.

Es ist eine große Aufgabe, die wir als Gesellschaft haben, die alten Leute wieder einzubeziehen. Ich möchte einmal wissen, wer von Ihnen sich regelmäßig und intensiv nicht nur um die eigenen alten Leute kümmert, sondern vielleicht Besuche in Altenheimen macht. Das ist ein wichtiger Punkt und da haben wir alle eine Aufgabe für die Zukunft zu erledigen. Ich denke, wir sind in Hamburg da ganz gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Koop, Sie sprachen eben von mehr Geld. Mehr Geld in der Pflege ist aber kein Indikator für gute Pflege.

(Karen Koop CDU: Nein, ist er nicht!)

Es gibt Heime, die arbeiten mit dem gleichen Geld sehr gut und es gibt Heime, die sind teurer und arbeiten schlechter. Von daher ist das Geld, das wir für Pflege

ausgeben, nicht immer maßgeblich und wir müssen eventuell auch gar nicht viel mehr anfassen. Aber wir müssen die Heime begleiten, damit die Qualität steigt und dabei müssen wir sie massiv unterstützen. Das ist unsere Aufgabe und da müssen wir ganz stark anpacken.

C

Eben habe ich zu meinem Erschrecken gehört, dass in den Pflegeheimen auf den Tod hingearbeitet werde.

(Karen Koop CDU: Aber das ist doch so!)

Wenn Sie sagen, es ist so, dann frage ich mich, Frau Koop, wo denn der Rehagedanke bleibt, die Prävention, den Menschen als Ganzen zu nehmen, den Menschen so zu pflegen oder präventiv zu behandeln, dass er eventuell eine Pflegestufe zurückgestuft werden kann oder wieder in den eigenen Haushalt zurück kann. Von daher muss die Prävention viel besser sein und der Rehagedanke in der Pflege größere Bedeutung erhalten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was aber nicht sein kann – darauf muss die Pflegereform auch wirklich achten –, ist, dass die Heime, wenn sie jemanden gut pflegen und vielleicht eine Pflegestufe verlieren, hinterher weniger Geld damit verdienen. Deshalb muss gute Pflege auch belohnt und unterstützt und nicht bestraft werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Frau Schnieber-Jastram, Sie sprachen eben an, dass sich jeder im Bezirksamt erkundigen und informieren könne. Ich möchte für die Pflegeheime so etwas haben, wie es auch für die Krankenhäuser existiert, einen Qualitätsbericht. Ich möchte, dass ich, wenn ich ein Pflegeheim suche, auch im Internet völlig transparent sehen kann, ob es gut oder schlecht ist, wie es abschneidet und welche Preise es anbietet. Das würde den Wettbewerb fördern, aber es würde auch jedem Angehörigen immens helfen.

D

(Beifall bei der GAL und bei Michael Neumann SPD)

Auf das Heimgesetz sind Sie bei Ihrer Rede, Frau Schnieber-Jastram, nicht eingegangen. Ich möchte gerne wissen, wieweit Sie mit dem Heimgesetz sind. Ich hatte es auch schon einmal mit einer Kleinen Anfrage nachgefragt; damals hatten Sie sich noch nicht damit befasst. Ich würde gerne wissen, wie es damit weitergeht und was Sie dort alles mit einfließen lassen.

Frau Schnieber-Jastram, es ist unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker und auch Ihre, dafür zu sorgen, dass alle Pflegeheime so gut werden, dass jeder seine Verwandten dort gerne und mit gutem Gewissen unterbringen möchte. Das ist eine große Aufgabe und wir sollten uns der wirklich stellen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann rufe ich das zweite, von der GAL angemeldete Thema auf:

Dräger kann nicht – Uldall will nicht: Senat vermurkst Wettbewerb um kluge Köpfe

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Opitz hat es.

A **Dr. Heike Opitz** GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Gemeinsamkeiten im Senat sind aufgebraucht.

(Heiterkeit bei der CDU-Fraktion)

Der Streit um die Talentstadt, der Streit zwischen Senator Uldall und Senator Dräger zeigt, dass es mittlerweile keine gemeinsame Politik mehr gibt, sondern einen Kampf um Ressourcen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Angefangen hat das Drama um die Talentstadt mit dem Versuch einer Kopie eines GAL-Konzepts. Schon 2006 haben wir unser Leitbild der kreativen Stadt der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir wollen die Potenziale der Menschen in unserer Stadt aktivieren und auch kluge Köpfe von außerhalb anziehen. Dieses Leitbild gilt für alle Politikfelder, auch für die Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik.

Im April 2007 hat Senator Dräger erstmals ein Senatskonzept Talentstadt vorgestellt. Auf der Senatsklausur im Mai sollte dies konkretisiert werden. Wir waren sehr gespannt, was aus dem Füllhorn der Wohltaten im Wahljahr ausgeschüttet werden sollte. Heraus kam die Talentstadt, welche sich auf einen Umzug und einen Neuzuschnitt einer Behörde beschränkte, von der Wirtschaftsbehörde auf die Wissenschaftsbehörde. Das eigentliche Konzept musste noch erarbeitet werden. Dabei hat Senator Dräger nun vorgeführt, wie untalentierte er ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Da er offensichtlich seine eigenen Argumente für schwach hielt, beauftragte er seinen ehemaligen Arbeitgeber, eine Unternehmensberatung, mit der Erstellung eines Gutachtens für mehr als 200.000 Euro. Diese erstellte ihm dann ein Gefälligkeitsgutachten

(Lars Dietrich CDU: Das ist unmöglich!)

und soweit es der Bürgerschaft bekannt ist – ich lasse einmal die Problematik mit der Vergabe weg, darüber haben wir schon öfter diskutiert –, ist es gänzlich überflüssig und belanglos.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Wirtschaftsbehörde unter Senator Uldall hat diese Schwäche schnell erkannt und erstellte eine eigene Expertise, die diese Einschätzung bestätigt. Nun fragt man sich, weshalb die Wirtschaftsbehörde ausgerechnet jetzt ihr Herz für die Hochschulen entdeckt, und es wird schnell klar, dass dadurch eine Neuorientierung und auch ein Neuzuschnitt der Wirtschaftsbehörde verhindert wird. Mittlerweile steht sich jeder Senator selbst am nächsten. So scheitert Dräger als Prinz Leichtfuß an den Kaimauernbetern in der Wirtschaftsbehörde.

(Beifall bei der GAL und bei Wilfried Buss SPD)

Dabei wäre die Förderung von Talenten und eine Umorientierung in der Wirtschafts- und der Wissenschaftspolitik wirklich nötig. Die Fixierung auf den Hafen schadet anderen Bereichen der Hamburger Wirtschaft. Gerade während des Studiums könnten wir neue Talente für Hamburg gewinnen, die wichtig für die Entwicklung unserer Hochschulen und unserer Wirtschaft wären. Brennende Probleme der Hochschulpolitik werden aber von Prinz Leichtfuß nicht gelöst.

Der Umgang mit den fehlenden Masterkapazitäten an der Universität ist nicht geklärt. Eine komplette Generation von Nachwuchskünstlern wird aus dieser Stadt vertrieben und es findet ein Abbau von Studienplätzen an den öffentlichen Hochschulen statt. Solange diese Probleme bestehen, ist jedes Konzept des Senats zur Talentförderung unglaubwürdig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dieser Vorgang ist übrigens auch ein schönes Beispiel für Drägers Politikstil. Er glaubt, mit Patentrezepten von Unternehmensberatern Politik machen zu können; das ist offenkundig falsch.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was ist die Moral von der Geschichte: Marketing ersetzt Talente nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Opitz, Sie haben hier die böse Fee gegeben, wenn ich das richtig sehe,

(Zurufe bei der GAL: Oh!)

um beim Märchenbild zu bleiben. Im Übrigen wird kalter Kaffee nicht dadurch geschmackvoller, dass man immer wieder einen Tauchsieder hineinhält und ihn aufwärmt; das gelingt Ihnen so nicht.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Das Bild ist wirklich unschlagbar!)

Es gibt im Senat überhaupt keinen Streit über die Zuständigkeiten.

(Michael Neumann SPD: Woher wissen Sie das denn? Sie sind doch im Parlament!)

Der Senat hat beschlossen, in der nächsten Legislaturperiode in einer neuen Behörde genau die Kompetenzen zu bündeln, mit denen wir die klugen Köpfe in Hamburg gewinnen wollen, und das werden wir nach der gewonnenen Wahl im Frühjahr 2008 auch machen.

(Beifall bei der CDU)

Nebenbei: Der Bürgermeister hat in unserer Fraktionssitzung am Montag sehr deutliche Worte zu diesem Beschluss gefunden und sich voll und ganz dahinter gestellt. Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihnen würde ich eher empfehlen, an vernünftigen Konzepten für die Zukunft unserer Stadt zu arbeiten, als Ihre Kraft und Ressourcen mit polemischem Wahlkampfgerede zu verschwenden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: Nur damit Sie wieder abschreiben können!)

Der Titel der Aktuellen Stunde könnte Ihre politische Irrfahrt kaum plastischer machen. Erst versuchen Sie, Senator Dräger mit einer konstruierten Debatte über eine angebliche Befangenheit anzugreifen statt sich mit dessen Ideen auseinanderzusetzen,

(Michael Neumann SPD: Welche Ideen denn?)

A und jetzt muss auch noch Senator Uldall dafür herhalten, dass Sie keine überzeugenden Ideen für die Zukunft dieser Stadt haben.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Gerede nützt weder unseren Bürgern noch Ihnen etwas. Sie zeigen damit nur konzeptlose Politik, Vernebelungstaktik und eine Verantwortungslosigkeit, die beweist, dass Sie auch in Zukunft nicht in der Lage sein werden, unsere Stadt zukunftsgerichtet zu regieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir arbeiten lieber an Inhalten

(*Nebahat Güclü GAL*: Wo sind die Inhalte?)

und packen die Chancen für die Entwicklung unserer Stadt an. Das machen wir in Ruhe, jeder kann auch sehen, was in der Talentstadt in den letzten Jahren passiert ist. Gerade dieses Konzept der Talentstadt zeigt, dass der Senat seiner Verantwortung für die Zukunft gerecht wird, indem er sich in systematischer Weise Gedanken über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt macht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Im härteren Wettbewerb werden wir uns mit den europäischen Metropolen messen lassen müssen. Deshalb müssen wir Talente in diese Stadt holen, sie halten und neue dazugewinnen. Ich weiß nicht, was hieran vermurkst sein soll, wie Sie es nennen. Auch wenn Hafen und Handel in Hamburg sehr wichtig waren und weiter sehr wichtig sein werden, dann bedeutet dies doch zugleich, dass wir uns vor lauter Selbstzufriedenheit nicht in Ruhe zurücksetzen können, sondern unsere Cluster und damit die erfolgreiche Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik fortsetzen müssen.

B

(Beifall bei der CDU)

Es besteht kein Streit zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, dass wir mit der Talentstrategie genau richtig liegen. Senator Uldall und Senator Dräger verfolgen hier nämlich die gleichen Ziele. Und wenn die mittlere Arbeitsebene ein Papier durchsticht, was sie verfasst hat und sich offensichtlich über dieses Projekt ärgert, dann ist das noch lange nicht die Meinung unserer Fraktion, geschweige denn des Senats.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: In der Reihenfolge! – Heiterkeit bei der GAL-Fraktion)

Ich kann nur für die Fraktion reden.

(*Michael Neumann SPD*: Das klang vorhin anders!)

Im Übrigen ist unsere Hochschulpolitik nachweislich erfolgreich. Auch hier kommen Sie statt mit vernünftigen Gegenvorschlägen, über die ich gerne mit Ihnen sachlich diskutieren würde, lieber mit griechischer Mythologie, indem Herr Naumann die Wissenschaftspolitik als Achillesferse des Senats bezeichnet. Von Achillesfersen versteht er ja etwas, seine eigene ist gerissen und ich kann nur sagen, er selbst ist eine gefährliche Achillesferse, weil er nämlich laufend falsche und unrichtige Daten in die Welt streut und versucht, so politisch zu punkten.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Und bisher mit erschreckendem Erfolg!)

Beispiele für gute Hochschulpolitik: Wir haben eine steigende Absolventenzahl von 25 Prozent gegenüber den Zeiten der SPD-Regierung.

C

Ich komme zum letzten Satz. Ich hätte mir gewünscht, mich heute mit Ihnen inhaltlich auseinanderzusetzen zu können.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Ja!)

Das ist nicht gelungen. Sie bringen im Bereich der Wissenschaftspolitik nur kalten Kaffee und ich kann Ihnen nur empfehlen, entsprechende Anträge zu stellen. Dann werden wir uns auch inhaltlich mit Ihnen auseinandersetzen, aber nicht mit so einem Blödsinn, wie Sie ihn hier anmelden.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Unparlamentarisch! – Glocke)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, in Mathematik bin ich noch so gut, dass ich feststellen kann, dass das erstens fünf Sätze waren und zweitens möchte ich das Wort "Blödsinn" hier ungern hören.

(*Dr. Wilfried Maier GAL*: Obwohl so was hier vor kommt! – *Michael Neumann SPD*: Inhaltlich!)

Jetzt bekommt das Wort die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Beuß, wenn man sich gezwungen fühlt, in einer Rede gleich mehrfach zu sagen, dass es ganz sicher keinen Streit zwischen Senatoren gebe, dann erhöht das nicht die Glaubwürdigkeit dieser Feststellung.

D

(Beifall bei der SPD)

Bevor ich auf das Gutachten eingehe – es liegt uns nicht vor,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Uns auch nicht!)

wir können nur darüber reflektieren, was in der Presse gesagt worden ist, ein klassisches Beispiel der Informationspolitik dieses Senats, nebenbei bemerkt –, möchte ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass die CDU es diesmal versäumt hat, das wunderbare "Wirtschaftswoche"-Gutachten über die Situation in dieser Stadt zur Debatte anzumelden. Das wäre doch einmal mutig gewesen, denn in diesem Gutachten steht zum Thema Innovationsstandort Hamburg einiges, was hier gut zu diskutieren gewesen wäre.

Ich nenne ein paar Stichworte: Es sind 50 Städte verglichen worden, im Innovationsindex steht Hamburg auf Platz 24, knapp hinter Bremen. Oldenburg, Wuppertal und eine Reihe von anderen Städten haben Hamburg locker abgehängt. Bei einer Reihe von wichtigen Kennzahlen – Anzahl der Hochqualifizierten, Ingenieure, Ausbildungsplatzdichte, F&E-Beschäftigte et cetera – taucht Hamburg kein einziges Mal unter den ersten zehn auf.

(*Wilfried Buss SPD*: Hört, hört!)

Das ist die Situation nach sechs Jahren Uldall und Dräger.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nach sechs Jahren gemeinsamer Senatsmitgliedschaft gibt der Wissenschaftssenator rund eine viertel Million Euro aus, um hinterher dem Wirtschaftssenator zu sagen,

A machen sie doch einmal eine Cluster-Politik und identifizieren, welche Cluster in dieser Stadt wichtig sind. Er sagt dem Stadtentwicklungssenator, gucken sie doch einmal, welche Stadtteile in dieser Stadt kreativ und interessant sind und dann sagen Sie, Herr Beuß, es gäbe keine Konflikte im Senat, das sei der ganz normale Umgangston. Na wunderbar, wenn das kein Konfliktpotenzial ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfgang Beuß CDU*: Sie reden es herbei!)

Sie versuchen es wegzureden, indem Sie immer sagen, die haben sich ganz furchtbar lieb, da macht der eine dem anderen nur nette Anregungen, was er in den letzten sechs Jahren hätte machen müssen, mehr ist das nicht.

Jetzt zu den Inhalten, soweit sie uns bekannt sind. Wir sehen, dass die Hochschulen in Hamburg in den letzten sechs Jahren nicht attraktiver geworden sind; das Beispiel Hochschule für bildende Künste ist schon genannt worden. Es gibt gerade im Kreativbereich, den Sie fördern wollen, die Gefahr einer echten Abwanderung, eines echten Verlustes, aber das ist nur Kleinkram, das sind nur die, die Sie sowieso nicht im Auge haben. Sie wollen Innovationen fördern, das hören wir seit sechs Jahren immer wieder. Dies ist laut Gutachten offenbar nicht gelungen, Sie müssen noch einmal von vorne anfangen. Ich kenne die Teile, die in der Presse stehen. Wenn Sie andere Informationen haben, nehmen wir diese gerne zur Kenntnis und versprechen Ihnen, sie auch zu lesen, aber dieser Senat möchte das Ding am liebsten totschweigen und das aus sehr gutem Grund. Offenbar stimmt das, was man aus der Wirtschaftsbehörde hört, dass es eine Aneinanderreihung von Banalitäten ist. Der Erkenntnisgewinn für diese Stadt ist gleich null, der Kostenfaktor gleich einer viertel Million Euro und das Ganze, um festzustellen, dass nichts passiert ist, um schwierig herauszufinden, warum die Studierenden vielleicht lieber in andere Städte gehen. Könnte das vielleicht etwas damit zu tun haben, dass in Hamburg die Lebenshaltungskosten hoch sind, Sie durch eine verfehlte Wohnungsbaupolitik dazu beitragen und dass als Sahnehäubchen obendrauf noch die Studiengebühren kommen? Könnte das vielleicht dazu beitragen, dass Hamburg als Studienstandort an Attraktivität verliert? Könnten Sie vielleicht einmal über solche einfachen finanziellen Situationen der Studierenden nachdenken, bevor Sie meinen, viel Geld ausgeben zu müssen? Das würde doch helfen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Stattdessen gibt es viel Wortgeklingel, viele Sätze, die eigentlich nur eines darstellen wollen, nämlich dass man ein halbes Jahr vor der Wahl noch ein paar schöne Schlagzeilen braucht. Das ist richtig schön nach hinten losgegangen. Nun könnte ich mich als Oppositionsabgeordnete darüber freuen, aber ich ärgere mich als Wirtschaftspolitikerin darüber, weil Sie dieser Stadt dadurch Schaden zufügen,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

weil Sie so tun, als ob die Wirtschaft in dieser Stadt davon abhängt, ob ein Wissenschaftssenator kurz vor der Wahl noch mal eine viertel Million Euro verschleudert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dräger. C

Senator Jörg Dräger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wettbewerb – ich glaube, das haben das Thema und die Debatte gezeigt – um kluge Köpfe hat begonnen. Hamburg will und wird in diesem Rennen vorne mit dabei sein.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir sind gut aufgestellt. Wir sind wirtschaftlich erfolgreich. Hier entstehen die Jobs. Wir haben in der Hochschulpolitik bereits die Probleme angepackt, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, uns hinterlassen haben.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt haben wir als eine der ersten deutschen Metropolen eine gezielte Talentstrategie ausarbeiten lassen, mit der wir uns eben auch den zukünftigen Herausforderungen erfolgreich stellen werden.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Welches ist die Strategie?)

Frau Dräger, die erste Befassung im Wissenschaftsausschuss, bei der Sie nicht anwesend waren, mit diesem Wettbewerb um die klugen Köpfe war bereits sehr interessant, insbesondere bezüglich der Frage, wie die Opposition sich zu dem Thema positioniert. Die GAL hielt zwar die entsprechende Strategie für richtig, fand aber eine Studie für überflüssig. Man hatte schließlich ein Buch aus den USA gelesen und daraus für das eigene Konzept abgeschrieben, ohne sich aber, Frau Opitz, die Frage zu stellen, ob diese Ergebnisse auf Europa und Hamburg übertragbar sind. Nebenbemerkung: So ganz sind sie es eben nicht. D

(*Michael Neumann SPD*: Das kostet eine Viertelmillion, oder was?)

Die SPD – das war noch viel interessanter – hatte einmal wieder einen Richtungsstreit der eher grundsätzlichen Natur. Der eine Flügel hielt ein solches Konzept für Elitebildung, weswegen es abzulehnen sei, und der andere Flügel meinte, darüber erst einmal mit Wissenschaftlern einige Jahre beraten zu müssen.

(*Gesine Dräger SPD*: Auf welcher Veranstaltung waren Sie denn?)

So, meine Damen und Herren von der SPD, werden Sie in dieser Stadt keine politische Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir hingegen – damit meine ich den gesamten Senat – werden dieses äußerst erfolgreiche Konzept der Wachsenden Stadt durch eine gezielte Ansiedlungspolitik nicht nur für Firmen, sondern auch für Menschen ergänzen. Wir wollen Talente in Hamburg entwickeln, wir wollen sie in dieser Stadt mit ihren vielfältigen Chancen halten und wir wollen sie für die Stadt neu gewinnen. Anders werden wir auch der demografischen Entwicklung und dem Fachkräftemangel überhaupt nicht begegnen können.

(Beifall bei der CDU)

A Mit dieser Talentstadt wollen wir die erfolgreiche Clusterpolitik fortsetzen. Es ist auch überhaupt gar kein Widerspruch zwischen klassischer Wirtschaftsförderung und Talentstrategie zu entdecken. Im Gegenteil: Es war gerade die Aufgabe des Projekts, unter Berücksichtigung der heutigen und auch der zukünftigen Stärken Hamburgs – dazu gehören natürlich die Logistik und die Luftfahrt – ein Konzept für die klugen und kreativen Köpfe zu entwickeln. Genau das ist auch gelungen.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Dann legen Sie es doch vor!)

Ein zentrales Element dieser Talentstadt sind unsere Hochschulen. So sind auch die Empfehlungen aus dem Projekt, denn mit diesen Hochschulen gewinnen und entwickeln wir die Talente. Nach Jahren von Stillstand haben wir dem Wissenschaftssystem in 2001 wieder eine angemessene Bedeutung gegeben.

(*Michael Neumann SPD*: Das sieht die Wirtschaftsbehörde aber ganz anders! Was sagen Sie denn der Wirtschaftsbehörde?)

Wir haben gezeigt, wie notwendig schon zu Zeiten der Clusterpolitik die Hochschulen und eben auch deren Reformen für die gesellschaftliche und, Herr Neumann, auch für die ökonomische Entwicklung Hamburgs sind. Insgesamt zehn Jahre finanzielle Planungssicherheit mit heute 22 Prozent mehr Wissenschaftsetat statt einem Sparkurs, den Sie zu verantworten hatten, einer umgesetzten Studienreform statt einem halbherzigen Bachelor-Master-Modell, neuen Forschungszentren, die wir eröffnet haben, zeigen jetzt erste Früchte. So haben wir heute – Sie mögen es nicht hören wollen – in Hamburg 10 Prozent mehr Studierende, 25 Prozent mehr Absolventen und 20 Prozent mehr internationale Studierende als noch zu Ihren Zeiten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dräger, Sie mögen Wirtschaftspolitik machen, aber es wundert mich schon, wenn Sie sagen, die Studenten liefen dieser Stadt weg.

(*Gesine Dräger SPD*: Das habe ich nicht gesagt!)

Wir haben gerade den größten Bewerberandrang in der Geschichte der Universität erleben können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Studenten aus anderen Städten wollen hier herkommen um zu studieren.

(Zurufe von der GAL)

Da mag der SPD-Spitzenkandidat ein Stück in die Vergangenheit zurückfallen und die Hochschulen und die Universität Hamburg, wie heute im "Hamburger Abendblatt", so richtig schön schlechtreden mit der Begründung, sie seien im weltweiten Ranking nur auf Nummer 102. Wir stehen zu unseren Hochschulen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator Dräger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Jörg Dräger (fortfahrend): – Nein, im Moment nicht.

Denn genau dieses Ranking bedeutet, dass die Universität Hamburg es in Deutschland unter die Top 10 geschafft hat. Das ist sicher noch nicht das Ziel, aber es ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Sie von der Opposition mögen uns diese Erfolge neiden. Aber für die Stadt und die Menschen entwickeln sich an unseren Hochschulen die Talente der Zukunft. Dafür werden wir auch weiter hart arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für das breit diskutierte Thema der Master-Studienplätze. Das haben wir an dieser Stelle auch schon besprochen. Die Universität hat jetzt ihre Hausaufgaben gemacht. Das neue Präsidium hat Transparenz geschaffen. Ich bin deswegen sehr optimistisch, dass wir in Kürze auch diese Herausforderung gemeinsam zum Wohle der Studierenden, der Hochschulen und auch unserer Stadt gelöst haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Um das Wohl der Stadt geht es uns als Senat. Angesichts der Herausforderung, in den nächsten fünf Jahren circa 70.000 bis 100.000 hoch qualifizierte kreative Nachwuchskräfte in den verschiedenen Branchen zu entwickeln und zu gewinnen, nehmen wir diese Verantwortung – dazu gehört natürlich auch der Kollege Uldall – gesamthaft wahr.

(*Gesine Dräger SPD*: Wie nett!)

Und wenn in der Presse von Machtkämpfen oder Durchsetzen die Rede ist, dann mag das zwar schöne Schlagzeilen liefern, aber es entspricht nicht der Realität. Die politisch Verantwortlichen ziehen hierbei an einem Strang.

(Beifall bei der CDU)

Die Talentstadt ist ein wichtiger Baustein der Wachsenden Stadt. Eine neue Behörde wird – wie wir das in Heide beschlossen haben – die Talent- und Innovationsstrategie aus einer Hand koordinieren. Diese neue Behörde wird auch den Sprung über die Elbe nach Harburg machen. Dafür verhandeln wir gerade die Mietverträge bis hin zur Frage, wie viel Fensterachsen die Zimmer haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg wächst und boomt, und zwar dank einer guten Wirtschaftspolitik und einer hohen Attraktivität für Talente. Gerade wenn es so gut läuft, wie es im Moment läuft, sollte man sich nicht den Blick für die notwendigen weiteren Entwicklungen verstellen lassen. Wir brauchen noch mehr kluge Köpfe in unserer Stadt. Herr Marx, das ist auch keine verdammenswerte Eliteförderung. Wir arbeiten an den entsprechenden Strategien. Frau Opitz, dabei ist auch eine Studie manchmal sinnvoll. Stellen Sie sich dieser Entwicklung für die klugen Köpfe nicht entgegen, sondern arbeiten Sie lieber wie wir an einer weiterhin so erfolgreich wachsenden Stadt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

A **Dr. Willfried Maier** GAL: Danke schön, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, soeben ist eine Beruhigungspolitik in Bezug auf aufgewühltes Wasser zu vernehmen gewesen. Ich fand das ein bisschen lustig. Meine Wahrnehmung ist, dass im Frühjahr dieses Jahres das Konzept der Talentstadt eine Sturzgeburt erlebt hat und sehr plötzlich kam, nachdem der Zeugungspunkt gut zwölf Monate früher lag, was ein bisschen lang ist. Aber im Senat dauert manches etwas länger. Dieser Zeugungspunkt war, dass wir im April 2006 mit der Vorstellung der Kreativen Stadt in die Öffentlichkeit gegangen sind. Der Bürgermeister sagte damals, das sei sehr interessant, man könne es integrieren und so weiter. Dann hat Senator Dräger nachgelesen und fand es auch interessant. Dann kam, wie gesagt, diese zwölfmonatige Schwangerschaft mit plötzlicher Sturzgeburt und am Ende des Sommers hat man bereits die Befürchtung, das Kind sei schon gleich wieder gestorben. Das ist meine Sorge dabei.

(Beifall bei der GAL und bei *Gesine Dräger SPD* – *Bernd Reinert CDU*: Dem geht es gut!)

Denn wenn ich mir vorstelle, was da passiert ist: Das Erste, was Herr Dräger aus dem Konzept der Kreativen Stadt, die er dann in Talentstadt umbenannt hat, gemacht hat – dafür hat er den Bürgermeister und, glaube ich, auch den Senat an Land gezogen –, war nicht die Frage nach der Gewinnung und Schaffung von Talenten in der Stadt, sondern der erste öffentliche Gedanke war ein Behördenneuschritt. – Wir wollen etwas von der Wirtschaftsbehörde und eine stramme neue Behörde haben.

Nun weiß jeder, der sich ein bisschen mit dem Hamburger Verwaltungsaufbau auskennt, dass man nichts machen kann, was den Widerstand so potenziert, als wenn man vor jeder Idee in der Sache sofort erst einmal den Behördenneuschritt fordert. Das ist eine sichere Maßnahme, um einen frühen Tod zu organisieren. Das ist dann auch gleich passiert.

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Wirtschaftsbehörde – sonst nicht gerade bekannt für weit leuchtenden Durchblick – wurde aus Feindschaft hellseherisch und schreibt dann auch den folgenden vernünftigen Satz:

"Schlechte Studien- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen lassen sich ebenso wenig durch Marketing kompensieren wie Defizite in Bereichen wie schulische Bildung, Kinderbetreuung, Wohnungsmarkt oder Verkehr."

So wahre Sätze hat man aus der Wirtschaftsbehörde selten gehört.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man muss allerdings auch zugeben: Hier war nicht der Wirtschaftssenator tätig, sondern die sogenannte mittlere Ebene.

(Heiterkeit bei der GAL)

Das ist aber nicht immer von Schaden. Hier war es offenkundig hilfreich. Nur hat jetzt natürlich der Senat – da ist offenbar etwas durchgestochen worden – das nächste Problem. Er braucht einen PUA Senat "Wer hat durchgestochen? Wer hat Aktenweitergabe gemacht?" – Am Ergebnis sind wir natürlich höchst interessiert.

Aber zunächst noch ein paar Worte zum Selbstlob, dass diese Talentstadtperspektive sich nahtlos anknüpft an

einen glänzenden Wirtschaftserfolg. Dieses schöne "WirtschaftsWochen"-Ranking, das Frau Dräger zitiert hat, gibt ein bisschen Auskunft, weil es erstmals ein Ranking nicht nur zwischen den Bundesländern ist, wo natürlich ein Stadtstaat in Bezug auf Wirtschaftsstärke immer gut wegkommt, sondern ein Ranking zwischen 50 Großstädten in der Bundesrepublik, wobei auch so großartige Städte wie Wuppertal, meine Geburtsstadt, darin vorkommen.

(*Gesine Dräger SPD*: Vor uns!)

Da steht Hamburg, wenn Sie es sich einmal anschauen, bei der Beschäftigtenquote auf Platz 27 von 50 – bombenstark, in Bezug auf die Arbeitslosenquote auf Platz 28 von 50 – noch ein bisschen stärker, in Bezug auf die Ausbildungsplatzdichte auf Platz 34 von 50 bundesdeutschen Städten und was das Forschungs- und Entwicklungspersonal angeht, auf Platz 33 – auch ziemlich weit vorne an bei der Talentorganisation.

(*Bernd Reinert CDU*: Und bei den Pendlerzahlen?)

Ich finde, das dicke Blasen des Senats in bisher leere Blaseballe sollte vielleicht erst einmal zugunsten einer konkreten Arbeit unterbleiben, von der man bisher noch relativ wenig hört außer immer neuen Erfolgsmeldungen. Wenn man aber einmal statistische Vergleiche heranzieht, fallen die eher dürrig aus. Ich finde, der Wissenschaftssenator tut das Beste für die Talentstadt Hamburg, wenn er sich um Wissenschaftspolitik kümmert. Er braucht nicht als Erstes eine Behördenausdehnung, um sich dieser Aufgabe weiterhin, und zwar intensiv zu widmen. Als ich vom Bürgermeister hörte, dass die Wissenschaftsbehörde um alle Zukunftsbereiche ergänzt werden sollte, habe ich es in der Art aufgefasst, dass er hierbei Schwarzgrünes im Kopf gehabt hat – möglicherweise uns. Das fand ich natürlich sympathisch. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Michael Neumann SPD*: Da klatscht aber jetzt keiner! – *Bernd Reinert CDU*: Der Beifall war sehr übersichtlich)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ahrons.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Es freut mich außerordentlich, dass die Opposition uns hier die Chance gibt, das Thema "Talentstadt Hamburg" noch einmal in aller Ausführlichkeit zu debattieren.

(*Uwe Grund SPD*: Die Zahl der Talente in der CDU ist übersichtlich!)

Ist doch gerade dieses Thema ein Thema, das in besonderer Art und Weise von uns belegt wird, da wir an der Zukunft der Stadt arbeiten, während die Opposition immer noch ein bisschen gespalten ist. Wie sonst ist es wohl zu erklären, dass Sie die Debatte inhaltlich nur mit einer möglichen Ressortverschiebung innerhalb des Senats und der Gutachtenvergabe führen, anstatt mit dem Inhalt unseres Projekts. Ich hätte mir gewünscht, Sie würden sich ein bisschen mehr mit den Inhalten beschäftigen. Senator Dräger hat das eben ausführlich dargelegt.

(Zurufe von der GAL)

Meine Damen und Herren von der GAL, dass es bei einem Projekt mit einer solchen Tragweite Reibungen gibt, ist nicht nur selbstverständlich, sondern das ist von uns so gewollt.

C

D

A (Michael Neumann SPD: Es gibt keine Reibung!)

Was wäre das wohl für ein Senat, bei dem eine derart tiefgreifende Entscheidung unkommentiert bliebe. Das stellt doch die Grundsatzentscheidung des Senats für die Neuausrichtung in keiner Weise infrage. Sondern das ist der Beleg für jene engagierte Vorgehensweise, mit der schon so vieles in dieser Stadt zum Besseren entwickelt worden ist.

Wenn wir uns fragen, was für Hamburg das Beste ist, dann können wir über unsere Arbeit der vergangenen Jahre bereits eine positive Bilanz ziehen, auch wenn Sie uns immer versuchen wollen, etwas anderes vorzumachen. Das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt", das der Senat und die CDU seit 2001 verfolgen, hat in Hamburg eine sichtbare Aufbruchstimmung erbracht. Im nationalen Vergleich wächst Hamburg überproportional und ist wirtschaftlich sehr gut aufgestellt. Zu diesem Erfolg hat die konsequente clusterorientierte Wirtschaftspolitik des Senats und der CDU maßgeblich beigetragen.

Wir ruhen uns aber auf unseren Erfolgen nicht aus, sondern gehen immer weiter und suchen nach Handlungsfeldern, deren Stärkung Hamburg nachhaltig zugute kommen kann. Genau das hat der Senat mit dem Projekt Talentstadt getan. Der Senat hat sich gefragt, wie Hamburg seine Position im europäischen Wettbewerb der Metropolen weiter fortschreiben und das heutige Wachstum ausbauen kann. Hierzu wurden diese Verbesserungspotenziale aufgezeigt und mit dem Projekt Talentstadt strategische Empfehlungen entwickelt. Wie und wo diese Empfehlungen umgesetzt werden, entscheidet sich weder an Personen noch nach Behörden. Das entscheidet sich auch nicht durch eine in die Öffentlichkeit getragene Debatte und es wird innerhalb des Senats auch nicht über das Knie gebrochen. Sondern hier zählen für uns allein vernünftige, sachliche und Erfolg versprechende Gesichtspunkte, über die der Senat – darauf können Sie sich voll verlassen – nun diskutieren und entscheiden wird.

(Beifall bei der CDU)

Die aufgebrachten Seelen der Opposition können sich beruhigen.

(Walter Zuckerer SPD: Ja, ja!)

Sie können sich vertrauensvoll zurücklehnen, denn der Senat wird sich die nötige, ausreichende Zeit nehmen

(Michael Neumann SPD: So viel Zeit bleibt denen gar nicht mehr!)

und ein vernünftiges Handlungskonzept zum Wohle unserer Stadt erstellen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

(Werner Dobritz SPD: Sie haben ja tüchtige Mitarbeiter in der Behörde! – Beifall bei Dr. Till Steffen GAL)

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zunächst auf die Rede von Herrn Maier zurück und auch auf die Rede von Ihnen, Frau Kollegin Dräger. Es ist nun einmal das

Kreuz mit den Statistiken, Herr Maier, das wissen Sie. Da kann man sich immer irgendeine Zahl heraussuchen und die so interpretieren, wie man will. Insofern müssen Sie, wenn Sie die Beschäftigungsquote in Hamburg ansprechen, hinzufügen, dass jeden Morgen 220.000 Menschen nach Hamburg einpendeln,

(Petra Brinkmann SPD: Das war immer so. Das ist doch nichts Neues!)

90.000 Menschen auspendeln und wir einen Saldo von 130.000 zusätzlichen Beschäftigten in Hamburg haben, die in der Statistik nicht erfasst worden sind. Deswegen kann ich nur sagen: Wir stehen ausgezeichnet da.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun wollen wir doch einmal sehen, was das jüngste Ranking von der Bertelsmann Stiftung vorgewiesen hat.

(Zurufe von der GAL)

Diesem Wachstumsvergleich ist zu entnehmen, dass Hamburg in der Beschäftigung die Nummer 1 ist. Sie sollten diese tatsächliche Situation in Hamburg nicht falsch- und kleinreden.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sarrazin?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Also, ich verstehe eine Aktuelle Stunde so, dass man miteinander eine Debatte führt, deswegen können Sie gerne hinterher eine kleine Rede halten und dazu Stellung nehmen.

(Bernd Reinert CDU: Aber nur klein, bitte!)

Wenn wir uns jetzt einmal mit der tatsächlichen Ausgangslage Hamburgs beschäftigen, dann können wir feststellen – das ist kein Verdienst des Senats und kein Verdienst irgendeiner Fraktion des Hauses, sondern das ist die objektive Lage –, dass wir bis zum Jahre 2030 die besten Chancen haben, der Wachstumsmotor für das gesamte Norddeutschland zu bleiben. Das liegt daran, dass wir im Ländervergleich den geringsten Alterslastkoeffizienten haben und dass Hamburg im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch bis 2030 eine deutlich überdurchschnittliche ökonomische Entwicklung aufweisen wird. Das Wachstum wird, so schätzt Prognos, bei 1,7 Prozent liegen. Und es werden bis zum Jahre 2030 57.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Hamburg entstehen. Ich sage ausdrücklich: Dieses ist nicht das Verdienst des Senats

(Bernd Reinert CDU: Nicht alleine!)

oder einer Partei, sondern das ist die objektive Ausgangslage. Deswegen sage ich: Eigentlich müssten sich alle Fraktionen hier im Hause über diese wunderbare Ausgangslage für Hamburg freuen.

(Beifall bei der CDU)

Aber, damit wir diese Prognosen auch in der Realität umsetzen können, brauchen wir exzellente Fachleute auf allen Feldern. Wir benötigen deswegen das Talentstadtkonzept, denn schon heute zeichnet sich ab, dass wir auf vielen Feldern nicht mehr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, um alle Herausforderungen, die sich auf

C

B

D

- A wirtschaftlichem Gebiet an den Standort Hamburg stellen, meistern zu können.

(*Michael Neumann SPD*: Das erkennt man am Senat!)

Wir müssen deswegen den Bildungs- und Ausbildungsstandort Hamburg durch konkrete Maßnahmen in den Forschungs- und Hochschulstandorten und auch bei uns in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit weiter stärken. Wir können festhalten, dass wir nicht neu auf diesem Gebiet tätig sind und jetzt anfangen, sondern wir haben bereits seit Jahren federführend Qualifizierungsoffensiven gestartet, um gerade auf den Gebieten, auf denen Hamburg zusätzliche Kapazitäten benötigt, um gute neue Talente zu fördern und voranzubringen. Diese Maßnahmen sind zugeschnitten auf die Erfordernisse der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Durch die enge Vernetzung zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Bildungseinrichtungen, Verwaltung und den Kammern sind die Angebote bedarfsgerecht auf die betriebliche Praxis ausgerichtet worden und gewährleisten internationale Standards.

So haben wir es dann auch geschafft, viele neue Potenziale für die Hansestadt zu erschließen. Wir freuen uns darüber, dass wir dabei große Schritte gemacht haben. Senator Dräger hat es in seinem Beitrag dargelegt. Seit Senator Dräger im Amt ist, sind die Zahlen der Hochschulabsolventen um 25 Prozent und die Zahlen der international Studierenden um 20 Prozent gestiegen.

(*Farid Müller GAL*: Wollen Sie jetzt die Wissenschaftsbehörde übernehmen?)

- B Da kann ich nur sagen: Das ist genau der richtige Weg, um Hamburg als Talentstadt voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Aber dies alles reicht uns nicht. Wir wollen das Potenzial, das vor uns liegt, weiter stärken und heben. Deswegen wollen wir viel tun, um das Klima für Talente in Hamburg zu verbessern. Deshalb, sage ich, freuen wir uns darüber, dass wir in Hamburg großartige Beispiele von Talenten auf den unterschiedlichsten Gebieten haben, die sich in dem Talentklima Hamburgs ausleben und weiterentwickeln. Ich möchte nur an einige Namen erinnern, die gerade in den letzten Wochen in den Zeitungen gestanden haben, zum Beispiel der Regisseur Fatih Akin, dessen Drehbuch für den Film "Auf der anderen Seite" den ersten Preis in Cannes gewonnen hat. Ich kann nur sagen: Eine großartige Leistung und ein großartiges Talent, das wir hier in Hamburg haben.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Trotz der Kürzung der Filmförderung!)

Oder ich erinnere an den Wissenschaftler Professor Hauber vom Heinrich-Pette-Institut, dem in den vergangenen Monaten der Durchbruch bei der Bekämpfung des HI-Virus gelungen ist. Das sind Talente, die wir in Hamburg haben. Die dürfen nicht kleingeredet werden, sondern müssen in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Als drittes Beispiel dafür, wie breit die Palette der Talente bei uns in Hamburg ist, nenne ich den Unternehmer Hans-Martin Rüter, der mit seinem Unternehmen Conergy der Solartechnik einen wichtigen Schub gege-

ben hat und Hunderte von neuen Arbeitsplätzen in Hamburg geschaffen hat. Wir brauchen mehr solche Leute.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unsere Aufgabe, nicht dieses Kleinreden und Schlechtreden, wie es die Opposition macht.

(Zurufe von der GAL)

Hamburg hat viele Talente, die im Hafen auf den Terminals neue Logistiksysteme installieren. Wir haben bei der Lufthansa Technik Talente, die die Sicherheit von 450 Fluggesellschaften gewährleisten. Oder wir haben Talente, die mit kreativen Ideen für ihre Werbekunden überall in Deutschland neue Konzepte entwickeln. Aber wir wollen diese gute Ausgangslage, dieses Niveau, das wir in der Talentförderung erreicht haben, weiterentwickeln. Deswegen gilt es, dass wir dieses Talentkonzept umsetzen. Kollege Dräger und ich werden dieses gegen alle Unkenrufe von der linken Seite des Hauses gemeinsam erfolgreich durchziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema der Aktuellen Stunde ist etwas locker von der grünen Fraktion formuliert worden. Der Kollege Dräger und ich sind persönlich angesprochen, deswegen kann ich darauf nur antworten: Dräger kann, das hat er unter Beweis gestellt. Und außerdem kann ich noch sagen: Ich weiß etwas, was Sie alle nicht wissen – Uldall will, und zwar Uldall will, dass die Stadt weiter vorankommt. Deswegen setzen wir dieses Konzept um.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will einmal ganz nett beginnen. Herr Salchow, ich wünsche Ihnen alles Gute zum Geburtstag!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Ich denke, zunächst sollte man ein paar Dinge klarstellen, die Herr Dräger absichtlich oder unabsichtlich, aber vermutlich wissentlich etwas sinnenstellend, wenn man das einmal höflich formulieren will, gesagt hat. Wenn Sie, Herr Dräger, davon sprechen, dass es zurzeit einen so großen Bewerberandrang an Hamburgs Hochschulen gibt, dann liegt das nicht an Ihrem Tun oder Nichttun. Nein, es liegt alleine daran, dass es die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, unter der Kurzform ZVS bekannt, in dieser Form nicht mehr gibt. Das heißt, die Studierenden oder diejenigen, die es werden wollen, müssen sich bei den Hochschulen direkt bewerben. Das führt natürlich dazu, dass die Bewerberzahlen explodieren.

Der nächste Punkt, den man genauso erwähnen muss: Herr Dräger, Sie sind immer so stolz darauf, dass die Anzahl der Studierenden so sehr zugenommen hat. Die Anzahl der Studierenden hat in Hamburg nur in einem Bereich zugenommen, bei den privaten Fernhochschulen. Auch das ist nicht Ihr Verdienst, Herr Dräger. Das ist der Verdienst der privaten Betreiber dieser Fernhochschulen.

Hamburg hat in den letzten Jahren trotz schwieriger Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Metropo-

C

D

A len – das müssen wir als Opposition anerkennen – auch in einigen Bereichen erfolgreiche Clusterpolitik betrieben. Ein Beispiel dafür ist – das ist fast immer von der gesamten Bürgerschaft unterstützt worden – die Ansiedlung der A 380-Fertigung. Insofern war die Rede von Ihnen, Herr Uldall, ein wunderbares Beispiel dafür, wie man es als professioneller Senator schafft, das Gutachten von Roland Berger scheinbar zu verteidigen, aber in Wahrheit inhaltlich genau das Gegenteil zu sagen. Denn Roland Berger sagt eben, dass es all dieses nicht gegeben habe und dass Hamburg quasi ein Entwicklungsland sei. Dafür hat Senator Dräger noch 240.000 Euro ausgegeben. Das ist der echte Skandal.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Im Wissenschaftsausschuss haben wir durch Nachfragen erfahren, dass der Preis von knapp 240.000 Euro für dieses Gutachten angeblich auch noch ein sehr billiger Preis gewesen sei.

(*Michael Neumann SPD: Freundschaftspreis!*
– *Wolfgang Beuß CDU: Günstig!*)

Wenn man es sich aber genau anschaut, muss man feststellen, dass es auf keinen Fall ein günstiges Angebot war, sondern es war wirklich nur billig. Das, denke ich, ist völlig unnötig, wenn man 240.000 Euro auf der einen Seite ausgibt und auf der anderen Seite die Situation hat, dass an der Hochschule für bildende Künste über 200 kreative Talente – das ist die Sprache von Herrn Dräger, nicht unbedingt meine – dort ab 30. September nicht mehr studieren dürfen, weil sie die Studiengebühren nicht zahlen wollen oder können.

B Die werden aus dieser Stadt vertrieben. An der Uni Hamburg haben Sie über 1.000 Studierende vertrieben. Das ist Talentpolitik? Nein, das ist Talentvertreibungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Angeblicher Schwerpunkt des Gutachtens sind die kreativen Talente. Die Kulturbehörde soll ein Konzept für das Phoenix-Gelände entwickeln. Was besonders interessant ist, ist, dass gerade die Wissenschaftsbehörde dort hinkommen soll. Das ist in Harburg – für diejenigen, die das nicht kennen. Dass die Wissenschaftsbehörde ein kreativer Talentschuppen ist, würden selbst alle Mitarbeiter der Wissenschaftsbehörde nicht von sich selbst behaupten. Da stelle ich mir die Entwicklung sehr spannend vor.

Aber es kommt noch besser, wenn man sich das Roland-Berger-Gutachten anguckt.

(*Wolfgang Beuß CDU: Woher haben Sie es; woher kennen Sie es?*)

Aus den Projekten der Hamburger Off-Kultur-Szene soll ein Leuchtturm-Projekt entwickelt werden. Was heißt denn das konkret? Soll dann die Rote Flora künftig die Schwarze Flora werden oder wie stellen Sie sich das vor?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU: Der Witz ist nicht gelungen!*)

Eine der zentralen Vergleichsstädte in diesem Gutachten ist Dublin. Dublin ist wirklich beispielhaft. In keiner Stadt Europas sind so viele finanzielle Offshore Gesellschaften, die irgendwelche Hypothekarkredite versenken wie in Dublin. Wollen wir uns daran ein Beispiel nehmen? Ich denke, das kann es auch nicht sein. Ich wünsche mir, dass dieser Senat etwas intelligenter

(*Gesine Dräger SPD: Talentierter!*)

und zukunftsweisender Konzepte entwickelt, wie es weitergehen soll mit der Politik.

Darüber hinaus ist ein Punkt besonders dreist oder auffällig. Da beschließt der jetzige Senat, der kein ewiger Senat mehr ist und garantiert ab 25. Februar nur noch geschäftsführender Senat ist, wie die künftige Senatsstruktur aussehen soll. Das kann es doch nicht gewesen sein. So viel Respekt sollte man vor dem Souverän noch haben, dass man abwartet, wie das am 24. Februar ausgeht.

Zu guter Letzt ein hochschulpolitischer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt. Besonders auffällig ist in diesem Gutachten, dass es im Prinzip nur Betriebswirtschaftslehre und ein bisschen Naturwissenschaften gibt, manchmal auch Ingenieurwissenschaften. Geistes- und Sozialwissenschaften haben Sie, Herr Dräger, als Hochschulsensor gar nicht mehr auf der Rechnung. So produziert man nicht mehr Talente in dieser Stadt, so erreichen wir nicht, dass diese Stadt kreativer wird, sondern so wird aus dieser Stadt die Stadt der meisten Schmalspur-Bachelor-Absolventen bundesweit. Das können wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Satz. Herr Dräger, ich wünsche mir für die Zukunft kein PowerPoint mehr, sondern Argumente.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Städteranking in der "WirtschaftsWoche" wird ziemlich deutlich dargestellt, was von Ihren hohen Ansprüchen in der Realität wirklich zu halten ist. Wir haben es auch eben wieder von Ihnen gehört. Hamburg marschiert voran und überholt alle anderen, sagen Sie.

Im Städteranking, einer wissenschaftlichen Untersuchung wurde, wird deutlich, dass Hamburg im Vergleich zum letzten Jahr und mit bundesdeutschen Großstädten von Platz 11 auf Platz 12 zurückgefallen ist. Wissen Sie, wer uns überholt hat und nur auf Platz 11 und auf Platz 10 ist? Das sind Braunschweig und Wiesbaden. Deshalb möchte ich Sie einmal fragen, wenn unter Ihrer Regierungszeit im wirtschaftlichen Städteranking Hamburg von Braunschweig und Wiesbaden überholt wird, was Ihre Aussage wert ist, dass Sie sagen, Hamburg sei gerade dabei, mit Barcelona, Toronto und so weiter in einer Liga zu spielen. Ich glaube Ihnen gerne, dass Klappern zum Geschäft gehört, aber wenn man vor lauter Klappern nicht mehr mitbekommt, was wirklich in dieser Welt passiert, dann ist das auch einer der Gründe, warum uns Braunschweig und Wiesbaden überholen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Eigentlich müssten wir einmal über Ihr Konzept reden. Das würde ich wirklich gerne tun, aber eines muss man festhalten: Sie hatten heute die Chance, ein Konzept für eine Talentstadt in inhaltlichen Punkten darzulegen, auf das bisher keiner Bezug nehmen konnte, weil außer einem Neuzuschnitt der Behörde noch keine einzige Maßnahme von Ihnen verkündet wurde, wie Sie dieses tolle Ziel Talentstadt erreichen wollen. Heute hatten Sie,

C

D

A Herr Dräger, oder Sie, Herr Uldall, die Chance, einmal zu sagen, was das eigentlich heißt. Es ist schön, dass Sie sagen dass Sie das Gleiche wie wir Grüne wollen, aber wie wollen Sie es erreichen? Man muss schlichtweg feststellen, dass Sie inhaltlich nichts gesagt haben. Sie haben da nicht nur eine Chance verpasst, sondern Sie wissen anscheinend immer noch nicht, was Sie machen wollen. Dann sollten Sie sich allerdings nicht darüber beschweren, dass wir davor warnen, dass sich ein Senat als Standortrisiko entpuppt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Warum das so ist, will ich an zwei, drei Aussagen von Ihnen festmachen, die zeigen, dass Sie eigentlich das Problem sind, warum Hamburg sein Potenzial, das da ganz sicher vorhanden ist, nicht ausschöpft.

Erstens: Herr Uldall, wenn Sie sagen, der Hamburger Filmstandort sei doch so toll, weil Fatih Akin hier erfolgreiche Filme macht, dann möchte ich sagen, dass er das nicht aufgrund Ihrer hervorragenden Filmförderung in dieser Stadt getan hat, sondern gegen sie, denn Sie haben die Filmförderung gekürzt. Sie haben sie zuerst in die Kulturbehörde verlagert und dann wieder zurück zur Wirtschaftsbehörde. Dabei sind Sie immer noch nicht auf der Höhe der Mittel, die Sie selber übernommen haben. Trotzdem rühmen Sie sich jetzt mit den engagierten Filmmachern, die trotz ihrer Kürzungen erfolgreiche Filme machen. Meine Damen und Herren, das ist unlauter.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Barbara Ahrons CDU*: Das ist doch gar kein Zusammenhang!)

B Wenn Sie jetzt das erfolgreiche Unternehmen Conergy beschwören, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir schon seit Jahren mit Unternehmen aus dieser Branche reden. Immer wenn wir dort waren, wurde uns gesagt, klar sind wir erfolgreich, wir würden uns jedoch freuen, wenn nicht nur die Opposition vorbeikäme, sondern auch der Senator mit uns reden würde. Das ist anscheinend bis vor Kurzem gar nicht passiert, Herr Uldall, und das zeigt Ihre Erklärungsnot, dass Sie das jetzt in den Bereichen, die Sie wirtschaftlich sogar bekämpft haben, wenn ich mich nur an die Debatten über die Förderung erneuerbarer Energien erinnere, als Hilfsargument benutzen müssen, um zu zeigen, wie erfolgreich Sie doch sind.

Letztendlich möchte ich auch noch einmal auf Sie zu sprechen kommen, Herr Dräger. Sie haben gesagt, die Talentstadt beweist, dass Wirtschafts-, Wissenschafts- und Talentförderung kein Widerspruch sein müssen. Wenn man sich die Politik Ihres Senats ansieht, dann muss man feststellen, dass Sie wirklich noch nicht begriffen haben, dass die Förderung von Talenten etwas ganz anderes sein muss als das, was Ihr Wirtschaftssenator die letzten Jahre macht. In einer globalisierenden Wissensgesellschaft reicht es, wenn man Talente fördern will, eben nicht aus, Gewerbeflächen bereitzustellen, Autobahnen und neue Kaimauern zu bauen, Maßnahmen in die 60 bis 80 Prozent der Wirtschaftsförderung dieser Stadt hineingehen. Für die Bereiche, die Sie fördern wollen, wissensbasierte Bereiche ist fast kein Geld mehr da. Wenn Sie sagen, das sei doch alles eins, dann kann man nur sagen, dass Sie einfach noch nicht begriffen haben, was Sache ist. Deshalb wundert es mich auch nicht, dass Sie keine Maßnahmen und Konzepte zur Förderung von Talenten vorlegen können, weil Sie es inhaltlich anschei-

nend noch gar nicht begriffen haben, was nötig wäre, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Offensichtlich haben Herr Dräger und Herr Uldall eine Lobgemeinschaft gebildet, man wolle sich jetzt nur noch gegenseitig gut sprechen und sich gegenseitig loben. Es wurde sehr viel geredet, der eine in der Form des Gesundheitsbeters, der andere mehr im Stil eines Fernsehpredigers. Im Ergebnis wurde aber nichts gesagt. Es wurden die Fragen der Opposition nicht beantwortet, es wurde aber auch nicht das beantwortet, was in der Öffentlichkeit in Rede steht. Es steht in Rede, dass einem ehemaligen Arbeitgeber – offensichtlich als Freundschaftsdienst – unter dubiosen Bedingungen ein Auftrag für ein Gutachten zugeschanzt worden ist,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

das bisher unter Verschluss gehalten wird, damit man sich in der Öffentlichkeit nicht ein Bild darüber machen kann, was dort wirklich für fast eine Viertelmillion Euro geleistet wurde.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt die Überschrift wie ein Menetekel über dem Kopf des Bürgermeisters: Die Form ist die Mutter der Demokratie. Es sind schon seltsame Forderungen und Formen, wenn Bezirksamtsleiter in verschiedenen Bezirksamtern um ihr Amt gebracht werden, wenn es um ganz andere Beträge geht, noch nicht einmal zum eigenen Verantwortungsbereich, aber ein Senator offensichtlich freihändig, ohne Probleme seinem alten Arbeitgeber solche Aufträge zukommen lassen kann.

(*Barbara Ahrons CDU*: Was ist das denn für ein Unsinn!)

Nehmen wir den zweiten Teil, nämlich die Bewertung des Gutachtens seitens der Wirtschaftsbehörde. Auch dazu haben weder Herr Dräger noch Herr Uldall etwas gesagt, der die Möglichkeit gehabt hätte, sich vor seine Mitarbeiter zu stellen, die hier als Durchstecher oder mittlere Führungsebene diffamiert worden sind. Herr Uldall, Sie haben dazu keine Stellung genommen. Was ist mit dem Satz, dass wir uns primär darum kümmern sollten, dass Menschen anständig in der Bildung und in den Universitäten vorankommen sollen, als sich nur in Marketing-Strategien zu verlieren. Dieser Satz stammt aus Ihrer Behörde und dazu haben Sie heute nichts gesagt. Stimmt dieser Satz? Ist das die Einschätzung der Wirtschaftsbehörde oder wie bewerten Sie das Urteil und das Gutachten, das Herr Dräger in Auftrag gegeben hat?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der dritte Bereich ist die Frage: Wenn das Gutachten, das wir alle nicht kennen dürfen,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Aber darüber reden!)

wahr ist und wenn das, was in der Öffentlichkeit berichtet wurde, wahr ist, dann ist das auch eine Ohrfeige für die bisherige Senatspolitik, denn wenn es sagt, dass bisher für Kreative, für Wissenschaft, für Bildung nichts getan

A wurde – und das deckt sich auch mit der Aussage der Wirtschaftsbehörde –, dann muss man doch feststellen, dass es in dieser Stadt nicht einen einzigen Gebührentatbestand gibt, der im Bildungsbereich nicht erhöht worden ist seitens dieses Senats. Nein, Sie haben Gebühren nicht nur ständig erhöht und Bildung teurer gemacht in dieser Stadt, sondern Sie haben auch ständig sehr kreativ neue Gebührentatbestände geschaffen, nicht nur das Büchergeld, nicht nur die Vorschulgebühren bis hin zur Studiengebühr. Das heißt, auch das zeigt, dass Sie in den letzten sechs Jahren, wenn das Gutachten von Ihrem Arbeitgeber richtig ist, offensichtlich völlig in die falsche Richtung gefahren sind und die Senatspolitik kraft dieses Gutachtens widerlegt wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL
– *Wolfgang Beuß CDU*: Die prophetischen Gaben von Herrn Neumann!)

Der letzte Punkt ist die Überschrift. Heutzutage scheinen Überschriften wichtiger geworden zu sein als das, was drin steht. Talentstadt. Der Begriff ist auch geklaut. Es ist in Wirklichkeit auch kein Begriff, der 240.000 Euro wert ist. Wenn man im Internet den Suchbegriff eingibt, dann stellt man fest, dass eine Mittelgemeinde im niedersächsischen Stadthagen mit diesem Begriff und dieser Überschrift schon seit fünf Jahren in einer ähnlichen Konzeption auf dem Markt ist.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Auch da muss ich sagen: 240.000 Euro dafür, dass man einmal bei Google nachschaut, Supergeschäft, Herr Dräger, gratuliere.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber ich will gerne etwas Persönliches sagen und das ist auch das, was Herr Uldall gesagt hat: Hamburg hat unglaublich viele Talente. Sorgen wir dafür, dass bald auch wieder welche im Senat sein werden. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Zunächst Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was mir heute noch nicht klar geworden ist, ist, ob sich der Bürgermeister hinter Herrn "Will nicht" oder Herrn "Kann nicht" stellt. Er ist jetzt, glaube ich, erst einmal gegangen, um nicht Position ergreifen zu müssen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Haben Sie nicht zugehört?)

Was Sie sagten, ist nicht deutlich geworden. Es war ein schönes Ablenkungsmanöver, um den Knatsch zu vertuschen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Nee, es passt Ihnen nicht!)

Was aber ein bisschen zum Himmel schreit, sind all die Lobeshymnen darauf, was Herr Dräger in den letzten Jahren alles erreicht hat.

Ich will noch einmal an die Debatte seit Antritt von Herrn Dräger erinnern, als es um die Geisteswissenschaften ging. Da hat Herr Dräger doch wirklich die ganze Stadt zur Aufruhr gebracht, als er die Geisteswissenschaften an die Wand fahren wollte und angebliche Orchideenfächer für unnötig in Hamburg hielt. Da kann man sich nur fragen: Lieber Herr Dräger, wissen Sie nicht, wie Exzellenz

entsteht? Das geht nur, wenn man nicht nur Naturwissenschaften und Hightech hochhält, sondern auch die Geistes- und Sozialwissenschaften in einer Volluniversität fördert. Das gehört dazu, aber das haben Sie anscheinend immer noch nicht begriffen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie sagen, Sie hätten die Talente und die Exzellenzen in die Stadt geholt, dann frage ich Sie, wer hat denn das NIT, wer hat denn die Bucerius Law School hier hergeholt? Das ist doch vor Ihrer Zeit passiert und wo man jetzt die Ergebnisse sieht. Das war nicht Ihre Idee, meine Damen und Herren. Exzellenz braucht eben nicht nur Textbausteine, PowerPoint oder Roland Berger, sondern anscheinend doch ein bisschen mehr als das, was Sie uns hier immer bieten.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Ein Qualm!)

Das wesentlich Tragischere ist aber, dass Sie dieses Leitbild der kreativen Stadt einfach nicht begriffen haben. Sie sehen das verengt auf die drei TTT, weil Ihnen die 2006 zufällig einmal über den Weg gelaufen sind. Und auch Sie, Frau Ahrons, haben nicht begriffen, dass es nicht darum geht, etwas 1 : 1 auf unsere Stadt Hamburg zu übertragen, sondern dass es darum geht, die Potenziale, die diese Stadt hat, zu analysieren und zu schauen, wie wir sie weiterentwickeln können, und zwar ganzheitlich auf alle Fähigkeiten, Talente, Potenziale in dieser Stadt, in der Wirtschaft, bei den Kindern, bei den Migranten, in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und nicht nur, wie schon mein Kollege Kerstan sagte, auf Kaimauern reduziert. Hier haben Sie einfach am Anfang nur auf die wachsende Stadt gesetzt. Ich glaube, Sie wären besser gefahren, konsequenter bei Ihrer wachsenden Stadt zu bleiben und diese weiterzuentwickeln, als plötzlich zu merken, dass Sie da und da hinterherklappen.

Nehmen wir doch das Beispiel Halbzeitbilanz des Bürgermeisters. Da fällt ihm plötzlich ein, dass der Sozialbereich total hinten übergekippt ist, nicht vorhanden ist.

(*Barbara Ahrons und Wolfgang Beuß, beide CDU*: Zum Thema!)

– Das gehört genau zum Thema, Frau Ahrons, weil Sie nicht begriffen haben,

(*Barbara Ahrons CDU*: Ich habe es schon begriffen, aber es muss auch bezahlt werden!)

dass jedes Kind, egal in welchem Stadtteil, jeder Mensch, egal in welchem Stadtteil, zur kreativen Stadt dazugehört und Talente hat. Das haben Sie nicht begriffen und das sind Sie vollkommen auf dem Holzweg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben nämlich aufgrund Ihres reduzierten Begriffs, der wachsenden Stadt, dann plötzlich eine Inflation der Leitbilder bekommen, sind mit der lebenswerten Stadt, ein bisschen Anhörschen der Stadtteile nachgeklappt, dann fiel Ihnen die Talentstadt ein – darüber ist genug gesagt worden –, dann kam die Klimahauptstadt und die Kulturhauptstadt.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Es passt Ihnen nicht!
– *Barbara Ahrons CDU*: Alles etwas durcheinander bei Ihnen!)

C

D

- A Ich will gar nicht über die Bildung reden. Sie wollten ja auch in der Bildung Spitze werden, aber da ist die Senatorin inzwischen von Pleiten und Pannen gezeichnet und ist von Ihnen auch schon versenkt worden. Da ist eben nichts mehr mit Spitze. Ich glaube, dass Ihre Ungeschlossenheit, Ihre Konkurrenz, die Sie heute an den Tag gelegt haben, und Ihr Hochmut, Ihr Übermut Ihre Achillesferse sein wird, weil nichts dahinter steckt. Es steht kein Konzept dahinter, es steht kein Inhalt dahinter und das werden die Hamburgerinnen und Hamburger merken, meine Damen und Herren. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert für eine Minute und 30 Sekunden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das reicht!)

Bernd Reinert CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Frau Goetsch, die Debatte, wenn man sie verfolgt und verstanden hat, hat gezeigt, dass kein Blatt Papier zwischen die Senatoren Uldall und Dräger passt. Da gibt es einen ganz engen Schulterschluss.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und der GAL)

Wer in dieser Stadt Exzellenz will, liebe Frau Goetsch, der muss die Stärken stärken und nicht überall herumprütschern und mit der Gießkanne operieren. Das ist Ihre Hochschulpolitik, die Hamburg ins Mittelmaß geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

- B Wir sind dabei, dieses wieder auf Vordermann zu bringen,

(Dr. Till Steffen GAL: Dann haben Sie aber nicht aufgepasst, Herr Reinert!)

unser Bildungssystem einschließlich der Hochschulen zu modernisieren, leistungsfähiger zu machen und dazu gehört eben auch dieser sehr weitgehende Ausbau der Kindertagesbetreuung. All dieses dient dazu, diese Stadt für junge Familien, für Talente attraktiver zu machen. Da müssen wir auch sehen, dass wir gerade die forschungsintensiven Bereiche im Bereich der Clusterpolitik weiter stärken.

(Zurufe von der GAL)

Wenn dann Herr Neumann hier ankommt und einiges von sich gibt zu Dingen, die in der Ausschusssitzung längst abgearbeitet und widerlegt worden sind,

(Dr. Till Steffen GAL: Das stimmt doch gar nicht! Sie waren nicht dabei!)

dann heißt das, dass Sie die Öffentlichkeit inklusive der Medienberichterstatte für dümmer halten als diese es sind.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 29, Antrag der CDU-Fraktion: Jugend und Europa – Junge Menschen früh von der europäischen Idee begeistern.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Jugend und Europa – Junge Menschen
früh von der europäischen Idee begeistern**

– Drs. 18/6858 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dietrich, bitte.

Lars Dietrich CDU: Sehr verehrte Frau Vizepräsidentin, meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welche Rolle nimmt Europa in unserem täglichen Leben ein? Wenn wir uns dieser Fragestellung näher zuwenden, dann fällt uns auf, dass in vielen Bereichen unseres Lebens Europa in der Tat präsent ist und die Tendenz ist steigend.

Es fällt auf, dass mittlerweile schon über 60 Prozent der nationalen Gesetzgebungen auf supranationalem Recht basiert. Es fällt auf, dass die Vorzüge des europäischen gemeinsamen Handelns eher im Urlaub offensichtlich werden. Den meisten Menschen kommt dieses Thema als nicht greifbar vor, eher die Turbulenzen rund um den EU-Verfassungsvertrag und einer schwierigen Osterweiterung. Deshalb ist das Thema Europa für sie weit weg und nicht so wichtig. Unsere Aufgabe als politisch Verantwortliche und überzeugte Europäer ist es deshalb, das Image von Europa zu verbessern und insbesondere auch die Vorzüge herauszuarbeiten, um das Bewusstsein der Menschen diesbezüglich zu schärfen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb geht mein Dank an meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, die heute die Europa-Debatte als ersten Debattenpunkt angemeldet haben. Europa genießt damit einen hohen Stellenwert bei der Fraktion der CDU in diesem Hause. Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber welche Möglichkeiten haben wir zur Imageverbesserung der EU und zur Verständlichkeit von Europa. Aus meiner Sicht müssen Maßnahmen ergriffen werden, die über die Schwierigkeiten und die tägliche Arbeit der europäischen Institution informieren. Diese Aufklärung sollte vor allem bei Jugendlichen begonnen werden, da die junge Generation mit der Europäischen Union als zentrales politisches Gefüge in Deutschland und Europa aufwächst. Deshalb ist es aus meiner Sicht auch erforderlich, dass gerade junge Menschen das politische System der Europäischen Union besser kennenlernen.

Ein probates Mittel hierfür sind Informationen, die in spielerischer Form vermittelt werden. So wurde zum Beispiel im Land Sachsen-Anhalt ein Simulationsspiel als Form einer effektiven Lernmethode für den von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel initiierten EU-Projekttag anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge erarbeitet. Der große Vorteil dieser Simulationsspiele ist, dass die Jugendlichen aktiv eingebunden werden und damit natürlich auch besser lernen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle drei Beispiele.

Erstens: In Hamburg hat es in der Vergangenheit schon einige Planspiele zur EU-Erweiterung gegeben, bundesweit waren es insgesamt acht weitere Projekte. Diese können deshalb auch idealerweise für die Themen EU-Parlament und seine Prozesse umgestaltet werden.

C

D

A Zweitens: Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn hat Simulationsspiele entwickelt, in denen Jugendliche in die Rollen der Mitglieder des Europäischen Parlaments oder der Kommission sowie in die Rollen der nationalen Politiker und der Medienvertreter schlüpfen können.

Drittens: Das Ziel bei solch einer simulierten Diskussion zwischen Jugendlichen ist, die aktuellen politischen Themen grundlegend zu analysieren und Lösungen zu finden. Durch die intensive Beschäftigung der Jugendlichen mit diesen zentralen Schwierigkeiten, die natürlich auch die Europäische Union hat, wird ihr Blick für die europäische Politik geschärft und so auch ein größeres Interesse geweckt.

Wir wollen aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, auf diesem Fundament aufbauen, um unsere jungen Leute für die europäische Idee zu begeistern und sie fit für Europa zu machen.

Der Senat hat sich laut seiner Senatsmitteilung für 2007 europapolitische Schwerpunkte zum Ziel gesetzt, die europäische Öffentlichkeitsarbeit, den Integrationsprozess und die europäische Jugendpolitik zu stärken. Die Hamburgische Bürgerschaft hat dem Senat hierbei ihre Unterstützung zugesagt. Nur möglich wird dies, indem die Bürger mitgenommen werden, vor allem auch jüngere Menschen informiert und mit einbezogen werden. Der Senat will Jugendliche über die EU informieren und sie mit einbeziehen. Hamburg kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und das wollen wir auch. Obwohl zu sehen ist, dass gerade durch die Landeszentrale für politische Bildung die Simulationsspiele schon begonnen haben,

B sollte der Senat die Schulen noch stärker dafür sensibilisieren. Besonders gut könnten hier auch die einzelnen Freien Träger, wie zum Beispiel die Jungen Europäischen Föderalisten eingebunden werden, die in Hamburg bereits Planspiele zur EU-Erweiterung mit Erfolg durchgeführt haben.

Meine Damen und Herren! Für den Bau des gemeinsamen Hauses Europa brauchen wir alle Kraft, um Frieden und Freiheit zu erhalten sowie Verständnis füreinander zu erlernen. Um diese hehren Ziele zu erreichen, müssen wir früh anfangen und am besten fangen wir damit bei der nachwachsenden Generation an. Deshalb ist völlig klar: Das europäische Projekt kann nur mit der Unterstützung der Bürger gelingen und die CDU will mit diesem Antrag ihren Teil dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dietrich, Ihre Anmerkung zum Thema Europa und Stellenwert in Ihrer Fraktion hat mich doch ein bisschen zum Schmunzeln veranlasst, aber war wahrscheinlich von Ihnen auch nicht ernst gemeint.

Wenn es darum geht, Herr Dietrich und liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, der Hamburger Jugend Europa näherzubringen oder, wie die GAL in ihrem Antrag formulierte, Europa in die Herzen zu bringen, dann unterstützen wir alles was sinnvoll ist, auch Planspiele in den Schulen. Das ist keine Frage. Im Übrigen ist das gerade in Hamburg von Bedeutung, denn die CDU-

Schulbehörde hat es seit Jahren versäumt darauf zu achten, dass das Thema Europa in den Schulen ausreichend stattfindet. C

Die Europäische Kommission – vielleicht haben Sie es gelesen – hat dazu eine Studie erarbeiten lassen mit dem Ergebnis, das der Leiter der Europäischen Kommission in Berlin, Herr Sabathil, so formulierte, dass Europa in den Klassenzimmern nicht angekommen ist, Generationen von Schülern wüssten zu wenig von Europa und auch die Lehrer seien oft nicht ausreichend informiert.

Hamburgs Schulpolitik wird hier ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Besonders schlecht abgeschnitten hat im Übrigen Bayern. Da taucht das Thema Europa in dem Politiklehrplan der Jahrgangsstufe 12 gar nicht erst auf. Was die Rahmenpläne angeht – auch hier in Hamburg –, so wird der Hamburger Schulbehörde bescheinigt, dass sie von den KMK-Anforderungen – und hier geht es um die Schaffung eines europäischen Bewusstseins – weit entfernt ist. Sie sagen weiter, dass das Potenzial der Stadt für Europa nicht ausgeschöpft wird, also ein sehr schlechtes Zeugnis für diese Stadt. Wir können erst zufrieden sein, wenn wir das für Hamburg lesen können, was Rheinland-Pfalz attestiert worden ist, nämlich ein profundes Wissen der Schülerinnen und Schüler über Europa mit dem Hinweis: Wer seinen Kindern eine europäisch orientierte Erziehung angedeihen lassen will, sollte einen Umzug nach Rheinland-Pfalz ins Auge fassen. Das wollen wir natürlich alle nicht, aber wir wollen die Europakompetenz der Jugend. Deswegen muss zum Thema Schaffung eines europäischen Bewusstseins sehr viel mehr geschehen als bisher. Schule ist auch ein wichtiger Bereich, aber der Bereich Jugendarbeit ebenso. D

Wir haben – das muss man an dieser Stelle allerdings auch sagen – mit der CDU bisher nicht die Unterstützung gefunden, die für das Thema Europa notwendig ist. SPD- und GAL-Anträge, die genau in diese Richtungen gingen, sind abgelehnt, teilweise noch nicht einmal überwiesen worden. Klassenreisen Jugendlicher nach Prag sind vom Senat verweigert und als Begegnungstourismus abgewertet worden. Eine Ostsee-Jugendstiftung mit Schleswig-Holstein zusammen – und die machen es jetzt alleine – hat die CDU abgelehnt. Der einstimmig angenommene GAL-Antrag zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit – im Europaausschuss dann von der CDU verwässert – ist bisher vom Senat nicht beantwortet worden. Die Untätigkeit des Senats – es gibt viele schöne Worte und Schriften – in diesem Bereich ist offensichtlich. Nun kommen Sie mit einem einzigen Punkt. Ihr Antrag ist also sehr dünn, greift aber ein Beispiel auf, um in den Schulen, um im Bereich der Jugendlichen Europa erlebbarer zu machen. Deshalb unterstützen wir ihn auch, möchten das aber, wenn Sie zustimmen, gerne noch einmal im Ausschuss erörtern und ihn dort vielleicht ein bisschen anfütern, weil es um viel mehr als nur um diesen einen Punkt geht. Das darf nicht alles sein, das ist zu wenig. Was heißt eigentlich in Ihrem Antrag, der Senat solle zeitnah berichten mit Blick auf den 24. Februar. Was heißt das? Dann müssen Sie sich aber sehr beeilen. Im Übrigen bedarf es dieses kleinen Antrags eigentlich überhaupt nicht. Das könnte die Schulbehörde alleine machen im Sinne von den Schulen empfehlen. Das steht auch in den Lehrplänen.

Ansonsten ist es eine Frage der Methodik und bedarf hier gar nicht eines Antrags. Sagen Sie es Frau Dinges-Dierig

A selbst, von der Sie es aber offenbar nicht erwarten. Daher stellen Sie auch solche Anträge.

Meine Bitte ist: Lassen Sie uns in Zukunft in Sachen Europa mehr auf den Weg bringen als bisher. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Sarrazin.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Zielrichtung sind wir uns alle einig, dass es gut für Hamburgs Zukunft ist, die Jugend für Europa zu gewinnen. Hierzu muss man gar nicht mehr viel sagen.

Ich möchte Ihnen gern das Petikum des Antrags, den wir einstimmig beschließen werden, vorlesen:

"Der Senat wird ersucht, erstens vorhandene Simulationsplanspiele zum Thema Europa zu sichten und gegebenenfalls auf die Belange von Hamburg zuzuschneiden; zweitens Empfehlungen an die Hamburger Schulen auszusprechen, um im Rahmen eines Projekttags ein Simulationsplanspiel durchzuführen; drittens möglichst zeitnah Bericht zu erstatten."

Ich bin der Auffassung, dass ich einen so umfassenden und weltbewegenden Antrag wie diesen noch nie vorher in diesem Parlament gesehen habe. Vielen Dank, das ist ganz mutig.

B

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es ist auch nicht der Fall, dass Sie damit ein Thema nicht komplett abdecken würden. Herr Frank hat die Studie der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zu den Lehrplänen bereits angesprochen. Sie ist sehr kompliziert und hat Hamburg ein relativ schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Die Schulbehörde erklärt daraufhin, dass man unsere neue Rahmenplanlogik noch nicht wirklich verstanden hat. Das wird spiralförmig zgedreht. Als Laie in der Rahmenplanbildung frage ich mich: Was sind denn spiralförmig zugeschnittene Rahmenpläne? Dann versucht man, lange darüber zu diskutieren, wie man an einer selbstverantworteten Schule Schulen dazu bewegen kann, mehr Europa in die Schule zu bringen, sei es über NGOs oder über Angebote aus der Behörde. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen etwas passieren kann. Das ist alles nicht so einfach. Und Sie sagen, Sie wollen Simulationsplanspiele sichten.

Herr Dietrich, wir haben für Sie schon einmal Simulationsplanspiele gesichtet. Vor zwei Jahren haben wir bei uns einen Praktikanten gehabt, der unter anderem solche Planspiele durchgeführt hat. Er hat sich im Internet umgeschaut, wo es in Deutschland gute Beispiele von Jugend- und Europaarbeit gibt.

Sie führen aus, dass man hier Vorreiter werden kann. Nachdem wir bereits gehört haben, dass Wuppertal uns weit voraus ist, wäre ich froh, wenn Hamburg ein paar Beispiele aus Dietzenbach übernehmen würde. Dietzenbach ist ein Vorort von Frankfurt. Dort gibt es ein Jugend-

büro für Europa, das durch Mittel der Europäischen Kommission finanziert wurde. Das haben wir auch für Hamburg vorgeschlagen und als Bürgerschaft ein Ersuchen formuliert. Ich habe das Gefühl, der Senat möchte hierfür einfach kein Geld in die Hand nehmen.

C

Abschließend noch eine kleine aktuelle Anekdote, die das Problem ein bisschen skizziert. Wir haben gestern eine relativ große Berichterstattung über Aufregungen in der Stadt hinsichtlich einer EU-Richtlinie gehabt, die angeblich vermeidet, dass mehr als ein Rollstuhlfahrer im Bus mitgenommen werden können. Nachdem ich dann das "Hamburger Abendblatt" gelesen habe, habe ich mir spontan gesagt, dass das so nicht richtig sein kann. Dort steht, ich zitiere:

"EU-Richtlinie sorgt für Ärger bei behinderten Menschen."

Und dann steht weiter, ich zitiere:

"Laut Verordnung..."

An dieser Stelle wäre mein Wunsch, dass wir in Hamburg unsere europäische Bildungsarbeit in den Schulen so weit voranbringen, dass in Zukunft Journalisten, die hier zur Schule gegangen sind, den Unterschied zwischen einer europäischen Richtlinie und einer Verordnung kennen, damit man künftig in der Presseberichterstattung versteht, dass hier wieder einmal nicht Europa das Problem ist, sondern der Bundesgesetzgeber vielleicht Quatsch gemacht hat und mit Europa das eigentlich gar nichts zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

D

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6858 an den Europaausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drs. 18/6858 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung, Drs. 18/6741, Senatsmitteilung: Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006.

**[Senatsmitteilung:
Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung – Vorlage der Ergebnisrechnung für das Jahr 2006 und der Bilanz zum 31. Dezember 2006 (Geschäftsbericht 2006)
(Senatsmitteilung)
– Drs. 18/6741 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung, Ergebnisrechnung, Geschäftsbericht 2006". Manchmal kommen große und

A beeindruckende Dinge mit sehr unemotionalen Texten einher. Wenn wir das übersetzen würden und eine Bilanz ziehen, können wir sagen: Mut und Ehrlichkeit zahlen sich aus.

Was war hieran Mut? Wir haben im August 2003 den Projektstart für die Doppik gegeben. Wir haben damit nicht als erstes Bundesland vorgeschlagen oder gefordert, auf Doppik umzusteigen, aber wir waren die Ersten, die es dann umgesetzt haben.

Im August 2006 konnte dann die Eröffnungsbilanz mit einem Eigenkapital von 4 Milliarden Euro und Verbindlichkeiten von 24 Milliarden Euro vorgelegt werden. Letzteres überraschte nicht, denn das Thema kannten wir. Hinzukamen dann Rückstellungen von 20 Milliarden Euro. Das war etwas, was Haushaltern natürlich schon immer ein Begriff war, nämlich, dass hinter den normalen Schulden noch andere Verpflichtungen stehen, die dann sehr öffentlich und transparent geworden sind.

Heute liegt nun unser Geschäftsbericht vor. Das Vermögen dieser Stadt beträgt 49,423 Milliarden Euro. Das Eigenkapital beträgt nur noch 2,7 Milliarden Euro, während die Verbindlichkeiten bei 25 Milliarden Euro liegen, die also um rund 1 Milliarde Euro angewachsen sind, und zwar auf 611 Millionen Euro für Abschreibungen und 419 Millionen Euro für Zuführung an Pensionsrückstellungen. Auch das sind Dinge, die wir früher nicht gekannt und außer Acht gelassen haben.

Der Mut zur Ehrlichkeit bedeutet auch, dass wir uns natürlich damit auch um ein kameralistisches Erfolgsergebnis gebracht haben. Die CDU könnte heute sagen: Wir haben einen Überschuss im Betriebshaushalt von 587 Millionen Euro. Anstatt diese 587 Millionen Euro als sichtbares, großes Ergebnis zu feiern, erklären wir, dass wir einen Fehlbedarf in Höhe von 561 Millionen Euro haben. Das heißt, wir haben zugunsten von Transparenz und Klarheit gegenüber jedem Bürger einen Pyrrhussieg weggegeben. Wir haben etwas getan, was andere Regierungen in allen anderen Bundesländern bisher noch nie getan haben, nämlich Klarheit und Offenheit in der Haushaltslage für jedermann hergestellt.

Hamburg hat als erstes Bundesland diese Transparenz eingeführt. Es ist das einzige Bundesland mit einem Geschäftsbericht und das einzige Bundesland, das Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen ausweist. Das heißt, wir haben die Zukunftsrisiken erkannt und entsprechend gehandelt. Wir haben unsere Möglichkeiten für kurzfristige Bedarfe nicht rechnerisch erhöht.

Stellen Sie sich einmal vor, was man mit 587 Millionen Euro in diesen Tagen Schönes versprechen könnte. Wir haben von vornherein klar erklärt, dass das 2006 erwartete Ergebnis in dieser Höhe landen wird, aber erst in 2007 rechnen wir mit einem echten Überschuss in Höhe von 43 Millionen Euro.

Es wird im Übrigen das erste Mal seit 1976 sein, dass es einen ausgeglichenen Gesamthaushalt gibt.

Die Maßnahmen, die wir hier getroffen haben, befinden sich in einer ganz gradlinigen Kontinuität unserer Finanzpolitik. Wir haben mit einschneidenden Sparmaßnahmen und mit Konsolidierungen begonnen. Dann sind wir weitergegangen und haben die Doppik eingeführt. Weiterhin haben wir einen Beschluss in diesem Haus herbeigeführt, indem wir erklärt haben, dass keine weiteren Schulden gemacht werden.

Wir haben konsequent – egal, ob Wahljahr oder nicht – die Neuverschuldung rückgeführt. Mit diesem Schritt, den wir nun gegangen sind, kann man wie bei jedem Wirtschaftsunternehmen nachlesen, wo Hamburg steht. Wir haben eine Transparenz geschaffen, die – bin ich der Meinung – beispielhaft in Deutschland ist und wo viele auf diese Stadt schauen und ihre Anerkennung aussprechen. Das ist ein Lob, das uns auch gut ansteht und ich glaube, dass das auch die Attraktivität von Hamburg erhöht, denn jeder Bürger kann sehen, wohin der Zug fährt und weiß, worauf er sich einlässt, wenn er in diese Stadt zieht.

Es wird auch wertgeschätzt, dass wir hier nicht plötzlich davon sprechen, dass, wenn einmal Steuereinnahmen nach oben gehen, wir mehr Geld und Gewinne gemacht haben, sondern ganz klar zum Ausdruck bringen, dass es noch Altlasten aus der Vergangenheit gibt und die Bilanz sieht so und so aus. So, wie die Bilanz heute aussieht, sind wir auf einem guten Weg. Wir werden 2007 ein positives Ergebnis vorlegen können.

Für mich ist das Fazit, dass sich der Mut zur Ehrlichkeit und zur Offenheit lohnt. Er ist Ausdruck unseres Reformwillens und unseres entschlossenen Konsolidierungskurses. Wir sind dem Bürger gegenüber ehrlich, weil wir zeigen, welche Möglichkeiten wir heute haben, aber auch welche Möglichkeiten in den nächsten Jahren durch die Fortsetzung dieses Kurses entstehen werden. Wir sind nicht wie andere, die 100 neue Ganztagschulen versprechen, aber nicht erklären, wie sie sie finanzieren wollen oder die die Abschaffung der Studiengebühren wünschen, aber keine Deckung der Einnahmelücken vorschlagen.

In diesem Sinne freue ich mich, dass der Senat und die CDU-Fraktion 2003 diesen Weg gestartet sind und heute ein sehr erfolgreiches Ergebnis vorlegen können. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Ich habe mich gefragt, warum Sie dieses Thema angemeldet haben. Irgendeinen Grund wird es geben,

(*Bernd Reinert CDU:* Ich frage mich, warum Sie die Präsidentin nicht begrüßen!)

möglicherweise den, dass die CDU-Fraktionsabgeordneten bereits dermaßen im Wahlkampf sind, dass sie keine Anträge mehr zustande bringen. Also debattieren wir, was Sie vorgeschlagen haben. Das ist daher so interessant, weil es absolut nicht kontrovers ist.

(*Bernd Reinert CDU:* Aber wichtig!)

Alle Fraktionen sind für die Einführung der Doppik. Herr Senator Peiner hat diesen Weg beschritten. SPD und GAL sind ihm ebenfalls gefolgt. Wir haben hier herzlich wenig Kontroversen und daher gibt es hierzu herzlich wenig zu sagen, es sei denn, man zwingt sich dazu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Eröffnungsbilanz des Senats wurde uns im August 2006 vorgelegt. Das war eine Leistung, was man anerkennen muss. Der Rechnungshof hat diese Bilanz dann geprüft und festgestellt, ich zitiere wörtlich:

C

D

A "Die vom Senat vorgelegte Eröffnungsbilanz bedarf hinsichtlich Vollständigkeit und Bewertung einzelner Bilanzpositionen der Korrektur."

Das steht im Übrigen auch in dieser hervorragenden Broschüre, die den Geschäftsbericht darstellt. Die Formulierungen des Rechnungshofs sind sehr zurückhaltend. Daher möchte ich Ihnen vortragen, was dort alles geändert werden musste.

Der Rechnungshof monierte Folgendes:

Erstens: Die Finanzbehörde hat den Bilanzansatz pauschal ermittelt. Das hat dazu geführt, dass Zuschüsse doppelt bilanziert und nicht bilanzierungsfähige Zuschüsse aktiviert worden sind. Nach Berechnung des Rechnungshofs sind es 1,3 Milliarden Euro zu hoch ausgewiesene Posten.

Zweitens: Hafengrundstücke wurden sowohl bei der Hamburg Port Authority, als auch bei der Stadt bilanziert, allerdings mit unterschiedlichen Werten, Korrekturbedarf 1,1 Milliarden Euro.

Drittens: Anlagen im Bereich der Hochwasserschutzbauten wurden nur unvollständig aufgenommen. Der Bilanzansatz im Hinblick auf geschätzte Bestände und geschätzte Werte war nicht ausreichend fundiert.

Viertens: Die bilanzierten Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungen entsprachen unglücklicherweise nicht dem, was die Unternehmen selbst bilanziert hatten.

Fünftens: Die Forderungen gegen die HGV waren unzutreffend ausgewiesen und für mindestens 4.959 Pensionsberechtigte wurden sämtliche Ansprüche nicht in die Rückstellungen genommen.

B

Warum sage ich Ihnen das? Ich sage es nicht, um den Finanzsenator oder die Finanzbehörde zu kritisieren. Ich sage es, weil wir am Anfang eines Weges stehen und weil es schwierig ist, eine ordentliche kaufmännische Buchführung für diese Stadt aufzustellen. Wenn man das aber weiß, dann fragt man sich natürlich, was jetzt mit der ersten Abschlussbilanz des Jahres 2006 ist? Das ist die Abschlussbilanz des Senats. Sie ist von niemandem geprüft worden. Der Rechnungshof wird sie im Jahre 2008 prüfen. Bis dahin haben wir eine nicht zertifizierte Bilanz.

Alle von Ihnen in der CDU, die vielleicht mal etwas mit der Wirtschaft zu tun hatten, wissen, dass in einem normalen Unternehmen so etwas überhaupt nicht geht. Eine zertifizierte Bilanz ist manchmal etwas wert. Auch Konkursunternehmen haben schon zertifizierte Bilanzen vorgelegt. Aber ernsthaft, bei einer nicht zertifizierten Bilanz eines Stadtstaates können wir doch nicht heruntönen, wie großartig sie ist.

Wir können uns darüber unterhalten, was es alles für Probleme gibt. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird auch diese Bilanz korrigiert werden müssen, was ich noch nicht einmal dem Senat vorwerfen würde. Das ist einfach so, wenn man mit kaufmännischer Buchführung beginnt. Allerdings muss man sich dann nicht hier hinstellen und wieder so ein Ochsenfroschballett aufführen, wie Sie das gemeinhin tun. Ich möchte – vielleicht auch Sie – zukünftig über Bilanzen reden, die zertifiziert sind und nicht über Bilanzen, die einfach im Raum stehen.

Nun gehört zur kaufmännischen Rechnung nicht nur die Bilanz und die Ergebnisrechnung, die Sie vorgelegt haben, sondern auch die Finanzrechnung. Sie gehört im Übrigen auch im kameralistischen Haushalt dazu. Wir haben immer noch ein Gesetz, das kameralistische Haushalte vorsieht. Diese Rechnung haben Sie bisher nicht vorgelegt. Die Finanzrechnungen sind normalerweise ungefähr drei Telefonbücher, die der Rechnungshof, andere und auch der Rechnungsprüfungsausschuss prüfen. Ihr Geschäftsbericht umfasst ungefähr 50 Seiten – ich glaube, es sind genau 53 Seiten –, wovon im Übrigen 13 Seiten Bilder enthalten,

C

(Heiterkeit bei der SPD)

und zwar sehr gute Bilder, das muss ich wirklich sagen. Schöne Frauen, schöne Projekte und schöne Architektur. Man fragt sich natürlich, was das mit der Doppik zu tun hat. Aber gut, Klappern gehört zum Handwerk, warum auch nicht. Was ich Ihnen hiermit sagen will, ist, dass es nicht funktioniert, wenn man einen Geschäftsbericht, aber keine Finanzrechnung vornimmt. Diese Kritik müssen Sie sich gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann schauen wir uns einmal das an, was Sie uns hier vorläufig vorgelegt haben. Finanzsenator Peiner hat einmal erklärt, ich zitiere:

"In den nächsten sechs bis zehn Jahren muss in Abhängigkeit von der Entwicklung der Steuereinnahmen die doppische Ergebnisrechnung ausgeglichen sein."

D

Die Bilanz des Jahres 2006 – der Kollege Kruse hat hierauf hingewiesen – ist nicht ausgeglichen. In der vom Senat vorgelegten Eröffnungsbilanz betrug das Eigenkapital der Stadt 4 Milliarden Euro. In der korrigierten Version waren es 3,3 Milliarden Euro. In der Abschlussbilanz für das Jahr 2006 sind es 2,7 Milliarden Euro, jedenfalls nach Ihren Zahlen. Sie müssen nicht erklären, dass das nicht besonders gut ist.

Das ist vor allen Dingen aus dem Grunde nicht besonders gut, weil diese Bilanz in einem Haushaltsjahr mit den höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Stadt seit 2001 erzielt wurde. Es ging uns also wieder so gut, dass Sie in Ihrer eigenen Fraktion ständig diskutiert haben, was Sie bis zum Wahlkampf alles verteilen werden. Aber trotzdem sind wir in der Eigenbilanzquote gesunken. Das bedarf der Erklärung. Ich kritisiere das noch nicht einmal direkt, aber es muss einfach erklärt werden. Und es erklärt sich nicht nur mit Rückstellungen.

Wenn wir jetzt diesen Vermögensverzehr von 600 Millionen Euro aus dem Jahre 2006 fünf Jahre hochrechnen würden – man kann das auch auf den Wahlkampf münzen –, dann haben wir überhaupt kein Eigenkapital mehr. Das wäre aber Schwachsinn, das zu tun. Sie dagegen haben dann gleich eine vorläufige Hochrechnung für das Jahr 2007 vorgelegt. Und hier sind Sie auf einmal im Plus.

Was ist nun diese vorläufige Hochrechnung wert? Ich schaue in die Gegend, wo die Wirtschaftskoryphäen der CDU sitzen, und frage Sie: Welches Unternehmen gibt freiwillig eine Gewinnwarnung heraus?

(Heiterkeit bei der SPD)

- A Der Senat gibt auch keine Gewinnwarnung heraus, aber eine vorläufige Bilanz. Nun könnte ich mit großer Ironie fragen: Sind hierin die Rückkehrer des LBK sowie von pflegen & wohnen bei Vitalis und alles, was wir in den letzten Wochen beschlossen haben, bereits enthalten? Da Sie von Konsolidierung sprechen kommen wir jetzt vielleicht einmal zu einem ernsthaften Teil der Debatte, weil eigentlich der Rest sich im Augenblick nicht besonders auf dieser Datenbasis lohnt.

Wir haben den Haushalt 2007/2008 am 31. Dezember 2006 beschlossen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Zuckerer, ich möchte Sie kurz unterbrechen, weil es hier im Saal sehr laut ist. – Danke schön.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Nach alledem, was wir seit dem 1. Januar 2007 bis heute in Kleinen Anfragen abgefragt haben, haben Sie mit hervorragenden Anträgen der CDU-Fraktion 200 Millionen Euro zusätzlich für die Jahre 2007 und 2008 beschlossen und ausgegeben. Das ist Ihre derzeit äußerst ausgabenfreudige Politik. Zu Ihrer Erinnerung: Sie haben während der ganzen Zeit, in der Sie an der Regierung sind, nach Ihren eigenen Angaben maximal 500 Millionen Euro konsolidiert, aber den Haushalt 2007/2008 haben Sie dank der hervorragenden Konjunktur, für die Sie nicht verantwortlich sind, und dank der guten Steuereinnahmen, die uns allen gefallen, um 200 Millionen Euro aufgestockt. Was hat das mit Konsolidierung zu tun?

- B (Wolfhard Ploog CDU: Ihr wolltet ja noch mehr ausgeben!)

Eigentlich gar nichts! Wir haben auch heute wieder interessante Anträge der CDU auf der Tagesordnung, wie eigentlich in jeder Sitzung, die Sie alle voll konsolidieren. Diese Anträge werden alle aus den Rücklagen bedient oder aus den abgesenkten Verlustausgleichen der HGV. Das ist alles 150-prozentig seriös oder auch nicht. Vielleicht sollten wir im Haushaltsausschuss einmal ernsthaft über Doppik diskutieren und uns nicht hier hinstellen und erklären, dass wir eine erste Bilanz haben, die hervorragend ist. Sie wird nicht bestehen bleiben, werte Kollegen. Hier ist noch ein langer Weg, den wir gemeinsam gehen können.

(Wolfhard Ploog CDU: Müssen wir!)

Es wäre schön, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen können und Sie nicht nach der Strategie verfahren würden, dass alles was in der Stadt gut ist, der CDU gehört und was nicht gut ist, ihr zwar auch gehört, aber trotzdem gelobt werden muss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Kruse hat erklärt, dass die CDU mit der Konsolidierung begonnen hat. Dann kam die Doppik und schließlich der Beschluss: Keine weiteren Schulden!

(Wolfhard Ploog CDU: Genau!)

Es ist richtig, die CDU hat mit der Konsolidierung begonnen und aufgehört. Dann hat sie die Doppik eingeführt. Das ist auch okay, denn das haben wir alle zusammen gemacht.

Die Doppik haben wir alle gemeinsam beschlossen.

(Wolfhard Ploog CDU: Ja, Genau!)

Es gab keine einzige Gegenstimme hier im Hause. Das haben wir im Übrigen schon lange vorher und nicht erst seit Herrn Peiner innerhalb des Haushaltsausschusses bei beliebigen Gelegenheiten angesprochen, dass die Stadt darauf hinaus muss.

Dann kam der Beschluss, keine weiteren Schulden aufzunehmen. Hier kann man nur entgegnen, dass der Beschluss ausweislich des Geschäftsberichts zu kurz gesprungen war. Auf Seite 18 des Geschäftsberichts teilen Sie mit, ich zitiere:

"In Höhe dieses Jahresfehlbetrages wird das Eigenkapital Hamburgs vermindert. Die Doppik verdeutlicht, dass trotz aller Anstrengungen noch immer das Reinvermögen der Stadt abnimmt und wir auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaften."

(Hartmut Engels CDU: Denken Sie bitte auch an die Oppositionsanträge!)

Wir hatten versucht, Sie gerade darauf hinzuweisen, dass diese Tendenz zum Vermögensverzehr durch kein Schuldenverbot begrenzt wird. Wenn Sie erreichen wollen, dass Sie das Vermögen nicht verzehren, dann müssen Sie ein komplexeres Instrument als ein Schuldenverbot haben. Sie müssen dann das Thema, Vermögen nicht zu verzehren, zum zentralen Gesichtspunkt machen, aber nicht das Thema Verschuldung, was ein kameralistischer Gesichtspunkt ist. Sie haben sozusagen einen Rückfall in die Kameralistik begangen, als Sie das beschlossen haben, anstatt der Bürgerschaft hier einen vernünftigen und gegenwartsbezogenen Beschluss nahezulegen.

(Beifall bei der GAL)

Zum Weiteren: Mir geht es genauso wie Herrn Zuckerer. Ich kann in Wirklichkeit auch nicht viel über diesen Geschäftsbericht debattieren. Ich finde es gut, dass es ihn gibt. Es gibt Einführungsprobleme, die auf der Hand liegen, was aber auch bedeutet, dass die Debatte um die Ergebnisse naturgemäß jetzt ein bisschen schwierig ist.

Aber wie versucht der Senat, die Geschichte zu überspielen, dass er hier eine völlig unstrittige Handlungsweise erstmals vorlegt? Er versucht sie zu überspielen, indem er diesen Geschäftsbericht mit einer Bemerkung einleitet: Hamburg ist Spitzenstandort unter den Bundesländern. Der Senat thematisiert nicht den Geschäftsbericht, sondern führt aus, dass man insgesamt spitze sei. Das ist ein propagandistisches Draufsatteln, was dieser Geschäftsbericht und auch die reale Lage nicht tragen.

Wir hatten soeben das Thema des Städtevergleichs.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich möchte noch einmal wegen der Unruhe hier im Saal unterbrechen. – Danke schön.

A **Dr. Willfried Maier** (fortfahrend): Dieser Städtevergleich ist zum einen durch objektive Daten und zum anderen durch Befragungen von Unternehmen und Unternehmern zustande gekommen. Bei den Befragungen von Unternehmern kam auch die Frage: Ist Ihre Stadt sparsam und wirtschaftlich? Hierzu äußerten sich Hamburger Unternehmer dahingehend, dass Hamburg auf Platz 39 von 50 Städten gelandet ist. Also Hamburgs Unternehmer geben diesem Senat den Platz 39 in Sachen Sparsamkeit, während Stuttgart naturgemäß auf Platz 1 liegt. Das sind die Schwaben, aber auch Hannover ist auf Platz 19 und München auf Platz 21. Ich will damit nur dokumentieren, dass Ihr Geschäftsbericht, der sich so stark damit aufbläst, Hamburg sei auf einem Spitzenplatz, von der sozusagen näheren Klientel anders gesehen wird, und Hamburg demnach auf Platz 39 landet. Das ist eine Sache, über die Sie sich im Klaren sein müssen.

(Beifall bei der GAL)

Dieselbe Klientel gibt im Übrigen auf die Frage, ob die Stadt serviceorientiert und reformfreundlich ist, Hamburg Platz 19. Auch hier ist beispielsweise Osnabrück weiter vorn. Das führe ich nur aus, um zu verdeutlichen, was die eigene Klientel zu dem Teil sagt, den Sie heute vorlegen. Ich erwähne das, weil Sie das zum Thema dieses Geschäftsberichts gemacht haben. Sie erklären sich zur Nummer 1 auf allen Fronten. Man muss feststellen – und das ist richtig –, dass Hamburg das erste Bundesland ist, dass eine Bilanz vorgelegt hat. Das konnte Hamburg, weil Regierung und Opposition sich darin völlig einig waren. Ansonsten gibt es noch ziemlich viel Arbeit. In der Sache selbst – denke ich – debattieren wir das bei der nächsten Haushaltsberatung. – Danke schön.

B (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maier, Hamburg ist spitze. Die Bertelsmann-Stiftung hat wiederholt und zuletzt in diesem Jahr festgestellt, dass Hamburg im Ranking aller 16 Bundesländer an Nummer 1 steht.

(Beifall bei der CDU)

Ein solider Haushalt ist das Fundament für unsere Zukunft

(*Karin Rogalski-Beeck SPD:* Das schreiben Sie sich mal hinter die Ohren!)

und einen soliden Haushalt gibt es nicht ohne Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

Hamburg ist bei der Reform öffentlicher Haushalte in Deutschland Vorreiter. Wir haben die erste kaufmännische Gesamtbilanz mit Aktiva, Passiva und einer Ergebnisrechnung vorgelegt. Hiermit sind wir die Ersten, die eine derartige Reform in Deutschland durchgeführt haben.

Ich freue mich, dass die Opposition das auch begrüßt und mit begleitet. Ich glaube, dass Hamburg nicht nur in den Ergebnissen seiner Wirtschaft und seiner Politik spitze ist, sondern auch bei der Transparenz der öffentlichen Haushalte ganz oben steht. Das dokumentieren wir mit dem vorliegenden Bericht.

(Beifall bei der CDU)

Transparenz kann Klarheit bedeuten, kann aber auch Unangenehmes hervorrufen. Daher sind viele Bundesländer nicht so weit wie wir. Sie kennen zwar auch die Doppik, wenden diese aber nicht an.

Wir sind anders. Wir wollen mit der doppelten Buchführung Transparenz, Vermögen und Schulden ausweisen. Auch der gesamte Ressourcenverbrauch, der Werteverzehr, wird offen gelegt. Die doppelte Buchführung ermöglicht, Entscheidungen am tatsächlichen Verbrauch von Ressourcen wahrzunehmen, auszurichten und damit auch Verantwortung für Folgegenerationen zu übernehmen, die bei einer falschen Haushaltsführung die Zeche zahlen müssen.

Mit der Einführung der Doppik werden vor allen Dingen die methodischen Schwächen der bisherigen öffentlichen Haushaltsführung per Kameralistik ziemlich gnadenlos offen gelegt. Ich bin der Meinung, dass wir uns einige Punkte genauer anschauen sollten.

Wesentliche Ergebnisse unseres kaufmännischen Jahresabschlusses 2006 und der Prognose für 2007 liegen vor. Hamburg hat aus laufender Verwaltungstätigkeit – das ist schon einmal eine positive Nachricht – ein Plus von 313 Millionen Euro. Aber das Finanzergebnis ist mit einem Minus von 873 Millionen Euro negativ, was in erster Linie an den Zinszahlungen für die Altverbindlichkeiten von weit über 20 Milliarden Euro liegt, die uns nach wie vor schwer belasten.

Wir haben insgesamt 2006 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 561 Millionen Euro. Um diesen Betrag wird dann das festgestellte Eigenkapital aus der Eröffnungsbilanz reduziert.

Die Botschaft ist klar: Wenn wir ohne Haushaltskonsolidierung weitermachen würden, würde unser gesamtes Eigenkapital binnen weniger Jahre aufgezehrt sein. Wir liefern mit unserer Prognose für 2007 – das ist die positive Nachricht, Herr Maier und Herr Zuckerer – den Nachweis, dass es auch einer staatlichen Gebietskörperschaft möglich ist, mit einem kaufmännischen Jahresabschluss schwarze Zahlen zu schreiben. Nicht nur wegen der positiven Steuereinnahmen, sondern insbesondere aufgrund unserer dauerhaften Konsolidierungsanstrengungen.

Ich räume gern ein, dass sich, wenn man erstmals eine Eröffnungsbilanz aufstellt, wie sie mein Vorgänger Herr Peiner im letzten Jahr vorgenommen hat, Bewertungs- und Meinungsverschiedenheiten ergeben können. Wir haben intensiv mit dem Rechnungshof gesprochen und hier eine sehr gute, vertretbare Lösung gefunden. Bei einer Bilanzsumme von jetzt 49,4 Milliarden Euro haben wir das Eigenkapital auf 3,3 Milliarden Euro korrigiert. Das waren vorher 600 Millionen Euro mehr. Wenn man etwas Neues einführt – und es gab bisher keine Testierungen für den öffentlichen Sektor, Herr Zuckerer –, darf es selbstverständlich immer noch Korrekturen geben. Aber es ändert nichts daran, dass es eine richtige Entscheidung war, sich dieser kaufmännischen Buchführung zu nähern.

Ich nenne Ihnen den entscheidenden Grund, warum eine kaufmännische Buchführung echte Haushaltswahrheit bringt. Sehen wir uns das Ergebnis 2006 nach unserer althergebrachten kameralistischen Buchführung an. Dort hatten wir – der Kollege Kruse hatte schon darauf hingewiesen – ein Plus von über 500 Millionen Euro. Wir könnten uns eigentlich zufrieden zurücklehnen und sagen, wir haben einen Gewinn erwirtschaftet. In Wahrheit ist es

A genau das Gegenteil, meine Damen und Herren. Mit der kaufmännischen Buchführung wird offengelegt, dass wir im letzten Jahr ein Minus von über 500 Millionen Euro hatten. Woran liegt das? Das liegt im Wesentlichen an zwei großen Stellschrauben, die die Kameralistik nicht kennt: Abschreibungen und Rückstellungen. Wir haben in der doppelten Buchführung Abschreibungen in Höhe von 600 Millionen Euro berücksichtigt – Stichwort: Werteverzehr – und wir haben Rückstellungen, insbesondere für die Pensionszahlungen der Beamten, von über 400 Millionen Euro gebildet. Diese 1 Milliarde Euro, die sich in der Kameralistik so nicht abbildet, wird in der Doppik aufgeführt. Dadurch wird transparent, dass man statt 500 Millionen Euro plus 500 Millionen Euro minus hat. Das heißt, die Doppik stellt insoweit die Kameralistik schlichtweg auf den Kopf. Es ist wichtig, dass wir mit dieser auch für uns nicht erfreulichen Wahrheit nicht so umgehen, dann lieber wieder die Kameralistik zu wählen, weil die im Grunde schönfärberischer ist, sondern wir müssen uns der Wahrheit stellen. Das heißt, wir müssen Abschreibungen und Rückstellungen berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, wir haben den richtigen Weg eingeschlagen. Ich fände es gut, wenn wir im Haushaltsausschuss gemeinsam darüber sprechen, welche Konsequenzen jetzt daraus folgen. Wir werden für das Jahr 2008 einen voll konsolidierten Haushalt vorlegen, der alle Zahlungsströme mit Hamburgs öffentlichen Unternehmen einbezieht. Wir haben dann erstmals eine Vollkonsolidierung. Im Haushaltsausschuss sollten wir darüber sprechen, das Doppikverfahren konsequent weiter umzusetzen. Im Fokus muss immer der Output stehen. Die Frage ist, was wir erreichen wollen, und nicht, wie viel Geld wir ausgeben. Wenn wir es schaffen, die Doppik für alle Bereiche des Haushalts einzuführen, sind wir bundesweit auf einem völlig neuen Niveau des öffentlichen Etats angelangt. Hamburg hat jetzt den ersten Schritt gemacht. Wir sind offen für das neue kaufmännische Rechnungswesen. Wir schaffen Transparenz, wir wollen auch in Deutschland Vorreiter sein. Wir haben im Bundesrat zusammen mit dem Bundesland Hessen einen Antrag eingebracht, die Doppik als eine mögliche Rechnungsform für staatliche Gebietskörperschaften vorzusehen. Ich denke, dass wir noch viele Bundesländer gewinnen werden, auch jene, die jetzt noch zögerlich sind, denn es gibt zu Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit keine Alternative. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6741 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 27, Drs. 18/6856, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: Hamburger Gesundheits- und Familienmobil.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Hamburger Gesundheits- und**

Familienmobil – Drucksache 18/6856 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Krüger.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Familien – darüber besteht hier sicherlich und hoffentlich Konsens – verdienen und brauchen die Unterstützung der ganzen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Familienfreundlichkeit zeigt sich aber nicht nur bei den großen Themen wie Kindertagesstätten, Schulen, Spielplätzen oder der sicherlich sinnvollen finanziellen Entlastung von Familien, oft setzen gerade kleine, individuelle Angebote Akzente.

Das Gesundheits- und Familienmobil, das dem Deutschen Kinderschutzbund für seine Arbeit zur Verfügung gestellt werden soll, ist eine neue Idee für einen solchen Akzent und es bietet sich darüber hinaus ganz hervorragend für eine Public Private Partnership an.

Die CDU möchte, dass Kinder, Jugendliche, die ganze Familie, direkt vor der eigenen Haustür, im eigenen Umfeld erreicht werden, beispielsweise regelmäßig auf dem Schulhof oder vor einer Kita, auf Spielplätzen, bei Straßenfesten, auf dem Wochenmarkt oder bei Sportveranstaltungen, eben dort, wo sich Kinder und Familien aufhalten und gern sind.

Dieses niedrig schwellige, ohne bürokratischen Aufwand vorgehaltene Angebot ist ein Mix aus Anregungen, Informationen, Vermittlung von Hilfen und auch Spaß und Unterhaltung. Themen für ein Familien- und Gesundheitsmobil können zum Beispiel die Gesundheitsvorsorge sein, Anregungen im Bereich der Psychomotorik, der Bewegungslehre, Tipps für gesunde Ernährung, bis hin zu Hinweisen für Früherkennungsuntersuchungen, Freizeit- und Familienangeboten, Anschriften von Behörden und Kindertagesstätten aus dem Umfeld oder Unterstützung für aktuelle Kampagnen der Stadt zu erforderlichen Impfungen. Außerdem gehören vielleicht auch kleine Spiel- und Bewegungsangebote dazu, um dieses Mobil überhaupt attraktiv zu machen und um es in Anspruch zu nehmen.

Der Deutsche Kinderschutzbund, den wir als Träger vorgesehen haben, ist sicherlich auch aufgrund seiner Vielzahl engagierter Ehrenamtlicher in besonderem Maße geeignet, dieses Fahrzeug zu betreiben.

Aus Kindertagesstätten, aus Schulen oder auch von den mittlerweile sehr erfolgreichen und von uns sehr forcierten Familienhebammen wissen wir, dass Eltern heute häufig die Grundinformationen fehlen, wie sie mit ihren Kindern umzugehen haben, welche Bedürfnisse gerade kleinere Kinder haben, welche Rolle die Ernährung spielt. Das liegt häufig daran, dass ihnen dieses Grundwissen oft gar nicht mehr von den eigenen Eltern übermittelt worden ist. Andererseits fehlen aber auch Kontakte oder man traut sich nicht zu fragen. Gerade diese Eltern sind es, die für öffentliche Beratungs- und Hilfsangebote oft nur schwer zu erreichen sind. Deshalb ist es sehr wichtig, gerade zu diesen Familien zu gehen und dort anzusetzen, wo Aufklärung erforderlich ist, um überhaupt eine erste Verbindung herzustellen.

Ich bin davon überzeugt, dass Freie Träger für ein solches Angebot vielleicht häufig besser geeignet sind, weil

C

D

A die Vorbehalte, die man gegen staatliche, öffentliche Stellen hat, hier nicht gegeben sind und der Zugang somit viel einfacher wird.

Das Beratungsnetz wird erweitert und ausgebaut. Gesundheits- und Familienförderung passen inhaltlich sehr gut zueinander und ergänzen sich.

Das Gesundheits- und Familienmobil ist kein Allheilmittel, es soll und kann strukturelle Angebote nicht ersetzen. Aber es soll sinnvoll dazu passen und präventiv wirken. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung, für dieses Projekt einmalig 100.000 Euro aus dem SIP-Fonds zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Rogalski-Beeck.

Karin Rogalski-Beeck SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der von der CDU eingebrachte Antrag sieht auf den ersten Blick ganz hübsch aus. Ich sage Ihnen auch gleich, dass wir ihn trotz seiner offensichtlichen Schwäche annehmen werden.

Meine Damen und Herren von der CDU! Den oberen Teil Ihres Antrags – Herr Krüger hat ihn eben noch einmal vorgetragen –, also die Begründung, kann ich voll unterschreiben.

(*Bernd Reinert CDU:* Das ist doch immerhin schon etwas! – *Olaf Ohlsen CDU:* Das ist doch was!)

B Fast alles, was im Sinne einer niedrig schwellig zu erhaltenden Information und sich daraus gegebenenfalls anschließender Hilfeinleitung zur Gesundheits- und Familienförderung an die Menschen gebracht werden kann, kann förderlich sein. Grundsätzlich sollte jede Chance ergriffen werden, um Familien auf Hilfsprojekte aufmerksam zu machen.

Es ist gut und richtig, dort hinzugehen, wo die Menschen sind, und nicht darauf zu warten, dass sie von alleine kommen und um Hilfe nachsuchen. Wir wissen nur zu genau, dass viele Menschen aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, sich Hilfe zu holen.

Dieses alles beschreiben Sie zutreffend in der Begründung Ihres Antrags, aber leider wird dieser Teil des Antrags, Herr Krüger, nicht beschlossen.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dieses ist einer der netten Anträge über Vorhaben, die noch nicht in "trockenen Tüchern" sind. Da hatte jemand eine Idee und normalerweise, wenn wir uns nicht im Vorwahlkampf befänden, wäre diese Idee lediglich in einer Pressekonferenz vorgestellt worden. Für diese These spricht, dass Sie die Finanzierung aus dem Wahlkampftopf des Senats – hier: Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" – vornehmen werden.

(*Inge Ehlers CDU:* Das ist ja Blödsinn!)

Mit dieser Strategie versuchen Sie medienwirksam, die Defizite der letzten sechs Jahre vergessen zu machen. Der Senat und die CDU-Fraktion haben einen Flickenteppich geschaffen, dessen Einrichtung personell so schlecht ausgestattet ist, dass Sie keine Möglichkeit haben, vernetzt zusammenzuarbeiten. Ein Beleg dafür, Herr Krüger, ist der, den Sie eben selbst genannt haben,

dass nämlich die Familienhebammenprojekte in dieser Stadt sehr schlecht ausgestattet sind.

(*Harald Krüger CDU:* Die wir ausgebaut haben!)

– Dann gucken Sie sich das aber noch einmal ganz genau an, wie Sie sie ausgestattet haben, und zwar mit halben Stellen.

Eine Familienhebamme hat in der Woche die Möglichkeit, 17 Stunden zu arbeiten. Sie können sich einmal überlegen, was man damit erreichen kann. Das reicht vorne und hinten nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU:* Bei Ihnen gab es gar keine!)

Busse scheinen bei Ihnen ja Konjunktur zu haben, ich hatte gerade im Pressespiegel gelesen, dass Sie im Bereich der Polizei auch einen Bus einsetzen wollen. Mit diesen Aktionen versuchen Sie offensichtlich, Löcher zu stopfen. Wie unausgegoren das Ganze ist, wird deutlich, wenn man sich das Petitum ansieht. Da kommt einem ganz norddeutsch in den Kopf: Na und? Wat nu? Sie beantragen gleichzeitig, zu prüfen und Geld zur Verfügung zu stellen. Also, entweder lassen Sie prüfen, ob das Gesundheits- und Familienmobil in der beschriebenen Weise zustande kommen kann, oder Sie stellen die Summe Geld bereit, die gebraucht wird. Ich verstehe Ihre ganz eigene Logik nicht, erst einmal zu prüfen, obgleich man weiß, dass und wie viel Geld benötigt wird. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch ein paar erklärende Aussagen machen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Krüger, man kann jetzt nicht sagen, dass der Funke richtig übergesprungen ist, als Sie Ihren Antrag vorgestellt haben.

(*Nebahat Güclü GAL:* Nicht mal in der eigenen Fraktion!)

Das ist aber auch kein Wunder, denn dieser Antrag ist eindeutig ein "Show-Antrag", da muss ich Frau Rogalski-Beeck Recht geben, er geht in Richtung Wahlkampfversprechen nach dem Motto "wir tun hier und da etwas Gutes". Normalerweise bringen Sie diese Art Anträge nur zur Abstimmung und debattieren sie nicht. Dieses Mal – um es mit dem Kollegen Zuckerer zu sagen – sind Ihnen wahrscheinlich die Anträge ausgegangen und irgendetwas musste angemeldet werden. Da haben Sie dann diesen Antrag genommen, das kann ich verstehen. Aber, Herr Krüger, wenn Sie über Familienfreundlichkeit reden wollen, dann tun Sie es auch. Reden Sie und handeln Sie, nehmen Sie zum Beispiel das Büchergeld zurück, dann wären wir uns darin einig, dass Sie wirklich etwas für Familienfreundlichkeit tun würden. Wenn Sie über Familien debattieren wollen, dann tun Sie das, aber dann lassen Sie uns an der Stelle darüber reden, wo es genau bei den Familien mangelt. Sie haben das eben nur ein bisschen an der Oberfläche angesprochen. Diese Anträge in Richtung "Weihnachtsmannmanier", einmal hier und da 100.000 Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm zu nehmen und es dorthin und dahin zu

A packen, sind nur Trostpflaster, die Sie obendrauf kleben für all das, was Sie sonst an Familienunfreundlichkeit in dieser Stadt fabrizieren.

(Beifall bei der GAL)

Wir stimmen heute über Ihren Antrag ab. Wenn ich nur Ihren Antrag gelesen hätte, dann hätte ich dafür votiert, ihn abzulehnen. Nun habe ich mir die Mühe gemacht und mit Herrn Hinrichs vom Kinderschutzbund gesprochen. Da klang dieses ganze Vorhaben schon etwas greifbarer – hier muss ich Frau Rogalski-Beeck ein bisschen widersprechen –, weil es konkrete Projekte gibt. Es hört sich alles ganz vernünftig an, wie dieses Mobil fahren soll.

(Karin Rogalski-Beeck SPD: Das steht aber nicht im Antrag!)

– Das, was in Ihrem Antrag steht, widerspricht sich an jeder Stelle.

Sie wollen das Familienmobil in die Kindertagesstätten holen, um an die benachteiligten Kinder, die man sonst schwer erreicht, zu kommen. Lieber Herr Krüger, Kinder unter drei Jahren sind zum Beispiel gar nicht in einer Kita, das wissen Sie, die sind mit ihren Eltern außen vor. Sie werden auch an den Schulen kein Elternteil erwischen, das freiwillig zu Ihrem Mobil kommt und sich über Ernährung und Schwangerschaftsvorsorge informieren wird. Aber – das klang wiederum beim Kinderschutzbund ganz vernünftig – natürlich ist die aufsuchende Arbeit vor Ort wichtig. Der Kinderschutzbund will mit dem Info-Mobil zu Wochenmärkten fahren, zu Stadtteilstellen. Das ist insoweit in Ordnung.

B (Harald Krüger CDU: Das habe ich gerade gesagt!)

– Das haben Sie unter anderem gesagt. Ihr Antrag sieht da ein bisschen anders aus.

Aber im Umkehrschluss sieht es so aus, dass Ihre Politik genau das andere betreibt. Was wir für diese Familien brauchen, sind langfristige Hilfen. Es muss sich erst eine Bindung aufbauen. Das wird man durch ein Gesundheitsmobil nicht erreichen. Genau das Gegenteil passiert. Es wird zum Beispiel bei den Mütterberatungsstellen gespart. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können gar keine aufsuchende Arbeit mehr machen, obwohl sie die richtigen Ansprechpartnerinnen wären, um in diese Familien hineinzugehen. Ich kann auch wieder die Allgemeinen Sozialen Diensten nennen. Auch sie sind immer noch nicht in der Lage, ausreichend aufsuchende Arbeit zu machen, genau die Arbeit, die wir haben wollen, nämlich vor Ort in den Familien. Und dann haben wir noch die Straßensozialarbeiter und, und, und.

Dieses Info-Mobil für Gesundheit und Familie, was Sie jetzt draufpacken wollen, ist nichts anderes als ein Trostpflaster für Ihre einseitig ausgerichtete Familienpolitik für die Bessergestellten in dieser Stadt. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen, sondern wir werden uns enthalten, weil wir diese Bedienermentalität aus dem Investitionsfonds, hier und da einfach 100.000 Euro zu nehmen, nicht guthießen können. Es fehlt die Gesamtheit, die Sie uns hier nicht liefern. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, Sie decken das oben schön ab und alles andere gehen Sie nicht an. Sie verstecken sich hinter diesen Trostpflastern, aber das wird Ihnen nicht gelingen, denn es gibt immer wieder Punkte, die wir ansprechen können.

C Noch ein abschließender Satz: Ich war erfreut, dass Frau Schnieber-Jastram in einem Interview in der Zeitung "Die Welt" gesagt hat, dass sie den Betreuungsanspruch auf das zweite Lebensjahr vorziehen will, mit der Begründung, sie erhoffe sich, dass Kinder vor allem in sozial schwierigen Stadtteilen früher den Weg ins öffentliche Betreuungssystem finden. Das ist wunderbar, Frau Senatorin, darüber haben wir dreieinhalb Jahre geredet, jetzt hat es langsam gefruchtet. Vielleicht schaffen Sie es jetzt nicht mehr vor der Wahl, vielleicht wäre es aber auch ein gutes Wahlversprechen. Aber das ist ein Schritt in die richtige Richtung, den Betreuungsanspruch – wir wollen ihn ab dem ersten Lebensjahr – wenigstens etwas vorziehen. Damit bekommen Sie genau die Kinder in Betreuungseinrichtungen, die Sie in Ihrem Info-Mobil haben wollen. Da werden wir die Kinder auch gesundheitlich sehen und wenn wir die Familienbildungsstätten beziehungsweise die Early Excellent Center weiterhin ausstatten, haben wir auch die ganzheitliche Beratung für diese Familien. Schaden kann Ihr Antrag zum Info-Mobil nicht. Sie machen es ja sowieso.

(Harald Krüger CDU: Genau!)

Aber es ist ein Show-Antrag.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus Drs. 18/6856 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig so beschlossenen.

D

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 32, Drs. 18/6869, Antrag der SPD-Fraktion: Arbeitslosengeld II alle zwei Jahre auf Angemessenheit hin überprüfen – Kinder und Familien vor Armut schützen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Arbeitslosengeld II (SGB II) alle zwei
Jahre auf Angemessenheit hin überprüfen – Kinder und Familien vor Armut
schützen
– Drs. 18/6869 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Sommer dieses Jahres diskutiert Deutschland über das Thema Hartz IV, diskutieren wir über die Bedeutung von Armut der Familien und die Betroffenheit gerade von Kindern in diesem Lande. Gerade in Hamburg haben wir erleben müssen, dass die Zahl von Kindern, die in Armut beziehungsweise in sogenannten Bedarfsgemeinschaften leben müssen, in den letzten Jahren drastisch angestiegen sind.

Fast jedes vierte Kind – oder besser gesagt: 64.000 Kinder – in dieser Stadt lebt an der Armutsgrenze. Sie sind von Armut und den negativen sozialen Folgen dieser Situation betroffen. Frau Schnieber-Jastram hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, dieses Thema totzuschweigen. So können wir nicht weitermachen, sondern wir müssen uns dieser Diskussion stellen.

A Es haben sich auf Bundesebene verschiedene Ministerpräsidenten – auch einige von der CDU – mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Auch in Hamburg ist diskutiert worden, was Armut, besonders wenn es um gesunde Ernährung geht, für Kinder bedeutet. Es gibt eine Studie, die darauf hingewiesen hat, dass die Regelleistung, die es heute gibt – 206 Euro pro Monat für ein Kind bis 13 Jahren –, nicht ausreicht. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass dieses Thema auch in dieser Stadt endlich eine Rolle spielen muss. Deswegen haben wir das Thema heute angemeldet.

Frau Senatorin, Ihre Behörde hat es sich relativ einfach gemacht. Es gab ein Interview des Staatsrats Wersich, der gesagt hat, mit "zwei Euro etwas" könnte man eine gesunde Ernährung sicherstellen; ansonsten gebe es Eltern-Kind-Zentren, die Eltern müssten sich dort informieren und dann wird das schon irgendwie werden.

Das ist zu kurz gesprungen. Als Sozialsenatorin sind Sie gefordert, auch bundespolitisch in diese Diskussion einzusteigen. Es ist bezeichnend, dass zum Beispiel gestern der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt noch einmal darauf hingewiesen hat, dass sich im SGB II-Bereich etwas zu tun muss. Wir Sozialdemokraten unterstützen das ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, dass es Hamburg gut anstehen würde, mit diesem Thema auch bundespolitisch Akzente zu setzen. Dass es in diesem Bereich keine einfachen Antworten gibt, wissen wir. Dass es auch einen Zusammenhang zwischen dem Thema Mindestlöhne auf der einen Seite und dem Thema Hartz IV-Leistung auf der anderen Seite gibt, was unter anderem auch Ihr Kollege in Sachsen-Anhalt gestern noch einmal deutlich gemacht hat, müssen wir in dieser Stadt endlich diskutieren. Wir dürfen es nicht weiter totschweigen.

B

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sagen nicht einfach, wir müssen die Regelleistung für Kinder um 20 oder 30 oder 40 Euro anheben und dann sei die Welt in Ordnung, sondern aus unserer Sicht sind zwei Dinge notwendig: Wir werden langfristig nicht drum herumkommen, dass wir Leistungen im Kindergartenbereich anbieten, die erstens eine gute Bildung beinhalten, zweitens aber auch eine gesunde Ernährung ermöglichen. Wir sind der Auffassung, dass den Kindern, die zu Hause keine gesunde Ernährung bekommen – natürlich wissen wir, dass die Eltern dafür die Verantwortung tragen –, dieses in den Kindergärten ermöglicht werden muss. Dieses außerordentlich wichtige Ziel sollten wir alle gemeinsam unterstützen. Aber bis es so weit ist, müssen wir uns um die finanzielle Ausstattung dieser Familien kümmern. Wenn man sich anschaut, wie häufig der Bedarf statistisch ermittelt wird, dann fällt auf, dass dieses alle fünf Jahre geschieht. Aus unserer Sicht ist dieser Zeitraum zu lang. Wir müssen dazu kommen, dass wir den Bedarf alle zwei Jahre ermitteln, die Preissteigerungsraten entsprechend abbilden und dann berücksichtigen. Von daher ist unsere zentrale Forderung an Sie, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass es eine Umstellung dieser Berechnungsgrundlage gibt. Das würde zu einer Entlastung dieser Familien führen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir wollen aber auch, dass man die besonderen Ansprüche von Kindern, aber auch von Jugendlichen

stärker und individueller berücksichtigt. Die Grünen – das kann man einmal lobend erwähnen – haben in einem anderen Bundesland gefordert, einen Kinderwarenkorb einzuführen. Wir sollten nicht sagen, ein Kind ist ein bestimmter Prozentsatz von einem Erwachsenen – beispielsweise 60 oder 80 Prozent –, sondern wir sollten darauf eingehen, dass es dort ganz spezielle Bedarfe gibt, die aus Sicht der Sozialdemokraten entsprechend abgebildet werden müssten. Auch hier fordern wir Sie auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.

C

Der dritte Punkt ist, dass es den Ländern im SGB XII ermöglicht worden ist, entsprechende Spielräume zu nutzen, das heißt, insbesondere bei der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Sie haben dort leider – das ist aber in anderen Bereichen auch geschehen – die landespolitischen Spielräume für die Menschen in unserer Stadt nicht genutzt. Sie haben die SGB XII-Regelsätze nur im Rahmen der Rentenanpassung erhöht und Sie haben nicht die Möglichkeiten genutzt, die Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen, die bei uns im letzten Jahr um 1,7 Prozent gestiegen sind. Das war falsch. Auch hier hat es dazu geführt, dass Sie sich dort, wo Sie Verantwortung wahrnehmen konnten, vor der Verantwortung gedrückt haben. Auch das war schlecht für die Menschen in unserer Stadt und das müssen wir alle deutlich kritisieren.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen GAL*)

Da die Verhältnisse in den Ländern, aber auch in den Städten speziell sind – wir alle wissen, wie lebenswert, aber auch wie teuer das Leben in Hamburg ist –, ist es aus unserer Sicht erforderlich, dass die Länder in diesen Bereichen Handlungsspielräume erhalten. Daher ist unsere dritte zentrale Forderung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Familien in Großstädten, in denen die Lebenshaltungskosten höher sind, entsprechend mehr Unterstützung bekommen.

D

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen* und *Christian Maaß*, beide GAL)

Ich glaube, da werden Sie, Frau Senatorin, aber auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, uns wohl nicht widersprechen können. Herr Frankenberg unterstellt uns immer so gern Populismus. Noch eine Anmerkung zum Thema TÜV. Es ist schon merkwürdig, was Sie vorhin gesagt haben. Es geht um Menschen und dann kann man keinen TÜV fordern. Zum einen haben sehr viele CDU-Politiker einen TÜV bei Pflegeheimen gefordert, zum anderen kann ich mich daran erinnern – vielleicht habe ich das auch falsch verstanden –, dass diese Senatorin sich gerühmt hat, einen Familien-TÜV einzuführen. Wie passt das zusammen?

Sie können nun wirklich nicht behaupten, dass dieser Antrag voller Populismus steckt. Uns Sozialdemokraten geht es darum, dass wir uns in dieser Stadt mit dem Thema Hartz IV und Kindern befassen, damit es den Kindern in unserer Stadt in ein, zwei Jahren besser geht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen* und *Christian Maaß*, beide GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Herr von Frankenberg.

A **Egbert von Frankenberg** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag – Sie haben es selbst gesagt –, behandelt ein Thema, über das Deutschland diskutiert. Es ist kein spezielles Hamburger Thema, sondern ein Bundes-thema. Sie haben es richtig erkannt, aber Sie brauchen natürlich auch diese Bühne, um noch einmal darüber zu sprechen. Das kann ich verstehen.

Die Hamburger SPD spielt sich gern als Anwalt der Schwachen, Kranken und Armen auf. Eine Armutsdebatte ist das Ziel. Das ist kein Populismus mehr, ich finde es schlicht und einfach unseriös, was Sie hier machen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss beachten, dass Hartz IV und Arbeitslosengeld II – mit unserer Unterstützung – rotgrüne Gesetzgebungen gewesen sind. Wir bekennen uns dazu, aber die SPD regiert im Bund mit. In Hamburg tun Sie so, als hätten Sie mit der ehemaligen rotgrünen Bundesregierung überhaupt nichts zu tun.

(Petra Brinkmann SPD: Das stimmt ja überhaupt nicht!)

– Sie sagen, es stimmt nicht, aber es wirkt so, das ist ja das Witzige.

Nun dachten Sie, Sie sind besonders schlau, mixen ein paar Äußerungen von verschiedenen Ministerpräsidenten zusammen und machen daraus einen Antrag. Aber, ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Kienscherf, Sie sind hier an der falschen Stelle. Trauen Sie sich doch einmal etwas und kandidieren Sie für den Bundestag. Dann könnten Sie Ihre Reden dort halten.

B

(Klaus-Peter Hesse CDU: Bloß nicht!)

– Ja, da muss er nur erst einmal an Herrn Kahrs vorbei.

Es ist klar, dass die Lebensumstände für Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, schwierig sind. Es ist finanziell problematisch, darüber sind wir uns auch alle einig. Es ist für die Familien belastend und gerade für die Kinder, die dort aufwachsen, ist es eine bedrückende Situation. Man braucht gar nicht drum herumzureden. Es ist für die Familien, die davon betroffen sind, nach meiner Auffassung nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein seelisches Problem. Daher bin ich froh, dass der Arbeitsmarkt in Hamburg und auch in Deutschland wieder angesprungen ist, dass Arbeitsplätze zunehmen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt – die Langzeitarbeitslosigkeit mittlerweile ebenfalls –, und wir eine wesentlich bessere Ausgangslage haben als noch vor Kurzem. Es hilft den Menschen, wenn sie in Arbeit kommen und nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

(Beifall bei der CDU)

Feststellen möchte ich, dass die Bereitstellung des notwendigen und bedarfsgerechten Lebensunterhalts für Familien von uns ausdrücklich befürwortet wird.

Zu Ihren Forderungen aus dem Antrag möchte ich im Einzelnen Folgendes sagen: Zurzeit läuft eine Prüfung beim Bundessozialministerium; es liegen aber noch keine Ergebnisse vor. Ich warne vor Schnellschüssen, auch wenn Sie vielleicht der Verlockung nicht widerstehen konnten, hier einen Antrag einzubringen, aber das bringt dem Thema relativ wenig.

Einkommensrhythmus und Verbraucherstichprobe im Zwei- statt im Fünfjahresrhythmus: Mich würde da zum Beispiel die Einschätzung des Statistischen Bundesamtes interessieren, inwieweit das machbar und auch sinnvoll ist.

C

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Das liegt noch gar nicht vor, denn das alles wird noch auf Bundesebene diskutiert.

Ob der Regelsatz für Familien mit Kindern bedarfsgerecht ist, wird zurzeit ebenfalls auf Bundesebene geprüft. Wenn es nicht so sein sollte, dann ist natürlich eine Neuregelung erforderlich, nur können wir jetzt den Prüfungen nicht vorgreifen.

Besondere Lebenslagen in Hamburg als Großstadt berücksichtigen: In anderen deutschen Großstädten haben wir zurzeit die gleichen Regelsätze. Auch das muss man berücksichtigen, wenn man darüber spricht.

Daher ist eine Bundesratsinitiative nach meiner Auffassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzulehnen. Ich möchte mir abschließend die Bemerkung erlauben, dass Ihr Antrag für uns Christdemokraten ein bisschen wie ein Misstrauensantrag gegen den eigenen Bundesminister, Herrn Müntefering, wirkt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Gregersen hat das Wort.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich müssen die Regelsätze überprüft werden und sie müssen auch häufiger als alle fünf Jahre überprüft werden. Das muss transparent stattfinden, da hat die SPD völlig recht. Das ist nichts, was die SPD mal so eben sagt, sondern das haben letztes Jahr im Bundestag auch Bündnis 90/Die Grünen beantragt und es war auch der Beschluss der Landesmitgliederversammlung der Grünen.

D

Das zeigt uns ganz deutlich, dass wir Transparenz nicht nur bei der Pflege brauchen, über die wir vorhin gesprochen haben, sondern auch bei der Zusammensetzung des Warenkorb. Es gibt 48 Einzelpositionen, von denen zum Teil 100 Prozent, aber zum Teil eben auch nur 37 Prozent gegeben werden. Uns und den Menschen, die davon leben müssen, muss einmal erklärt werden, warum sich dies so zusammensetzt. Warum stehen einem für Mobilität nur 37 Prozent dessen zur Verfügung, was die untersten 20 Prozent der Einkommensbezieher in Hamburg oder in Deutschland zur Verfügung haben, und zwar 60 Cent Fahrkosten pro Tag?

Falls sie ein Fahrrad haben und einen neuen Schlauch, eine Luftpumpe, eine Lampe oder was auch immer kaputt ist, brauchen, haben sie nur 60 Cent pro Tag zur Verfügung. Frau Schnieber-Jastram, wenn Sie immer sagen, sozial sei, was Arbeit schaffe, dann erzählen Sie mir bitte einmal, wie ich mit 60 Cent pro Tag in Hamburg herumfahren und mich bewerben soll; das geht nicht. Wenn man es auf den Monat hochrechnet, kommt man auf 18 Euro. Dann müssen wir den Menschen, denen wir diesen Regelsatz antun, aber auch für 18 Euro eine Monatsfahrkarte geben, wenn wir möchten, dass sie sich bewerben. Und damit Ihre Worte, sozial sei, was Arbeit schaffe, wahr werden.

A (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erzählen Sie mir bitte, wie man mit diesem Regelsatz Bewerbungsmappen erstellen soll. Jede Mutter oder jeder Vater, der Kinder hat, die Bewerbungen schreiben, weiß, was unendliche Kopien, Mappen und immer wieder das Porto von 1,45 Euro kosten. Es ist Wahnsinn, was da mal eben vom Regelsatz gezahlt werden muss. Sie sagen, das müsse man nicht überprüfen, das sei doch alles drin – Klasse.

Kommen wir zum Essen: Beim Regelsatz hat man prozentual 4,23 Euro pro Tag fürs Essen. Jeder von uns hat wahrscheinlich eben nebenan für Würstchen und so weiter schon ein bisschen mehr ausgegeben, aber der andere lebt davon den ganzen Tag. Die Kinder leben von 2,57 Euro täglich. Der Staatsrat sagt, das sei gesund und davon könne man sich auch ordentlich ernähren. Darüber habe ich nachgedacht und mir überlegt, wenn ich jeden Tag Pellkartoffeln mit Quark koche, ist es günstig. Ich kann auch öfter Kohl und Rüben kochen, das ist auch günstig und auch noch gesund. Aber seien wir mal ehrlich: Wenn ich selber irgendwo auf dem Wochenmarkt oder in einem Supermarkt bin und Blaubeeren sehe, möchte ich die den Kindern auch anbieten. Die Frage bleibt, ob man davon gesund und ausreichend leben kann. Irgendwie mag das vielleicht gehen, aber dass es ausreichend ist, glaube ich mitnichten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen auch noch bedenken, dass von diesem Regelsatz alles bezahlt werden muss: der Kühlschrank, der kaputt geht, die Waschmaschine. Das bedeutet, dass von diesem Regelsatz auch noch Rücklagen gebildet werden müssen. Falls sie sich einen Friseur leisten können, müsste der davon bezahlt werden. Ebenso ist die Zuzahlung von Arzneien, Rezeptgebühr, Praxisgebühr, alles, was die Gesundheitsreform neu beschert hat, in diesem Regelsatz enthalten, aber nicht neu eingeflossen. Von daher bedarf es natürlich einer Überprüfung.

B

Für Gesundheit und Kosmetik hat man 8 Euro im Monat zur Verfügung. Als ich mir eben ein Erkältungsmittel für meinen Hals holte, hatte ich diese 8 Euro ausgegeben. Nun fehlt aber das Geld für alles andere wie Haarshampoo oder was auch immer.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Bekommt man das nicht von der Krankenkasse wieder?)

– Nein, das gibt es natürlich nicht zurück, weil es keine verschreibungspflichtigen Medikamente sind. Herr Hesse, auch wenn man für Kinder Hustensaft oder Lutschpastillen braucht, muss das der Regelsatz abdecken. Caritas und Diakonie und viele Hilfseinrichtungen in Hamburg können ein Lied davon singen, was sie ergänzen müssen, was nicht zu schaffen ist, ob es nun ein Kind ist, das eine Kariesbehandlung braucht, oder ältere Menschen, die inkontinent sind und sich ihre eigenen Windeln nicht mehr vom Regelsatz leisten können, weil der Regelsatz auch für die Bedarfssicherung im Alter gilt. Vieles muss davon bezahlt werden. Ob es Konfirmation, Einschulung, Kindergeburtstage oder Sonderbedarfe sind, alles deckt der Regelsatz ab, die Frage ist nur wie.

Das ist nie transparent dargestellt worden und das muss es aber. Ich als Mutter weiß, dass, wenn die Füße wachsen, auch neue Schuhe gekauft werden müssen, und im Monat hat man für ein Kind 20 Euro für Bekleidung und Schuhe zur Verfügung.

Frau Schnieber-Jastram, wenn Sie meinen, sozial sei, was Arbeit schaffe – ich zitiere Sie da gerne –, dann schaffen Sie auch die Bedingungen für die Menschen, wieder in diese Gesellschaft zurückzufinden, um sich überhaupt auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben, um nicht mit zu kleinen oder abgewetzten Schuhen anzukommen, ein ordentliches Bild abzugeben und wieder eingestellt zu werden. Das geht nicht mit 60 Cent pro Tag für Fahrkosten und bei Kindern mit 26 Cent, das ist einfach zu wenig.

C

Noch kurz zum Abstimmungsverhalten: Wir stimmen allen Punkten des SPD-Antrags bis auf 1.3 zu. Dem stimmen wir nicht zu, weil wir nicht der Meinung sind, dass das Leben in der Stadt besonders teuer ist. Wir machen uns auch Gedanken darüber, welcher Stadtteil teurer ist, und eine Gettoisierung wollen wir wirklich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Grund, Sie haben das Wort.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat eine schöne Veranstaltung im Kaisersaal stattgefunden. Herr Senator Uldall empfing eine illustre Gesellschaft. Es war die HanseLog, lauter arrivierte Manager und Unternehmer. Ich freue mich, dass ich darauf Bezug nehmen kann. Herr Uldall hat die These vertreten, Deutschland sei Globalisierungsgewinner und die Zentrale der Gewinner sei Hamburg – so in etwa verkürzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Karl-Heinz Warnholz CDU: Bravo!)

D

Seine These bezog sich darauf, wenn man sich die Exportüberschüsse anschau und die daraus erwachsenden Transportvolumina – es waren nämlich Unternehmer aus der Logistikbranche –, dann sei das alles gut nachvollziehbar; er hat recht.

Herr von Frankenberg hat gerade gefragt, was das Thema Armut und die Folgen, Hartz IV und Ähnliches mit Hamburg zu tun habe, das sei ein Bundesthema. Es hat mit Hamburg zu tun, weil es neben den Globalisierungsgewinnern auch Globalisierungsverlierer in dieser Stadt gibt. Man kann sie wirklich finden, wenn man hinschaut. Die Frage ist, ob der Senat bereit ist, hinzuschauen,

(Olaf Ohlsen CDU: Natürlich!)

und da haben wir den Eindruck, dass der Senat lieber wegschaut als hinschaut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Inzwischen haben wir in diesem Lande etwa acht bis neun Millionen Menschen, die man als Niedriglohnbezieher und -bezieherinnen bezeichnet, obwohl sie Arbeit haben. Wir haben 2,5 Millionen Menschen, die sogar von Armutslöhnen leben müssen. Die Europäische Kommission stellt fest – ich bitte Sie, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen –, dass in Deutschland die Zahl der Niedriglohnbezieher größer ist als im Durchschnitt in Europa. Die Lohnspreizung nimmt weiter zu und wir haben inzwischen das Problem, dass eine Million Deutsche, und darunter viele Hamburgerinnen und Hamburger, obwohl sie arbeiten, Zusatzbezüge aus dem Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Da ihr Arbeitslohn nicht ausreicht, um ihre Armutsmindstandards zu erfül-

A len, müssen zusätzliche Leistungen von der Stadt erbracht werden, auch in Hamburg. So viel, Herr von Frankenberg, zum Thema, was das mit Hamburg zu tun habe.

Es hat mit unserer Stadt zu tun und ich finde es richtig und konsequent, wenn wir uns um diese Menschen und deren Familien kümmern. Sie haben gesagt, das habe nichts mit Hamburg zu tun. In Hamburg ist die Zahl der Kinder, die in Armut leben – dies ist gerade schon erwähnt worden – sehr groß. In vielen Stadtteilen wächst jedes dritte Kind in Armutsverhältnissen auf. Die Zahl der Kinder, die in armen Familien leben, ist in Hamburg größer als in Brandenburg; das ist schon bemerkenswert. Natürlich hat eine Metropole andere Probleme als ein Flächenland, aber Brandenburg ist kein reiches Land. Brandenburg ist ein Land, das nach und nach erst an neuer Vitalität gewinnt und Hamburg ist eine lebendige, wachsende, reiche Metropole. Wir leisten uns Armut in weiten Teilen für Kinder und Familien und das dürfen wir uns in Zukunft nicht weiter leisten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Globalisierungsgewinner müssen auch für die Schattenseiten des Lebens in der Stadt Zeit und ein Auge haben. Der Senat hat dieses Auge nicht.

Ich möchte nicht wiederholen, was meine geschätzte Kollegin, Frau Gregersen, schon zu den realen Verhältnissen gesagt hat, wenn man Hartz IV-Bezüge hat und damit die Lebenshaltungskosten bestreiten muss: 4,30 Euro für die tägliche Ernährung bei Erwachsenen, bei Kindern sehr viel weniger. Für die Fahrkarte im Monat bleibt bei Erwachsenen 20 Euro übrig. Wir zwingen die Menschen zum Schwarzfahren, das ist die Realität in dieser Stadt,

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

und der Senat tut nichts dafür, dass es ein Sozialticket gibt; das ist ein Skandal.

Meine Damen und Herren! Die Forderungen der SPD, anders mit der Armutsbemessung umzugehen, genauer hinzuschauen, Frau Gregersen, was Hamburg von anderen Städten unterscheidet, was die Großstädte bei den Lebensverhältnissen von anderen Bereichen in diesem Lande unterscheidet, ist richtig. Wir fordern Sie auf, diesem Antrag zuzustimmen und die notwendigen Prüfungen und Anpassungen regelmäßig durchzuführen, damit in Hamburg auch arme Menschen menschenwürdig leben können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Die GAL-Fraktion möchte über Ziffer 1.3 des SPD-Antrags aus der Drs. 18/6869 separat abstimmen lassen. Wer möchte den SPD-Antrag mit Ausnahme von Ziffer 1.3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 1.3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe Punkt 31 auf, Drs. 18/6867, Antrag der GAL-Fraktion: Keine Kürzung des ALG II-Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalten.

C

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Keine Kürzung des ALG II-Regelsatzes
bei Krankenhausaufenthalten
– Drs. 18/6867 –]**

Wer wünscht das Wort? Frau Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir bleiben beim Thema, kommen aber zu einer ganz konkreten Hamburger Entscheidung, und zwar zur Kürzung des Regelsatzes bei Krankenhausaufenthalt. Wir haben im Juli dieses Jahres eine entsprechende Kleine Anfrage gestellt und bekamen daraufhin die etwas lakonische Antwort, dass bei 347 Euro Regelleistungen bei Krankenhausaufenthalt 121 Euro zu kürzen seien und bei Kindern, je nach Lebensalter, 61,50 Euro oder 82 Euro einbehalten würden. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, dass das eine unzumutbare Belastung für die Betroffenen ist und eigentlich nur als Schikane bezeichnet werden kann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte auf die Begründung des Senats eingehen. Hier wird nämlich vorausgesetzt, dass durch die Verpflegung im Krankenhaus eine Einsparung erzielt werde. Haben Sie schon einmal ein Kind im Krankenhaus gelassen? Statt der Kosten für das Essen müssen jetzt vielleicht ein neuer Schlafanzug, ein paar Badelatschen, eine Kulturtasche angeschafft werden – das haben diese Kinder nämlich meistens nicht – und nach meiner vielleicht etwas kleinkrämerischen Rechnung sind das weit mehr als die abgezogenen 61,50 Euro, das sind also zusätzliche Kosten. Weiterhin wird begründet, dass der Regelsatz schließlich pauschalisiert worden sei und ein entsprechender Mehrbedarf nicht entstehe, also kein weiterer Anspruch geltend gemacht werden könne.

D

Über diese Fallschilderung hinaus geht es letztendlich auch rechtlich genau darum. Wenn Sie einerseits einen pauschalisierten Regelsatz ohne Anspruch auf Mehrbedarfe haben, dann ist es doch einfach widersinnig, andererseits die Kosten für Verpflegung herauszurechnen. Zudem ist es ein Verwaltungsaufwand, der nur durch entsprechendes Tricksen vollzogen werden kann, denn konsequenterweise besteht bei der ALG-Software grundsätzlich keine Möglichkeit, den Bedarf nach unten zu korrigieren. Das sieht die Software so vor und deshalb ist man auf den Trick verfallen, diese Krankenhausverpflegung als Einkommen zu deklarieren, aber Krankenhausverpflegung ist kein Einkommen. So verdreht man Sachverhalte und erzeugt Bürokratismus.

Um eines noch einmal klarzustellen: Die Mitarbeiter der ARGE übernehmen heute die Funktion der Sozialämter und der Arbeitsämter. Sie haben die Aufgabe, umfassend zu unterstützen, um eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Diese Anweisung zeigt, dass die ARGE für die Lebenslage der Menschen blind bleibt und letztendlich das Vertrauen zur ARGE zerstört wird.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und bei *Hans-Christoff Dees SPD*)

Die Einschätzung der Rechtslage ist übrigens nicht meine private Meinung, sondern dazu gibt es einschlägige Urteile zahlreicher Sozialgerichte in Deutschland, beispiels-

A weise in Berlin, München, Osnabrück und Freiburg. Diese haben die Kürzungspraxis, die in Hamburg stattfindet, für rechtswidrig erklärt. Ich zitiere aus dem Sozialgerichtsurteil von Berlin:

"Eine Kürzung der Regelleistung während eines stationären Krankenhausaufenthalts ist unzulässig."

(Beifall bei der GAL)

Letztendlich sind wir uns – davon gehe ich aus, auch wenn ich Ihre skeptischen Gesichter sehe – auch in diesem Hause darüber einig. Zumindest die ersten Reaktionen der Herren Kienscherf und Schira auf die Veröffentlichung im "Hamburger Abendblatt" haben das ganz deutlich gezeigt. Krankheit darf nicht zum finanziellen Nachteil werden, darf nicht bestraft werden.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Nun wird gleich Frau Ahrons dazu Stellung nehmen und sie wird die Handlungsweise der CDU-geführten ARGE wohl damit rechtfertigen, dass die ARGEen letztendlich nur die fachlichen Hinweise der Bundesagentur für Arbeit umsetzen. Frau Ahrons, genau darin liegt das Problem. Diese Fehlsteuerung ist das Ergebnis der fortgesetzten Abwehr der BWA, Verantwortung für die Umsetzung des SGB II zu übernehmen, wie es eigentlich vertraglich festgelegt ist. Der Senat hat die Umsetzungsverantwortung übernommen, Sie haben die Mehrheit in der Trägerversammlung. Andererseits wird Nürnberg nicht müde darzustellen, wie unabhängig die ARGEen eigentlich seien. Bei einer derart gravierenden Entscheidung im Sinne der Umsetzung des SGB II muss die ARGE letztendlich die Steuerung übernehmen und sich nicht ewig hinter der BA verstecken.

B

Ich befürchte, die Problematik der Regelungen, die wir hier aufgezeigt haben, ist in der ARGE Hamburg bisher noch nicht einmal als solche wahrgenommen worden. Erst recht ist es anscheinend kein Fall für den Senator für Arbeitsmarktpolitik. Die Hamburger ARGE, so stellt es sich dar, bleibt schwach, ohne eigenes Rückgrat und das hat auch seinen Grund darin, dass sich in Hamburg keiner aus dem Senat für individuelle Förderung und vor allen Dingen für die soziale Dimension der Arbeitsmarktpolitik zuständig fühlt.

Im Wesentlichen geht es mir heute darum, noch einmal hervorzuheben, wo in der ersten Reaktion eine Einigkeit hergestellt wurde, diese unsinnige Regelung zurückzuweisen und eine eigene Hamburger Position zu entwickeln. Ich gehe davon aus, dass Sie alle in diesem Hause somit unserem Antrag zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Ahrons hat das Wort.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Köncke, Sie werfen uns natürlich wieder vor, wir seien unsozial und handelten rechtmäßig unangemessen. Darauf kann ich Ihnen nur antworten: Mit dieser Einschätzung liegen Sie gänzlich falsch.

Wir von der CDU sind ebenso wie Sie dafür, dass in Hamburg niemand für seine Krankheit bestraft wird, und wir haben auch alle gemeinsam nicht die Absicht, den

Menschen die Belastungen aufzubürden, die sie nicht mehr bewältigen können. Eine sozial verträgliche und gerechte Lösung, bei der niemand durch das Netz fallen darf, ist unser Ziel. Aber auch das muss klar sein: Leistungen der öffentlichen Hand müssen stets auf den Prüfstand gestellt werden, sowohl rechtlich als auch sachlich und entsprechend dem politischen Auftrag.

C

Für die CDU geht es in der Sache nicht um eine Kürzung von Transferleistungen zum Schaden bedürftiger Menschen, wie es aus Ihrem Antrag herauszulesen ist, sondern es geht uns um die Entscheidung, wie mit Steuermitteln verantwortungsvoll umgegangen werden soll, denn auch darauf haben die Bürger unserer Stadt ein Anrecht.

(*Antje Möller GAL:* Aber es geht doch um einen konkreten Anlass!)

Im Kern geht es darum, dass das Krankenhaus Leistungen erbringt, die der Arbeitslose bei einem stationären Aufenthalt nicht mehr selbst leisten muss. Rechtlich gesehen, Frau Köncke, ist dieser Fall keineswegs so eindeutig zu beurteilen, wie Sie das in Ihrem Antrag schildern. Die Kürzungen stehen in einem direkten Zusammenhang zu dem Aufwand von etwa 120 Euro, der entstehen würde, wenn der Arbeitsuchende nicht stationär aufgenommen würde. Solange die zuständigen Gerichte noch keine abschließende Entscheidung getroffen haben, hält es die CDU daher grundsätzlich für sinnvoll, je nach Einzelfall individuell zu prüfen, ob nicht doch Umstände vorliegen, die den Arbeitsuchenden oder seine Bedarfsgemeinschaft über die Maßen belasten.

Wir sind der Meinung, dass eine grundsätzliche Streichung des Betrags weiterhin möglich sein muss. Das schließt natürlich keineswegs einen individuellen Ausgleich bei Vorliegen von außergewöhnlichen Belastungen des Leistungsempfängers aus und so werden wir selbstverständlich die Einzelschicksale berücksichtigen, die im Vergleich erheblich schlechter gestellt sind. Aber wir gehen verantwortungsvoll mit den Steuergeldern um.

D

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Letztendlich, liebe Frau Köncke, sind Sie mit Ihrem Antrag doch nicht mehr so ganz auf der Höhe der Zeit,

(*Christa Goetsch GAL:* Doch!)

denn auch die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat sich schon längst mit dieser Frage beschäftigt und hat die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg auf die derzeitige, zudem noch sehr aufwendige Verwaltungspraxis, aufmerksam gemacht und eine Änderung der rechtlichen Grundlage gefordert, aufgrund derer die derzeitigen Kürzungen vorgenommen werden.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Dann sagen Sie doch einfach, es war vernünftig, was Frau Köncke gesagt hat!)

Genau hiermit fordert die BWA, für den nicht auf Dauer angelegten Aufenthalt in einem Krankenhaus sollte aus verwaltungsökonomischen und menschlichen Gründen die Ausnahmeregelung des Absatzes 8 Anwendung finden. Durch den Grundsatz ambulant vor stationär verkürzt sich der stationäre Aufenthalt in den Krankenhäusern sowieso und die Verpflegungsleistungen überschreiten schon aufgrund der Dauer der gewöhnlichen Verweildauer nicht mehr den angemessenen Rahmen; damit ist die Behörde für Wirtschaft und Arbeit schon längst tätig geworden.

A (Bernd Reinert CDU: Umso besser!)

Nun warten wir natürlich auf eine Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, dem, wenn ich mich nicht irre, Bundesminister Müntefering von der SPD vorsteht, denn von diesem Ministerium wird nach Aussage der Bundesagentur für Arbeit derzeit eine klarstellende Regelung der Problematik in der Arbeitslosengeld II- und Sozialgeld-Verordnung geprüft. Vielleicht kann die Hamburger SPD die Beschleunigung dieses Vorgangs erreichen und den Minister einmal anschreiben, vielleicht bekommen Sie diesmal eine Antwort.

Frau Köncke, ich habe das untrügliche Gefühl, dass Sie immer wieder versuchen, Regelungen, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen, stets beim Bundesland Hamburg und damit beim hiesigen Senat anzubringen. Vielleicht wäre es wirklich hilfreich, beim nächsten Mal vorher einen Blick in das Gesetz zu werfen, um an der richtigen Stelle zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dees hat das Wort.

Hans-Christoff Dees SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ahrons, ich werde Ihnen darlegen, dass diese Maßnahmen nichts mit verantwortungsvollem Umgang mit Steuergeldern zu tun haben und im Einzelnen auch schikanös sind.

B Ich möchte aber noch einmal in Erinnerung rufen, was wir eigentlich mit der Hartz IV-Gesetzgebung bewirken wollten, was der verwaltungstechnische Kern ist, was das Ergebnis sein sollte. Wir wollten eine soziale Dienstleistung am Menschen ermöglichen, möglichst mit einem Fallmanagement, mit einer Sachbearbeitung aus einer Hand. Wir wollten dem Menschen helfen, indem wir ihn fördern, und damit zugleich eine Verbindlichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt verbinden. Wir wollten weg von dem entwürdigenden Bitten um Hilfen in besonderen Lebenslagen und diesen alten Sozialhilfedanken beenden. Wir wollten die Menschen zu mehr Eigenverantwortung bringen und haben die Leistungen deswegen aus gutem Grunde pauschaliert.

Die Idee von Hartz IV sollte also in diesem Sinne ein Beitrag zu einem modernen Sozialstaat sein, weg vom bürokratischen Klein-Klein und hin – das zeigen uns unsere Nachbarländer – zu einem vertrauensvollen, intensiven Gespräch, zur Beratung des Fallmanagers mit jedem einzelnen Menschen über die Reintegration in Arbeit. Dies ist ein ganz schwieriger Prozess, weil natürlich auch schwierige persönliche Themen berührt sind, über die man sich vertrauensvoll austauschen muss. Die Menschen sollten bei diesen vertrauensvollen, persönlichen Gesprächen ihre Schwächen überwinden, um eine Arbeit zu finden. Mit Sicherheit war und sollte die Idee nicht sein, dass genau dieser Fallmanager dann als Polizist agiert und mit Leistungsbescheiden hin und her herumrechnet und auch noch den letzten Krankenhaustag, den jemand unglücklicherweise absolvieren musste, anrechnet. Das stellt die eigentliche Idee, die dieser Reform zugrunde lag, auf den Kopf.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen* GAL)

C Wie absurd diese Fachanweisung der Bundesagentur ist, zeigt sich auch, wenn wir uns einmal die Realität der ARGE Eingliederungsarbeit in Hamburg anschauen. Der letzte Evaluierungsbericht der BWA – das sind alles Tätigkeiten, die genauso zwingend und verpflichtend sind, wie man gegebenenfalls behaupten könnte, dass es ein verwaltungstechnisches Muss wäre, hinter diesen Krankenhausbildern her zu sein – zur Arbeitsmarktpolitik hat offenbart, dass es mit der Beratung und der Verbindlichkeit, zum Beispiel bei den Ein-Euro-Aktivjobs unter der Federführung von Senator Uldall, zu dem Zeitpunkt noch nicht sehr weit her war.

38.000 Personen wurde ein Aktivjob angeboten und sie haben ihn doch nie angetreten. Es wäre aus Sicht eines vertrauensvollen intensiven Beratungsgesprächs über die Integration und darüber, wie man fördern kann, schon notwendig gewesen, das Gespräch mit jedem Einzelnen zu suchen, warum dieser Aktivjob nicht angetreten wurde und welche individuellen guten oder vielleicht weniger guten Gründe es dafür gegeben haben könnte. Doch das war für die ARGE viel zu aufwendig. Es wurde nie nachgefragt. Bei der Hälfte dieser Aktivjobs sind die Betroffenen zwar angekommen, aber weiter verwiesen oder abgelehnt worden. Auch hier wären intensive Gespräche der Fallmanager, in dem Fall mit den Beschäftigungsträgern, die ja viel Geld dafür von uns bekommen, dass sie diese Arbeit machen sollen, notwendig gewesen, die aber zu aufwendig waren, weil es nicht nachhaltig war. Mit Handakten all das überhaupt zur Hand zu haben in einem komplizierten IT-Verfahren, das einem dazu überhaupt nicht die Möglichkeit gab.

D Die ARGE hatte keine Zeit, sich um solche Dinge zu kümmern. Genau dies ist aber die Kernintention der Zusammenführung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an dieser Stelle mit Hartz IV gewesen. Jetzt sollen die Sachbearbeiter Zeit haben, mit Leistungsbescheiden Krankenhausverpflegungen auf die Leistungen anzurechnen. Ich finde, das ist für die Einzelnen schikanös, es ist verwaltungstechnisch total unökonomisch und vor dem Hintergrund, damit zu einer besseren Integration und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Betroffenen und den Beratern zu kommen, ist dieses eine völlig absurde Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Köncke hat das Wort.

Gudrun Köncke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, noch drei Punkte, die für mich von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Erstens: Sie haben deutlich gemacht, Sie würden auf den Einzelfall eingehen und ihn klären. Ich frage mich, wie Sie das organisieren wollen. Aber das zeigt, dass Sie Ihr Herz öffnen möchten. Ich möchte es einmal grundsätzlich klären. Wir haben mit dem SGB II geregelt, dass es jetzt eine pauschalisierte Summe gibt. Das heißt, es gibt keine Mehrbedarfe mehr. Ob Sie einen Kühlschrank, einen Schrank oder irgendetwas anderes kaufen wollen, es gibt keine Sonderleistung. Auch wenn Sie in ein Krankenhaus gehen, bekommen Sie den Bademantel oder die Badelatschen nicht extra, sondern sie sind in dieser Summe enthalten. Vor diesem Hintergrund ist es nach meinem Rechtsverständnis völlig unsäglich zu sagen, aber eine andere Summe, zum Beispiel für das Essen, könnte

A jetzt auf einmal herausgerechnet werden. Das heißt, entweder habe ich eine pauschalisierte Summe oder ich habe sie nicht. Das bedeutet, dass ich keinen Einzelbetrag herausrechnen kann. Das zu Ihrer ersten Argumentation, wir prüfen doch den Einzelfall hinsichtlich eines Mehrbedarfs oder eben nicht, aber dann können Sie auch keinen Essensbetrag abrechnen.

Der zweite Punkt ist mir ein ganz besonderes Anliegen. Ich kann es wirklich nicht mehr hören, wenn Sie ewig die Hamburger Verantwortung ablehnen. Dann gehen Sie bitte heraus aus der ARGE und übergeben Sie es meinetwegen ganz der Bundesagentur, dann haben wir unsere Ruhe.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist keine Hamburger Verantwortung! Das ist ein Bundesgesetz!)

– Das ist kein Bundesgesetz – lesen Sie bitte die Kleine Anfrage nach, ich gebe Ihnen gerne noch ein Exemplar –, sondern es geht hier um die fachlichen Hinweise der Bundesagentur. Die gibt fachliche Hinweise, aber das bedeutet doch nicht, dass bei solch einer offensichtlich falschen Rechtsauslegung die Hamburger ARGE, wenn sie denn selbstständig ist, wenn sie denn Verantwortung übernimmt und sagt, ich habe die Umsetzungsverantwortung, dass sie dann auch sagt, nein, das ist eine fachlich falsche Anweisung und die setzen wir aus bis es zumindest auf Bundesebene geregelt ist. Entweder Umsetzungsverantwortung oder nicht. Darum geht es doch und die übernehmen Sie dabei nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B Drittens: Was ich auch nicht verstehe: Wir haben immer eine Arbeitsmarktpolitik gehabt, die zwei Seiten hat. Die bedeutet, sozial ist das, was Arbeit schafft. Ich stimme Ihnen da voll zu. Ich möchte auch, dass jeder in Arbeit kommt und das ist sicherlich der höchste Beitrag und die größte Möglichkeit der Beteiligung. Trotzdem bedeutet Arbeitsmarktpolitik immer auch Sozialpolitik. Einige Menschen müssen erst einmal zu dem Punkt hingeführt werden, dass sie Arbeit aufnehmen. Wir haben leider seit der Umsetzung des SGB II in Hamburg, seit es die Arbeitsgemeinschaft gibt, nicht mehr diesen Anteil der Sozialpolitik in Hamburg. Wir haben die BWA, die Arbeitsmarktpolitik rein nach dem Gesichtspunkt, wie mache ich den Sprung in Arbeit, aber nicht mehr sozialpolitisch ausgerichtet. Das ist eine ganz große Lücke in der Arbeitsmarktpolitik, die völlig falsch läuft und die wir unbedingt nachsteuern müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Barbara Ahrons CDU: Sie waren doch bei der Anhörung dabei!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Senator Uldall hat das Wort.

(Olaf Ohlsen CDU: Jetzt wird mal nachgesteuert!)

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich so, dass sich jeder fragt, ob es sinnvoll ist, aus den Bezügen des Hartz IV-Empfängers einzelne Bestandteile wieder herauszurechnen, wenn er ins Krankenhaus geht.

(Antje Möller GAL: Ob es rechtmäßig ist, ist doch die Frage!)

– Ich sagte, es fragt sich jeder, ob dieses sinnvoll ist.

Die GAL hat jetzt zwei Dinge beantragt. Zunächst einmal, dass die Stadt in der Trägerversammlung der ARGE Hamburg beantragt, dass der Regelsatz während der stationären Krankenhausaufenthalte und Reha-Maßnahmen nicht gekürzt wird. Hier muss ich Sie auf die Rechtslage aufmerksam machen. Frau Möller hatte dieses Thema eben schon durch Ihren gekonnten Zwischenruf angesprochen, ob das denn geht. Es geht nicht, und zwar deswegen nicht, weil durch das Bundesministerium, von Herrn Bundesminister Müntefering festgelegt ist, dass die Bundesagentur für Arbeit keine Vorgabe für die Gewährung der kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung erlässt. Das darf die Bundesagentur nicht. Auf der anderen Seite ist aber durch das Bundesministerium festgelegt, dass der kommunale Träger, also die Stadt Hamburg, keine Vorgaben über die Auslegung der Rechtsvorschriften zu den im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit zu erbringenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts machen darf. Wer das nachlesen will, der möge bitte in dem sogenannten Rollenpapier vom 12. Januar 2007 nachblättern. Dort ist dieses auf Seite 6 Ziffer 2 a letzter Absatz beschrieben. Also, die rechtliche Grundlage für das, wofür Sie sich eingesetzt haben, ist nicht da.

Zweiter Punkt. Die GAL beantragt, dass sich der Senat bei der Bundesagentur für Arbeit einsetzen soll, entsprechende Regelungen bundesweit durchzusetzen. Im Juli ist von meiner Behörde ein Brief an die Bundesagentur für Arbeit geschickt worden – Frau Ahrons wies bereits darauf hin –, gerade in diesem Sinne, den Sie vorgetragen haben. Wir haben in der Zwischenzeit von der Bundesagentur für Arbeit eine Antwort bekommen, und zwar datiert vom 5. August 2007. Die Bundesagentur für Arbeit hat dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch eine Kopie dieses Schreibens geschickt. In diesem Schreiben wird angekündigt, dass das BMAS zurzeit eine klarstellende Regelung im Rahmen des Arbeitslosengelds II/Sozialgeldverordnung prüft. In der Folge würden dann auch die fachlichen Hinweise einer kritischen Prüfung unterzogen werden. So viel möchte ich als sachlichen Beitrag zu diesem Thema leisten. Meine Damen und Herren, uns allen liegt das Schicksal der Menschen am Herzen, aber ich meine, dass man immer auf dem Boden der sachlichen Betrachtung bleiben muss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Köncke, bitte.

(Robert Heinemann CDU: Frau Köncke zieht ihren Antrag zurück!)

Gudrun Köncke GAL:* Herr Uldall, nur einen Satz. Sie haben eben gerade zugestanden, dass es da eine deutliche Rechtsunsicherheit gibt. Im Rahmen der Selbstständigkeit der ARGE erwarte ich dann natürlich von der Hamburger ARGE, dass Sie diese zusätzliche Kürzung – und es geht hier wirklich um eine zusätzliche Kürzung, so dumm der Ausdruck sein mag – zumindest solange aussetzen, bis diese Rechtssicherheit da ist.

(Olaf Ohlsen CDU: Das haben Sie doch schon alles erzählt!)

Herr Uldall, diese Macht haben Sie natürlich und Sie würden,

(Heiko Hecht CDU: Was denn nun?)

C

D

A wenn der Finanzausgleich in Hamburg höher ausfallen würde als bisher, auch nicht einfach das Geld bezahlen. Hier erwarte ich von Ihnen mehr Rückgrat, Herr Uldall. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Uldall hat das Wort.

Senator Gunnar Uldall: Geschätzte Frau Kollegin! Sie können doch nicht erwarten, dass der Senat gegen eine klare Anweisung des "Münze"-Ministeriums verstößt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU:* So ist es!
– *Bernd Reinert CDU:* Ja!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drs. 18/6867 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag eindeutig abgelehnt.

Ich rufe Punkt 4 b auf, Drs. 18/6454, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Keine Verdrängung der bisherigen Bevölkerung aus innerstädtischen Quartieren.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Keine Verdrängung der bisherigen
Bevölkerung aus innerstädtischen
Quartieren**

B – Drs. 18/6454 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, bitte.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg hat über viele Jahre mit der sozialen Stadtteilentwicklungs- und Sanierungspolitik bundesweit Beispiele gesetzt. In der letzten Zeit wird aber deutlich, dass auch die Sanierungspolitik negative Begleiterscheinungen hat, weil sie gerade innerhalb der städtischen Quartiere dazu führt, dass die Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung stattgefunden hat.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Wir brauchen mehr Ruhe im Saal. Ich möchte nur Herrn Quast hören und sonst niemanden.

Jan Quast (fortfahrend): Es ist ja nicht ungewöhnlich, dass sich die CDU nicht so sehr für die Themen interessiert, die die soziale Stadtentwicklung in Hamburg betreffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Mit unserer Sanierungspolitik wollten wir einseitige sozial problematische Bevölkerungsstrukturen zugunsten einer besseren Durchmischung in den Stadtteilen auflösen. Jetzt drohen wieder andere einseitige Bevölkerungsstrukturen zu entstehen. Aus Armutsinseln werden Schickimickiquartiere. Das ist übrigens ein Wort, Herr Roock, das Ihr Erster Bürgermeister geprägt hat. Ich zitiere:

"Ich sehe die Schickimickisierung von Stadtteilen wie zum Beispiel St. Pauli mit großer Sorge." C

So Ole von Beust am 2. April 2007 im "Hamburger Abendblatt". Weiter heißt es:

"Der Senat habe dieses Problem bereits erkannt."

Nun nimmt man an, wenn der Bürgermeister eine Entwicklung mit Sorge sieht und ein Problem erkannt hat, dass er auch etwas tut aus Sorge um die Menschen in den Stadtteilen. Aber weit gefehlt, meine Damen und Herren, nichts ist passiert. Wie schon damals, als wir über die soziale Spaltung in dieser Stadt diskutiert haben, erkennt der Bürgermeister Probleme, die man ihm jahrelang vorgetragen hat, irgendwann auch öffentlich, aber es passiert nichts, er tut nichts. Nein, erst müssen die Oppositionsfractionen Lösungsvorschläge auf den Tisch legen, bevor der Bürgermeister reagiert und das Ganze dann auch noch halbherzig. Auch hier wieder das Gleiche. Deswegen haben wir das Problem der Verdrängung aus den innerstädtischen Quartieren zuletzt im Juni diskutiert. Damals hat die CDU einen Antrag der GAL-Fraktion abgelehnt. Wir haben deswegen eine Große Anfrage eingebracht, um auch dem Senat Gelegenheit zu geben, uns darzulegen, was er tun will. Denn dass diese Entwicklung existiert, dass sie problematisch ist, haben damals auch die Vertreter der CDU und des Senats in der Debatte eingeräumt. Was will der Senat also tun, um das Problem, das auch der Bürgermeister erkannt hat, zu beheben. Wir haben den Senat gefragt, wie er die Entwicklung beurteilt und was er machen will. Die Antwort – ich zitiere aus der Großen Anfrage:

"Zielsetzung des Senats [ist], der Verdrängung der "angestammten" Bevölkerungsteile zu entgegenen. Ausdruck dieser Politik ist die Tatsache, dass in Stadterneuerungsgebieten viele Maßnahmen im Bereich der kulturellen und sozialen Infrastruktur umgesetzt werden, deren Zielgruppe insbesondere die sozial schwächeren Menschen sind." D

Meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob Sie denn gar nichts verstanden haben. Es geht darum, dass die Menschen die Mieten in den Quartieren nicht mehr bezahlen können und Sie geben als Antwort, dafür können sie aber ins Stadtteiltheater gehen, auch wenn Sie ganz woanders wohnen müssen. Meine Damen und Herren! Sie verhöhnen die Menschen in diesen Stadtteilen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einfach nur Irrsinn.

"Die Menschen dürften nicht das Gefühl haben, es ginge bei Stadtteilentwicklung nur um "intellektuelles Geseiere"

zitiert das "Hamburger Abendblatt" Ole von Beust am 2. April 2007. Genau diesen Eindruck, meine Damen und Herren, vermittelt aber das, was Sie in der Großen Anfrage geantwortet haben, wenn Sie überhaupt Antworten auf die Fragen wussten, die wir gestellt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Senator Gedaschko hatte in der letzten Debatte zu diesem Thema immerhin einige handfestere Forderungen formuliert. Wir brauchen mehr Wohnungsbau in Hamburg, gerade auch in den betroffenen Quartieren. Das könnte helfen. Aber warum tun Sie denn nicht mehr für

A den Wohnungsbau, Herr Senator? Warum heben Sie noch die Zahlen von 2006 als besonders lobenswert hervor? Natürlich sind die Wohnungsbauzahlen 2006 wieder einmal gestiegen. Gleichwohl haben Sie immer noch erst die Hälfte des Niveaus erreicht, das wir in Hamburg benötigen. Aber was für Neubauten sind denn 2006 in Hamburg errichtet worden? Nicht einmal die Hälfte sind Wohnungen im Geschosswohnungsbau. Die meisten Wohnungen, die 2006 in Hamburg entstanden sind, sind Eigentumswohnungen oder Wohnungen in Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Doppelhäusern. Das löst nicht die Probleme der innerstädtischen Quartiere und die Verdrängung der Menschen aus diesen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau ist wichtig. Öffentlich geförderte Mietwohnungen in diesen Quartieren tragen zur Stabilisierung bei. Wenn das so ist, dann frage ich mich, warum Sie denn keinen öffentlich geförderten Mietwohnungsbau mehr machen? 6.000 Wohnungen fallen jedes Jahr aus der Bindung in Hamburg und wie viel bauen Sie neu pro Jahr? 200 sind es in den letzten Jahren jeweils gewesen. Damit lösen Sie keine Probleme, damit schaffen Sie Probleme und damit machen Sie eine Wohnungsbaupolitik, die in Hamburg dazu beiträgt, dass die Mieten immer weiter steigen und die Menschen, die diese nicht bezahlen können, die Opfer dieser Wohnungsbaupolitik sind.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

B Der für den Herbst erwartete Mietenspiegel wird wahrscheinlich wieder gerade für die innerstädtischen Quartiere überdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Mieten bringen und trotzdem handeln Sie nicht. Es gibt konkrete Vorschläge der Mietervereine, zum Beispiel dem Bodenwert eine geringere Bedeutung bei der Bemessung des Wohnlagenverzeichnisses zuzusprechen, weil in Wirklichkeit der Bodenwert überhaupt nichts darüber aussagt, wie die Wohnqualität in einem Stadtteil ist. Nur weil die Grundstücke teuer sind, ist die Wohnqualität noch nicht gut, wenn es keine Grünanlagen gibt, wenn es nicht ausreichenden Lärmschutz gibt. Und das ist in vielen Stadtteilen leider der Fall.

Erst vor kurzem hat das Landgericht Hamburg eine Mieterhöhung der SAGA in St. Georg zurückgewiesen, die sich auf das Wohnlagenverzeichnis gestützt hat. Es ist schon ein besonderer Hohn, dass gerade die SAGA, das städtische Wohnungsunternehmen, das ja einer günstigen Miete verpflichtet ist, als erstes Unternehmen in Hamburg nach den Erhöhungen in St. Georg vom Gericht dazu verdonnert wird, die zurückzunehmen. Das ist die eine Seite Ihrer Politik.

(*Michael Neumann SPD*: 500 Millionen Euro müssen ja irgendwo herkommen!)

Die SAGA war die erste Gesellschaft, die von der Wohnlagenverbesserung von St. Georg profitieren wollte und das ist also das städtische Unternehmen, das für den sozialen Wohnungsbau und günstige Mieten verantwortlich sein soll.

Meine Damen und Herren! Es gibt viel zu tun, es gibt viele Vorschläge. Der Senat tut nichts. Er erhebt keine Daten über die Stadtteile, evaluiert nicht die Sanierungspolitik, er ist nicht bereit, ernsthaft über die soziale Erhaltungsverordnung und vor allem die Umwandlungsverordnung für betroffene Quartiere nachzudenken. Er ist nicht

bereit, jetzt ein neues und ehrliches Wohnanlagenverzeichnis zu erstellen, er schiebt es auf später. Er ist nicht bereit, die SAGA zu steuern in ihrer Verantwortung für günstige Wohnungen, auch in Quartieren, die prosperieren, obwohl sonst die Menschen verdrängt werden. Er ist nicht bereit, eine Verkaufspolitik in Hamburg bei städtischen Grundstücken durchzuführen, die sich an dem Konzept orientiert, welches für einen Stadtteil am besten ist, sondern ist gerade in diesen Quartieren vorneweg dabei, wenn es um das Höchstgebotsverfahren geht.

All diese Vorschläge, die ich eben zitiert habe, lagen schon im Juni auf dem Tisch. Dem Senat waren sie der Prüfung nicht wert, der CDU-Fraktion auch nicht. Stattdessen geht die Verdrängung weiter. Die Menschen in dieser Stadt haben aber ein berechtigtes Interesse, eine berechnete Erwartung an uns, dass wir etwas tun. Sonst verliert die soziale Stadtteilentwicklung in den betroffenen Quartieren an Akzeptanz und die Mitwirkung der Menschen, die so wichtig ist, schwindet und das können auch Sie nicht wollen. Deswegen fordere ich Sie auf: Kehren Sie um, tun Sie etwas für die innerstädtischen Quartiere, bevor diejenigen, die dort leben, verdrängt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Bevor Herr Rook das Wort bekommt, möchte ich noch einmal darum bitten, die Gespräche einzustellen. Die Unruhe kommt nicht nur von einer Seite, sondern ist im ganzen Plenarsaal. Bitte, Herr Rook.

Hans-Detlef Rook CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Quast, Sie haben den Hauptteil Ihrer Rede auf die Wohnungsbaupolitik gelegt, aber da kann ich nur sagen, Thema verfehlt. Wir wollen heute über die Verdrängung aus innerstädtischen Quartieren reden. Wir diskutieren dieses Thema nicht zum ersten Mal. Insofern hat es auch keinen großen Neuigkeitswert mehr. Sie konstruieren ein Problem bei der Verdrängung aus innerstädtischen Quartieren, das in Wirklichkeit keines ist. Sie können es auch nicht mit Zahlen hinterlegen. Sie kommen immer wieder mit der sozialen Erhaltungsverordnung – so auch in Ihrer Großen Anfrage und in Ihrem Beitrag – und behaupten, dass man dadurch die Erfolge von Sanierungsverfahren sichern und zugleich den sozial unverträglichen Auswüchsen begegnen könne.

Verehrter Herr Kollege Quast, diese Auffassung ist einmal mehr falsch und ich will Ihnen zum wiederholten Mal deutlich machen, warum. Quartiersbezogene Aufwertungsmaßnahmen werden in Hamburg immer mit dem Ziel durchgeführt, den Verbleib und den Zuzug leistungsstarker Haushalte zu fördern, ohne dabei sozial schwächere Bürgerinnen und Bürger zu verdrängen. Die Sanierungsträger und Quartiersentwickler, zum Beispiel Lawaetz-Stiftung und Stattdau, beziehen ohne Zweifel sehr sorgfältig die in den Stadterneuerungsgebieten lebenden Menschen in ihrer Gesamtheit mit ein und bemühen sich, sie zu aktivieren. Ich habe gerade in dieser Woche vom Bundesamt für Bau und Raumordnung eine Studie über die Erschließung von Genossenschaftspotenzialen zugesandt bekommen. Die sollten Sie einmal lesen. In dieser Studie steht zum Beispiel auf Seite 75: "Prima Klima: Von Hamburg lernen". Das zeigt doch, dass viele Dinge in unserer Stadt hervorragend laufen.

A (Beifall bei der CDU)

Ich komme jetzt zu dem Punkt, den Sie als Skandal bezeichnet haben. Herr Quast, es ist tatsächlich so, dass in Stadterneuerungsgebieten viele Maßnahmen im Bereich der kulturellen und sozialen Infrastruktur eingesetzt werden. Gerade diese Maßnahmen – und das ist wirklich so – kommen den Schwächeren zugute. Was haben Sie eigentlich dagegen?

Lieber Herr Kollege Quast, Ihre Große Anfrage – das liegt wahrscheinlich auch an den gestellten Fragen – gibt im Grunde genommen nichts her. Deshalb sollten Sie Ihr Augenmerk auf die Antworten der Fragen 11 bis 13 richten. Dort hat der Senat ausführlich begründet, wie behutsam und sorgfältig in Stadterneuerungsgebieten umgegangen wird. Dieses habe ich Ihnen schon in der letzten Debatte aufgezeigt und ich will das heute nicht alles noch einmal wiederholen.

Sie haben auch gefragt, was wir tun. Natürlich tun wir in dieser Stadt eine ganze Menge. Mit den Senatsprogrammen Sanierungsgebiete, aktive Stadtteilentwicklung und lebenswerte Stadt, die wirklich ein riesiges Investitionsvolumen beinhalten, sind wir – so meine ich – deutlich auf dem richtigen Weg. Das haben uns im Übrigen auch alle Experten in einer Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss bestätigt. Wir überlassen Gebiete mit Entwicklungsbedarf nicht ihrem Schicksal, sondern handeln und ergreifen gezielte Maßnahmen zur Aufwertung. Dieses geschieht in Hamburg konsequent und vor allen Dingen behutsam unter Einbeziehung möglichst vieler vor Ort lebender Menschen. Ich hüte mich aber davor, vom Idealzustand zu sprechen. Der Idealzustand, Aufwertung ohne Verdrängung, ist schlicht und ergreifend nicht zu erreichen. Wer so etwas behauptet und derartige Versprechungen macht, handelt unseriös und unverantwortlich. Er fördert letztlich Misstrauen gegenüber Parteien und Politik. – Danke schön.

B

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lieven hat das Wort.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Roock, Sie haben gerade gesagt, das Problem, dem sich diese Große Anfrage widmet, existiere überhaupt nicht. Vorher hat Herr Quast in seiner Rede eine Aussage des Bürgermeisters zitiert, wo er sagt, die Schickimickisierung einiger Stadtviertel mache ihm große Sorgen. Entweder leiden Sie unter Wahrnehmungsstörungen, Herr Roock, oder der Bürgermeister leidet unter Wahrnehmungsstörungen. Bitte, entscheiden Sie sich jetzt, dann kann ich besser weiterdiskutieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Petra Brinkmann SPD:* So ist es! – *Dr. Till Steffen GAL:* Oder beide! – *Hans-Detlef Roock CDU:* Das sollten Sie vielleicht noch ein bisschen erläutern!)

Lieber Herr Roock, meine Damen und Herren! Ich glaube, in diesem Fall schenke ich doch mehr dem Glauben, was der Bürgermeister gesagt hat, denn dieses Problem existiert sehr wohl, wenngleich die Zahlen, die der Senat auf diese Große Anfrage genannt hat, ziemlich dürftig sind. Dennoch kann man auch daraus einiges ermitteln, denn man sieht auch hier, dass der Wohnungsmarkt in Hamburg auseinanderfällt. Was in diesen Quartieren besonders auffällig ist, ist der starke Rückgang der Menschen

unter 18 Jahren. Das ist genauso ein Effekt der Entmischung, der Verdrängung. Die Wohnungen in diesen Gebieten sind viel teurer geworden. Bereits im letzten Mietenspiegel 2005 hatten wir in den Altbauquartieren, der Baualtersklasse vor 1918, Mietsteigerungen von 11 bis 15 Prozent. Genau in diesen Quartieren ist der Anteil der jungen Menschen stark gesunken, denn Familien, Haushalte mit mehr Wohnflächenbedarf sind die ersten, die dort verdrängt werden, weil sie sich die teuren Wohnungen nicht mehr leisten können und das ist ein äußerst kritischer Indikator, ein äußerst kritisches Zeichen, wenn wir feststellen müssen, dass die Familien und die jungen Menschen aus den sanierten Altbauquartieren wegziehen, denn wir brauchen eine gemischte Stadt, wir brauchen eine Stadt, in der alle Altersgruppen leben und nicht nur double income, no kids oder gut verdienende Familien, meine Damen und Herren!

C

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In dieser Entmischung liegt eine große Gefahr für die Stadt.

Vielleicht war dem Senator Dräger das nicht bewusst, als er sich kürzlich über die kreativen Viertel ausgelassen hat, denn mit seiner gegenwärtigen Politik drängt der Senat die Kreativen aus den Vierteln hinaus. Der Senat hat aber offensichtlich kein Talent für kreative Politik.

Meine Damen und Herren! Zwei Punkte aus der Großen Anfrage verdienen hier auch noch einmal die Diskussion. Einmal das immer wieder erzählte Märchen von der Wirkungslosigkeit der Erhaltungsverordnung.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Das ist so!)

D

Ich zitiere einmal aus dem Gutachten, aus der Evaluation, die damals 2003 veröffentlicht worden ist:

"Das Ziel der Verordnung, die Umwandlung nur noch in restriktiven Rahmen zuzulassen, ist in vollem Umfang erreicht worden."

Dieses haben die Gutachter festgestellt und kamen zu dem Schluss:

"Ohne eine Verlängerung der Umwandlungsverordnung würden wieder verstärkt Verkaufstätigkeiten mit den bekannten Folgen, insbesondere der Vertreibung der Angestammten, auf das Gebiet angewiesenen Mieter einsetzen."

Genau das ist auch passiert. Mit diesem Zitat ist auch belegt, dass die Umwandlungsverordnungen durchaus ihre Wirkung erbracht haben.

Wenn Umwandlungen in verstärktem Maße stattfinden, dann wirkt sich das schnell auf den Bodenwert aus.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Eine hohe Verkaufstätigkeit treibt den Bodenwert nach oben und das wirkt sich auch auf die Mietwohnungen aus, denn die sind durch die Wohnlage an diesen Bodenwert gekoppelt und aus diesem Grunde hat das Thema Bodenwert bei der aktuellen Aufstellung des Mietenspiegels auch so an Bedeutung gewonnen. Denn wenn aus einer normalen Wohnlage eine gute Wohnlage wird, kann die Wohnung deutlich teurer werden.

Meine Damen und Herren! Der Senat hat jetzt in dieser Anfrage geantwortet:

A "Ziel der Behörde ist es, das Verfahren für die Aufstellung des Wohnlagenverzeichnisses behutsam fortzuschreiben."

Aber das ist eine sehr billige Antwort, meine Damen und Herren, denn das nächste Wohnlagenverzeichnis, die nächste Aufstellung ist 2011 dran. Die Aufstellung von 2007 hat der Senat verpasst und ich denke, das war mit Absicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Kurz und gut, die Quintessenz aus dem Ganzen ist, dass die Stadt ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen muss, die sie hat, um dämpfend auf die Mietentwicklung in der inneren Stadt einzuwirken. Wir haben im Frühjahr in unserem Antrag eingebracht, welche Steuerungsmöglichkeiten es sind. Herr Quast hat sie genannt: von der aktiven Wohnungsbaupolitik über eine aktive Politik bei SAGA und GWG, bis hin zu einer engagierten Mieterschutzpolitik zum Beispiel durch den Mietenspiegel. Wer dies nicht tut, meine Damen und Herren, leistet der sozialen Spaltung der Stadt weiteren Vorschub, wer dies nicht tut, macht die kreativen Quartiere in Hamburg kaputt, und wer dies nicht tut, gehört abgewählt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wie bei einem Déjà-vu. Wir haben dieses Thema vor Kurzem einmal bereits diskutiert und die Ergebnisse, die in realiter in der Stadt passieren, sind seither nicht anders geworden. Die Geschichte dieser Stadt ist aber auch nicht anders geworden und die wird von Ihnen völlig ausgeblendet.

B

Maßgeblich für das, was hier passiert, ist vieles, was gut gemeint war, was von Ihnen zu verantworten ist. Das ist Ihnen auch nicht vorzuwerfen, weil es sich um Dinge handelt, die selbstverständlich sind, damit in einer Stadt eine aktive Stadtteilentwicklung gefahren wird. Es ist aber Realität, dass gerade in Stadtvierteln, in denen Sie diese aktive Stadtteilentwicklung gefahren haben, genau diese Dinge passiert sind. Wenn jetzt beispielsweise gesagt wird, durch die soziale Erhaltenssatzung könnte das Problem gelöst werden, so dürfen wir feststellen, dass die soziale Erhaltenssatzung, die 1995 bis 2003 für die Gebiete Eimsbüttel-Nord, Hoheluft-West, Barmbek-Süd, Uhlenhorst galt, nicht verhindern konnte, dass das Mietniveau weit über den Durchschnitt des Mietenspiegels anstieg und dadurch letztendlich eine deutliche Änderung in der Sozialstruktur auch in diesen Vierteln eingekehrt ist. Das heißt, diese Mittel sind nicht zielführend.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns jetzt darüber unterhalten, welche Mittel zielführend sind – darüber müssen wir uns in der Tat Gedanken machen –, ist das Wohnlagenverzeichnis das eine. Die Unterstellung, wir hätten das mit Absicht verzögert, ist recht preiswert. Sie wissen selbst am besten genau, wann und in welchem Umfang ein Mietenspiegel erstellt wird, dass es einen enormen Vorlauf und ein enormes Abstimmungsverfahren gibt und dass Sie das nicht kurzfristig einspeisen können. Insofern wäre es bei der Kenntnis ein Stück weit Fairness, nicht so eine Behauptung zu erheben.

(Beifall bei der CDU)

C

Das Nächste ist das Thema Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Wir werden demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, der auch das Zweckentfremdungsverbot als Inhalt haben wird, weil wir denken, dass dieses für Hamburg in bestimmten Teilen ein Thema sein wird und wahrscheinlich auf absehbare Zeit bleiben muss.

Von daher sind das zwei Instrumente, mit denen man arbeiten kann und mit denen wir auch arbeiten wollen.

Ein weiteres Thema ist die Nachverdichtung. Wenn gesagt wird, es sind bestimmte Dinge, die zum Beispiel im Reihenhausbau oder im Eigentumsbereich passieren, halte ich das für richtig, weil wir dadurch vielen Hamburgern, die bisher zur Miete gewohnt haben, die Chance geben, ihren Traum vom Eigenheim und Eigentum innerhalb der Stadtgrenze zu erfüllen und sie nicht ins Umland treiben. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt. Jeder, der sich ein bisschen mit dem Mietwohnungsmarkt beschäftigt, weiß, es gibt einen Sockereffekt. Genau dieser Sockereffekt wird dort ausgelöst, weil aus den Mietwohnungen, die bewohnt wurden, die Menschen ausziehen und andere dort wieder einziehen können. Auch das ist natürlich beabsichtigt. Das heißt, die Mischung macht es.

Drittens: Wir werden – das darf ich hier auch ankündigen – eine zweite Tranche der Wohnungsbauintiative vorlegen – noch einmal das Volumen, das beim letzten Mal aufgelegt wurde – und so den Mietwohnungsbau, insbesondere den genossenschaftlichen Mietwohnungsbau, in Hamburg weiter stärken. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Quast.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, die soziale Stadtentwicklung in Hamburg war nicht gut gemeint, sondern sie war gut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das zeigt, dass sie bundesweit übernommen wurde und sogar Eingang ins Baugesetzbuch gefunden hat. Gleichwohl – daran reden wir auch nicht vorbei, im Gegenteil, wir thematisieren es – gibt es in einzelnen Stadtteilen Entwicklungen, die über das hinausgehen, was wir wollten. Nur anders als Sie, vor allen Dingen anders als die CDU, sagen wir klar, wir wollen gegensteuern, wir wollen etwas tun und wir können auch etwas tun. Das unterscheidet uns von Ihrer Fraktion, die offenbar nicht einmal mit Ihnen so richtig im engen Kontakt steht, sonst hätte Herr Roock sicherlich etwas anderes erzählt. Das, was sie gebracht haben, war fast schon im Sinne der Stadtteile, wenn Sie es denn auch tun würden, wovon Sie reden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Sie haben die soziale Erhaltensverordnung eben noch einmal angesprochen und die Ergebnisse zitiert, die wir in einigen Stadtteilen erlebt haben. Deswegen habe ich auch eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Instru-

A ment. Aber eines müssen wir auch beachten: Die mit der sozialen Erhaltensverordnung verbundene Umwandlungsverordnung hat in den Quartieren, in denen es sie gab, dafür gesorgt, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erheblich reduziert wurde. Das ist auch richtig. Insofern gibt es gleichwohl Aspekte der sozialen Erhaltensverordnung, die den betroffenen innerstädtischen Quartieren helfen können.

Anders als Sie es hier dargestellt haben, ist der Senat auch durchaus dieser Auffassung, denn er hat in der Antwort auf die Große Anfrage geschrieben, dass dies Instrument zumindest geprüft wird. Es gibt also gewisse Diskrepanzen zwischen der Antwort und dem, was Sie hier gesagt haben.

Ich möchte aber noch etwas zum Thema Wohnungsbau sagen. Wir kritisieren nicht, dass Reihenhäuser gebaut werden, wir kritisieren nicht, dass Eigentumswohnungen gebaut werden, wir kritisieren keine Eigenheime am Stadtrand, solange sie vernünftige Lagen haben. Nein, wir kritisieren, dass Sie insgesamt zu wenige Wohnungen bauen, dass fast nur im Eigentums-Segment gebaut wird und dass das, was für die meisten Hamburger richtig und wichtig ist, von Ihnen vernachlässigt wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Hans-Detlef Roock CDU*: Dann beantworten Sie doch mal die Frage, warum!)

– Wir reden gleich noch einmal, Herr Roock, ich wollte meine Rede nur zu Ende bringen.

Sie kündigen die zweite Tranche Wohnungsbau an. Dagegen ist gar nichts einzuwenden, aber erzählen Sie uns einmal, was aus der ersten geworden ist. Es hieß, 2006/2007 würden auf städtischen Grundstücken innerhalb eines Jahres 1.000 Wohnungen entstehen. Ich weiß gar nicht, gab es schon einen ersten Spatenstich oder gar zwei? Das, was Sie uns hier vorgegaukelt haben, ist leider viel zu langsam in die Gänge gekommen. Deswegen sehen Sie zu, dass die erste Wohnungsbauoffensive zu einem Ende geführt wird, und legen Sie gern nach, aber verlassen Sie sich nicht darauf, dass es von alleine läuft. Da muss auch die Stadt mitarbeiten, da müssen auch die Bezirksämter mithelfen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lühmann GAL*)

Wir stellen immerhin fest, unser ständiges Mahnen im Wohnungsbau, der Hinweis, dass Hamburg zu wenig tut, hat Erfolge.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Träumer!)

Wir hoffen, dass Sie kräftig weitermachen und hier nicht nur große Reden schwingen, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Meine Damen und Herren! Herr Senator, ich nenne Ihnen gern drei Dinge, für die die CDU-Regierung nach 2001 im Wesentlichen die Verantwortung trägt. Das eine ist, dass sich die Großwohnsiedlungen in Hamburg zunehmend zu Gebieten mit erheblichen sozialen Problemlagen entwickelt haben,

(Lachen bei der CDU)

das Zweite, dass in den innerstädtischen Wohngebieten die Mietpreise kräftig steigen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich wünsche mir jetzt etwas mehr Ruhe, damit wir diese Debatte zügig weiter fortführen können.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Aber er macht ja hier Karneval!)

Claudius Lieven (fortfahrend): Danke, Herr Präsident.

Mit so viel Applaus hatte ich nicht gerechnet.

Drittens: Es wird in Hamburg viel zu wenig gebaut und das, was gebaut wird, ist viel zu teuer.

Diese drei Erfolge können Sie sich an Ihren Hut stecken, meine Damen und Herren.

Herr Senator Gedaschko, Sie hatten eben gesagt, der Vorwurf wäre billig, dass man bei der Aufstellung des Wohnlagenverzeichnisses Änderungen durchführen sollte. Das könne man nicht mehr tun, das würde alles so lange dauern. Ich möchte daran erinnern, dass die Hochstufung, die der Ausgangspunkt der ganzen Debatte gewesen ist – beispielsweise in St. Georg die Straße Koppel –, 2005 stattgefunden hat. In 2006 ist das entsprechende Gerichtsurteil ergangen und in 2006 haben Sie die Aufträge zur Neuaufstellung des Wohnlagenverzeichnisses und des Mietenspiegels für 2007 vergeben.

Wenn die Veränderung 2005 eingetreten ist, warum war es nicht möglich, für die Aufstellung des Mietenspiegels 2007 darauf zu reagieren, lieber Herr Gedaschko? Das verstehe ich nicht. Ich verstehe auch nicht, warum wir im Frühjahr einen Antrag einbringen, der eine Reihe von Punkten beinhaltet, die aus Ihrer Sicht offensichtlich durchaus Hand und Fuß haben, beispielsweise das Thema Einschränkung von Umwandlungen, und warum Sie das erst einmal negieren, ablehnen, nicht an den Ausschuss überweisen und sagen, das gibt es alles nicht beziehungsweise Herr Roock sagt, dieses Problem existiere gar nicht. Wenn Sie so denken und argumentieren, dann laufen Sie offensichtlich dem Problem hinterher, lieber Herr Gedaschko, und das ist leider zu langsam. So kann es nicht gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Unverschämtheit kann ich hier nicht stehenlassen.

Herr Lieven, dass Sie uns unterstellen, wir haben die Großraumsiedlungen verkommen lassen, ist eine Unverschämtheit und dreist ohnegleichen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Probleme in den Großsiedlungen haben Sie uns eingebrockt. Wir sind gerade dabei, Ihre Altlasten zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: 44 Jahre! – *Uwe Grund SPD*: Eine Altlast sind Sie!)

C

D

A **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Herr Roock, das war jetzt eben meines Erachtens nicht nötig.

(Bernd Reinert CDU: Sehr nötig!)

Sie tun so, als hätten Sie hier seit mittlerweile gut sechs Jahren keine Verantwortung, als hätten Sie nur Altlasten übernommen. Das ist im Übrigen kein schönes Wort in so einem Kontext, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Kein Mensch verhehlt, kein Mensch würde bestreiten, dass es auch in den Jahren zuvor schon problematische Entwicklungen gegeben hat. Aber ich bleibe dabei, dass sich durch Ihre Politik in den letzten sechs Jahren die Situation in vielen sozialen Problemgebieten Hamburgs verschlechtert und verschärft hat. Ich erinnere an die Vorstellung von 13 Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen, die Ihre Sozialsenatorin vor einem Jahr vorgelegt hat. Die Behörde selbst hatte die Zahlen zusammengestellt, wie sich beispielsweise die Bildungssituation und Arbeitslosigkeit entwickelt haben. Sie haben über Jahre eine extrem passive soziale Stadtentwicklungspolitik gemacht. Diese Probleme haben Sie verschärft, meine Damen und Herren.

(Harald Krüger CDU: Bei Ihnen war Mümmelmannsberg ein Paradies, ja?)

Davon nehme ich nichts zurück, meine Damen und Herren.

B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf, Drs. 18/6831, 18/6832 und 18/6833, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs. 18/6831 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs. 18/6832 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs. 18/6833 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 18/6831. Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 669/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 750/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 18/6832.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 441/07 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 446/07 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 18/6833.

Zunächst zur Ziffer 1. Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 338/07, 340/07 und 364/07 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 111/07 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die in Ziffer 2 bis 4 erbetenen Kenntnisaufnahmen sind erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich der Empfehlung unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4, Drs. 18/6726, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Von der Stadt genutzter Büroraum, Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Von der Stadt genutzter Büroraum
Fläche, Eigentum, Mietzahlungen,
Leerstände und Umzugspläne
– Drs. 18/6726 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

* Siehe Anlage Seite 4716

C

D

A Wird eine Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 16, Drs. 18/6816, gemeinsamer Bericht des Innenausschusses und des Schulausschusses: Hamburg schützt seine Kinder – Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren und Kinder und Familien ohne Aufenthaltstitel: Humanitäre und rechtlich tragfähige Lösungen finden.

**[Gemeinsamer Bericht des Innenausschusses und des Schulausschusses über die Drucksachen
18/5217: Hamburg schützt seine Kinder – Recht auf Bildung und Schulbesuch für alle wahren
(Antrag der GAL-Fraktion)
und
18/5270: Kinder und Familien ohne Aufenthaltstitel: Humanitäre und rechtlich tragfähige Lösungen finden
(Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs. 18/6816 –]**

Wer möchte sich Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

B

Wer möchte das in Ziffer 3 der Ausschussempfehlungen enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18, Drs. 18/6819, Bericht des Sozialausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegerechts.

**[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 18/5700:
Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegerechts
(Senatsantrag)
– Drs. 18/6819 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/6947 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Qualität in der Pflege sichern –
Landespflegegesetzdurchführungsverordnung (LPGVO) des Senats muss verbessert werden
– Drs. 18/6947 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. – Die Abgeordnete Brinkmann hat es.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich für meine Fraktion

vehement die Unterstellung zurückweisen, wir würden dieses Thema und auch diesen Fünfminutenbeitrag nur wegen des anstehenden Wahlkampfes anmelden.

C

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das haben Sie heute Mittag behauptet. Uns ist das Thema wichtig.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich muss es heute offenbar noch ein paar Mal erklären. Das tue ich aber gern. Wenn die Glocke ertönt, schweigen bitte alle, auch die Rednerin, für die ich nämlich jetzt um Ruhe werben möchte. – Bitte.

Petra Brinkmann (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Uns ist das Thema wichtig und das haben wir dadurch bewiesen, dass wir in den letzten Jahren jedes Jahr mindestens zwei bis drei Anfragen oder Anträge zu diesem Thema eingebracht und hier debattiert haben.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

Frau Gregersen, es wäre nett, wenn Sie uns Ihr Rezept verraten würden, mit dem Sie Erfolge im Bereich der Pflege verzeichnen können, wenn wir uns alle nur ein bisschen anstrengen, aber der Senat nichts tut. Das würde uns auch einmal interessieren.

(Beifall bei *Thomas Böwer* und *Luisa Fiedler*, beide *SPD* Unruhe im Hause – Glocke)

D

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir befinden uns hier in einer Sitzung des hamburgischen Landesparlaments. Ich bitte schon, die Würde des Hauses zu beachten. – Fahren Sie bitte fort.

Petra Brinkmann (fortfahrend): Wir haben diesen Antrag und die Debatte zur Deregulierung des Landespflegegesetzes angemeldet, weil wir als Fraktion bisher keine Möglichkeiten hatten, uns überhaupt dazu zu äußern.

Wir kritisieren erstens das Verfahren und zweitens die inhaltlichen Punkte.

Zum Verfahren. Diese Gesetzesregulierung hat sechs Jahre in der Behörde gelegen. Sie wurde dann im Herbst 2006 an die Landespflegekonferenz gegeben, die in einem sehr kurzen von der Behörde vorgegebenen Zeitraum – nämlich vier Wochen – ihre Stellungnahme abgeben musste.

In einer Expertenanhörung im Sozialausschuss wurde dann auch entsprechende Kritik der Träger geäußert. Die Mitglieder des Ausschusses stellten während der Anhörung fest, dass sie die Landespflegegesetzdurchführungsverordnung, in der die meisten Kritikpunkte der Träger stehen, nicht bekommen hatten, darüber natürlich nicht diskutieren und die Punkte auch nicht nachvollziehen konnten.

In der folgenden Sozialausschusssitzung, zu der sehr kurzfristig – zwei Tage vorher – diese Durchführungsverordnung nachgereicht wurde, fand die Senatsanhörung statt. Dann wurde von der CDU plötzlich der Antrag eingebracht, es wird nicht debattiert, sondern sofort über das Gesetz – es handelt sich immerhin um ein Gesetz –

A abgestimmt. Die Fraktionen hatten keine Möglichkeiten, dazu Stellung zu nehmen. Ein Gesetz, das sechs Jahre in der Behörde gelegen hat, das zunächst nur in Bruchstücken dem Ausschuss zugegangen war und das ohne Stellungnahme der anderen Fraktionen zu verabschieden war, ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Sie hätten es doch zur Debatte anmelden können!)

– Herr Reinert, Sie waren nicht dabei, aber vielleicht können Sie Ihrer Fraktion einmal beibringen, was anständiges Verhalten ist.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Vielleicht hätten Sie Ihrem Vorsitzenden einmal beibringen sollen, was er hier anmeldet!)

Zum Inhalt. Wir haben unsere inhaltlichen Punkte jetzt im Antrag verdeutlicht. Auch hier zeigt sich die Ignoranz der CDU und des Senats, denn Sie werden das Gesetz gleich verabschieden und unseren Antrag ablehnen.

Die Abschreibung von Pflegeheimen wurde auf 50 Jahre festgeschrieben. Die Verzinsung wurde von 4 auf 3 Prozent abgesenkt. Weder das Gesetz noch die Durchführungsverordnung schreiben Mindeststandards vor, wie ein Platz im Pflegeheim gestaltet sein muss. All das sind Punkte, die die SPD-Fraktion gern debattiert hätte und die uns jetzt zur Ablehnung des Gesetzes veranlassen.

Auch Ihre Ausrede, erst einmal das Gesetz zu verabschieden und anschließend die Durchführungsverordnung zu ändern, ist für meine Fraktion nicht glaubwürdig.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

B Wer nach sechs Jahren Nichtstun der Opposition keine sechs Wochen zur Diskussion einräumt, muss es aus nicht glaubwürdigen Gründen sehr eilig gehabt haben. Der 24. Februar 2008 sitzt Ihnen im Nacken.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten zum Thema des Gesetzes eine Expertenanhörung, die mich sehr erstaunt hat, weil die Experten zu dem Gesetzentwurf gar nichts gesagt haben. Sie haben sich alle nicht zu dem Gesetz geäußert, sondern nur zu der Durchführungsverordnung, die es dazu geben würde, die wir aber leider noch nicht kannten.

(*Petra Brinkmann SPD*: Ja, genau!)

Es wäre natürlich nett gewesen, wir hätten sie gehabt.

Alle Experten hatten auch zur Durchführungsverordnung kritische Nachfragen und Anmerkungen, aber nicht zu dem Gesetz.

Nun kann man natürlich sagen, deshalb verabschieden wir das Gesetz nicht, weil wir die Durchführungsverordnung nicht kennen und weil es dazu kritische Nachfragen gibt. Aber welchen Grund gibt es, das Gesetz jetzt nicht zu verabschieden? Diese Frage stelle ich mir. Wir müssen ganz ehrlich sagen, dass es einige Punkte gibt, die durch das Gesetz besser werden.

(*Bernd Reinert CDU*: Viele!)

Es gibt zum Beispiel keinen Doppelweg bei der Klage, der jetzt hindernd war, und es gibt eine Entbürokratisierung und die Möglichkeit, dass in der Pflege die Kosten für die Miete eines Heimplatzes bezahlt werden, die den Tatsachen entspricht, also ein Einzelzimmer teurer ist als ein Doppelzimmer und die Lage mit einem besseren Blick entsprechend angerechnet werden kann.

Von daher sind Dinge dabei, die erklären, warum wir das Gesetz jetzt verabschieden können. Die GAL-Fraktion hätte es schöner gefunden, wenn wir die Durchführungsverordnung gehabt hätten, aber wir haben uns enthalten, weil wir denken, es gibt in dem Gesetz gute Aspekte und deshalb kann es auch auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Aber es gibt auch negative Punkte!)

Ich würde mich trotzdem freuen, wenn es so viel Kritik an der Durchführungsverordnung gab, dass wir dort mit eingebunden werden und sie noch einmal im Sozialausschuss diskutieren.

(*Tanja Bestmann SPD*: Die beruhen doch auf einem Gesetz. So'n Scheiß! – *Petra Brinkmann SPD*: Sie glauben noch an den Weihnachtsmann! – Zuruf von *Doris Mandel SPD*)

– Frau Mandel, melden Sie sich doch.

Von daher werden wir auch dem Antrag der SPD zu dem Thema zustimmen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Was bei den Vorrednern galt, gilt auch hier.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Nun bekommt das Wort der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kamen, dass Ihnen irgendjemand Wahlkampf unterstellt hat. Ich glaube, dafür ist es nun doch ein bisschen spät, als dass das jetzt eine Wahlkampfredewäre.

Ich habe Ihre Kritik an dem Verfahren nicht verstanden. Wir hatten im Ausschuss eine Expertenanhörung und eine Senatsanhörung.

Ich möchte kurz auf Einzelheiten eingehen. Bei der vorliegenden Drs. 18/5700, Entwurf eines Gesetzes zur Deregulierung des Landespflegerechts, empfehle ich Ihnen die Annahme, während ich Ihnen zum Zusatzantrag die Ablehnung empfehlen würde, und zwar aus folgenden Gründen:

Zusätzliche oder widersprechende Mindeststandards laufen dem Ziel der Entbürokratisierung und der Deregulierung entgegen. Es gibt zurzeit auch günstige Einzelzimmer oder teure Doppelzimmer und die Erfahrung zeigt, dass die Nachfrage für Anpassungen sorgt.

In Punkt 2 Ihres Antrags haben Sie "96 Prozent" genannt. Ursächlich sind verschiedene Berechnungsmethoden. Daher würde ich das nicht als stichhaltig sehen, was in Ihrem Antrag steht.

In Ihrem Punkt 3 schreiben Sie: Die Einrichtungsförderung wird zugunsten von innovativen Maßnahmen zum

C

D

A Beispiel Tages- oder Kurzzeitpflege verändert. Insofern denken wir, dass da neue Spielräume entstehen. Folglich ist die neue Förderung unbürokratischer und ermöglicht gezielte soziale Förderung.

Durch die Nichtannahme der Punkte 1 bis 3 entfällt auch Punkt 4, der Bericht des Senats zum 31. Dezember 2007.

Da haben Sie den Salat. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/6947. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte nun der Empfehlung des Sozialausschusses folgen und das Gesetz zur Deregulierung des Hamburgischen Landespflegerechts aus Drs. 18/5700 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?

B – Das ist mit derselben Mehrheit wie in der ersten Lesung und somit in zweiter Lesung endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 20, Drs. 18/6834, Bericht des Haushaltsausschusses: Ausgliederung und Überführung des Landesbetriebs Winterhuder Werkstätten für behinderte Menschen in eine bestehende GmbH.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/6434: Ausgliederung und Überführung des Landesbetriebs Winterhuder Werkstätten für behinderte Menschen in eine bestehende GmbH (Senatsantrag) – Drs. 18/6834 –]

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung mit derselben Mehrheit, nämlich einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22, Drs. 18/6852, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache

18/6319:

Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes (Senatsantrag) – Drs. 18/6852 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Zehnte Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes aus Drs. 18/6319 mit der vom Ausschuss empfohlenen Änderung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den gibt es nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 28, Drs. 18/6857, Antrag der CDU-Fraktion: Nutzeneffizienz technischer Geräte bei Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz erhöhen.

[Antrag der Fraktion der CDU: Nutzeneffizienz technischer Geräte bei Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz erhöhen – Drs. 18/6857 –]

Die Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drs. 18/6857 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 34, Drs. 18/6871, Antrag der SPD-Fraktion: Landesprogramm Ganztagschule.

[Antrag der Fraktion der SPD: Landesprogramm Ganztagschule – Drs. 18/6871 –]

Wer möchte diesen Antrag annehmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Den Sportfans ein gutes Spiel, allen anderen einen guten Abend. Kommen Sie gut nach Hause. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.30 Uhr

C

D

A

C

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Barbara Brüning, Ingo Egloff, Dr. Andrea Hilgers, Dr. Natalie Hochheim, Katja Husen, Lutz Kretschmann-Johannsen, Aydan Özoguz und Frank-Thorsten Schira

B

D

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 12. September 2007

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
4 a	6407	20 Prozent mehr Opfer von Straftaten seit 2001 – Hamburg hat nicht tausende Opfer weniger, sondern tausende mehr
6	6802	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. Februar 2006 – Afrika und Hamburg (Drs. 18/3682) -
8	6783	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 09. Mai 2007 "Barrierefreier Zugang zur U-Bahn-Haltestelle Horner Rennbahn" (Drs. 18/6162)
9	6784	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29./30. März 2006 "Betreute Spielplätze in Hamburg – Das Ehrenamt strukturell unterstützen" (Drs. 18/2945)
10	6842	Volksabstimmung "Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie", Rechenschaftsbericht der Initiatoren
11	6876	Aktionstag "Girls' Day" und "Was für Jungs" Bürgerschaftliches Ersuchen Drs. 18/6364
12	6787	Bericht des Wissenschaftsausschusses
13	6793	Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
14	6875	Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
15	6798	Bericht des Europaausschusses
17	6817	Gemeinsamer Bericht des Schulausschusses und des Innenausschusses
19	6820	Bericht des Sozialausschusses
21	6839	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
24	6864	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
25	6863	Bericht des Sportausschusses
26	6756	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
7	6804	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 24. August 2006 – Drs. 18/1202 – Einheitliche Bildungspläne für Kitas und Vorschule	SPD	Schulausschuss (f.) und Familien-, Kinder- und Jugend-ausschuss
30	6866	Klimaschutz in Hamburg (8): Klimaschutz und Flugverkehr II	SPD	Umweltausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
23	6853	Stadtentwicklungsausschuss	Car-Sharing als Teil des Umweltverbundes fördern